



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die makroregionalen Strategien der Europäischen
Union
und die Rolle des (nachhaltigen) Tourismus“

Die Ostseestrategie und die Donaauraumstrategie im Vergleich

verfasst von

Elisabeth Landbeck

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Mag. Dr. Stefan Brocza

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	III
Abbildungsverzeichnis	V
1 Einleitung	1
2 Grundlagen	4
2.1 Theoretischer Rahmen.....	4
2.2 Methodisches Vorgehen	27
3 Makroregionale Strategien der Europäischen Union	28
4 Die Ostseestrategie	31
4.1 Entstehungsgeschichte.....	31
4.2 Umsetzung.....	32
4.3 Entwicklungsgeschichte	36
5 Die Donaoraumstrategie.....	39
5.1 Entstehungsgeschichte.....	39
5.2 Umsetzung.....	42
5.3 Chancen und Herausforderungen	45
6 Vergleich Ostseestrategie und Donaoraumstrategie	50
7 Exkurs: Nachhaltigkeit	57
8 Nachhaltiger Tourismus	69
9 (Nachhaltiger) Tourismus in der Ostseestrategie	79
9.1 AGORA 2.0.....	84
10 (Nachhaltiger) Tourismus in der Donaoraumstrategie.....	87
10.1 TRANSDANUBE	98
11 Vergleich (nachhaltiger) Tourismus in der Ostsee- und Donaoraumstrategie.....	104
12 Schlussfolgerungen	108

13	Literaturverzeichnis.....	111
14	Anhang	127
14.1	Grafiken.....	127
14.2	Zusammenfassung	129
14.3	Summary	130
14.4	Lebenslauf	131

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
CEB	Council of Europe Development Bank
CSD	United Nations Commission on Sustainable Development
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development,
EEF	Europäische Entwicklungsfonds
EFRE	Europäische Fonds für regionale Entwicklung
EIB	European Investment Bank
EIF	European Investment Fund
ELER	Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
ENPI	European Neighbourhood Policy Instrument
ERDF	European Regional Development Fund
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
EUSBSR	EU Strategy for the Baltic Sea Region
EUSDR	EU Strategy for the Danube Region
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
IPA	Instrument for Pre-Accession Assistance
KKS	Kaufkraftstandard
MOE	Mittel- und Osteuropa
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PA	Priority Area
PAC	Priority Area Coordinator
PHARE	Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies
PPP	Purchasing power parity
SEE	South East Europe Transnational Cooperation Programme
TEN	Trans-European Networks
UNWTO	United Nations World Tourism Organization

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Ziele, Strukturfonds und –instrumente 2007-2013	23
Abb. 2: Aufbau des makroregionalen Aktionsplans	33
Abb. 3: Die Schwerpunktthemen der EUSBSR	35
Abb. 4: Der Donauverlauf	40
Abb. 5: Die Schwerpunktthemen der EUSDR	41
Abb. 6: Die sieben Prämissen des nachhaltigen Tourismus.....	71
Abb. 7: Schlüsselindikatoren nachhaltiger Tourismus.....	72
Abb. 8: Das EU Ecolabel	76
Abb. 9: Transdanube Projektebenen	103
Abb. 10: BIP pro Kopf in KKS 2012	127
Abb. 11: Förderfähige Gebiete in der Europäischen Union unter den Zielen Konvergenz und Europäische Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.....	128

1 Einleitung

„In allen Teilen der EU hat die Idee makroregionaler Zusammenschlüsse Aufmerksamkeit und Interesse geweckt.“ (Schymik 2011a: 7)

Einen wesentlichen Beitrag für die verstärkte Aufmerksamkeit und das Interesse haben die zwei bereits existierenden makroregionalen Strategien im Ostsee- und Donaauraum geleistet. Die erste makroregionale Strategie, die EU-Strategie für den Ostseeraum, wurde 2009 beschlossen und galt als Pilotprojekt. Nur zwei Jahre später wurde eine weitere Strategie verabschiedet, die EU-Strategie für den Donaauraum. Eine Strategie, die das Adriatische und das Ionische Meer umfasst, ist geplant und es nicht auszuschließen, dass weitere Makroregionen in Zukunft gebildet werden, zum Beispiel für den Alpenraum. Seit 2009 werden also in kurzen Abständen verschiedene makroregionale Strategien etabliert oder erarbeitet. Es lohnt sich deshalb, einen genaueren Blick auf dieses „Konzept“ zu werfen. Mit den beiden existierenden Strategien werden Erwartungen verknüpft, sie sollen Verbesserungen in unterschiedlichsten Bereichen hervorbringen und werden als Vorbild für den Rest der Europäischen Union angesehen (vgl. Schymik 2011a: 5 ff.).

Der Ostseeraum und der Donaauraum stellen jeweils heterogene Räume dar, in denen verschiedene Akteure agieren. An der Donaauraumstrategie und auch an der Ostseestrategie sind sowohl EU- als auch Nicht-EU-Mitgliedstaaten beteiligt. Dazu sollen andere Organisationen oder Institutionen sowie die lokale Bevölkerung mit eingebunden werden. Diese Makroregionen, in denen unterschiedliche Interessen, Erfahrungen, Wissen und Machtverhältnisse etc. aufeinanderstoßen, verfolgen nun jeweils eine gemeinsame Strategie. Diese Strategien stehen in engem Kontakt zu bestehenden Strategien oder Initiativen der Europäischen Union und versuchen, übergeordnete Ziele zu erreichen. Verschiedene Themenschwerpunkte können ausgemacht werden, welche die jeweiligen Strategien charakterisieren. Charakteristisch für makroregionale Strategien ist außerdem das „Drei Nein“-Prinzip, welches durchaus eine weitere Herausforderung für beide Strategien darstellen kann (vgl. Setzen 2012: 11).

Makroregionale Strategien sind relativ junge Konzepte. Eine Betrachtung dieser Strategien weist einen hohen Aktualitätsgrad auf und wird auch zukünftig von Interesse sein. Die Diplomarbeit liefert einen (kritischen) Beitrag zur Auseinandersetzung mit diesen Konzepten. Mit der Diplomarbeit soll ein Versuch unternommen werden, eine Lücke in der bereits vorliegenden Literatur zu schließen. Da beide Strategien nicht statisch sind und sich

im Laufe der Zeit verändern und anpassen, soll die Diplomarbeit einen aktuellen Stand der beiden Strategien wiedergeben. Auffällig ist, dass sich Änderungen in den Strategien ergaben, auf welche in bereits erschienenen Arbeiten nicht Bezug genommen werden konnte. Mit Hilfe der verschiedenen EU-Dokumente lässt sich der aktuelle Stand analysieren. Dabei sollen die Sichtweisen jedoch nicht „blind“ übernommen werden, sondern auch (kritisch) reflektiert werden. Die Arbeit richtet sich dabei an alle Personen, welche sich für diesen konkreten Bereich der Europäischen Politik interessieren. Durch die überblicksartige Darstellung sollen auch Personen ohne breites Vorwissen Zugang zu diesem Bereich erhalten.

In dieser Arbeit soll der Frage nachgegangen werden, wie sich die Ostsee- und die Donaoraumstrategie allgemein und mit besonderem Fokus auf die Umsetzung des (nachhaltigen) Tourismus gegenüberstellen lassen? Wo lassen sich Gemeinsamkeiten oder Unterschiede ausmachen? Welchen Einfluss hat die geografische Lage der beiden Regionen? Oder mit welchen Chancen und Herausforderungen werden die Strategien konfrontiert? Auf diese Fragen soll eine Antwort gefunden werden.

Die Arbeit möchte die Hypothese überprüfen, dass die Förderung der Kooperation ein verstärktes Ziel der Donaoraumstrategie ist, da dort die „Kluft“ zwischen wohlhabenden und „ärmeren“ Staaten größer ist und vermehrt Nicht-EU-Mitgliedstaaten an der Donaoraumstrategie mitwirken. Diese Herausforderungen bestehen im Rahmen der Ostseestrategie in dieser Form nicht. Eine weitere Hypothese wäre, dass sich aufgrund der geografischen Gegebenheiten die Tourismusförderung in den beiden Strategien unterscheidet. Überprüft werden soll außerdem, dass Nachhaltigkeit in beiden Strategien ein zentrales Element darstellt, auf welches in verschiedenen Bereichen Bezug genommen wird.

Diese Fragen und Hypothesen sollen die Arbeit strukturieren. Dafür ist es notwendig, die beiden bereits bestehenden makroregionalen Strategien in einem ersten Schritt zu erläutern und in einem weiteren Schritt zu vergleichen. Dafür werden zunächst theoretische Überlegungen angestellt. Es wird auf das Konzept „Raum“ Bezug genommen und auf die Europäische Integration verwiesen. Integrationstheorien und die Europäische Regional- und Kohäsionspolitik werden ebenfalls angeführt. Für die Gegenüberstellung werden verschiedene Aspekte der Strategien betrachtet. Neben allgemeinen Fakten, wie z.B. auf die Einwohnerzahl, soll unter anderem auch auf die Entstehungsgeschichte, die Beteiligung einzelner Staaten sowie auf den Aufbau und die Zielsetzungen der Strategien Bezug

genommen werden. Nach diesem allgemeinen Vergleich soll vor allem die Umsetzung des (nachhaltigen) Tourismus im Rahmen der Ostseestrategie und der Donaunraumstrategie näher untersucht und in beiden Strategien verglichen werden. Projekte werden zusätzlich exemplarisch beschrieben. Mit der Rolle des (nachhaltigen) Tourismus wurde bewusst ein Themenschwerpunkt der makroregionalen Strategien ausgesucht, welcher eng gefasst ist und die Verbindung zum Studium der Internationalen Entwicklung besonders gut darstellt. Auch dafür soll zunächst ein theoretischer Überblick über das Konzept der Nachhaltigkeit und des nachhaltigen Tourismus geliefert werden. Es wird dabei ein historischer Abriss angeführt und auf die verschiedenen Dimensionen verwiesen.

Die Analyse von zwei makroregionalen Strategien in der Europäischen Union ist besonders interessant für das Studium der Internationalen Entwicklung, da in diesen zwei Strategien die Zusammenarbeit von heterogenen Staaten im Mittelpunkt steht. Unterschiedliche geschichtliche, geografische, sozioökonomische und kulturelle Ausprägungen der Staaten machen eine Zusammenarbeit zu einer besonderen Herausforderung. Regionale Integration und regionale Zusammenarbeit gewinnen an Bedeutung und können im Zusammenhang mit der Europäischen Erweiterung thematisiert werden. EU-Mitgliedsstaaten und Nicht-EU-Mitgliedstaaten handeln in unterschiedlichen Themenschwerpunkten der Strategien, welche ebenfalls sehr vielschichtig sind und unterschiedliche Branchen und Akteure betreffen. Diese Transdisziplinarität ist gerade in dem Studium der Internationalen Entwicklung von erheblicher Bedeutung. Ziel der Strategien ist es, die jeweiligen Regionen zu „entwickeln“, sie wettbewerbsfähiger und attraktiver zu gestalten. Der Wohlstand der Regionen soll erhöht werden (vgl. Europäische Kommission 2010c: 3 ff.). Die Förderung von nachhaltigem Tourismus, als einem wichtigen Wirtschaftsfaktor in der Europäischen Union, kann dabei einen Beitrag leisten. Tourismus erhält auch zunehmend mehr Bedeutung in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, wie an den Einsatzbereichen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ersichtlich ist. Wie die Strategien allgemein und wie der nachhaltige Tourismus innerhalb der Strategien umgesetzt werden kann, ist auch mit der Analyse von EU-Dokumenten besonders interessant. Diese Analyse ermöglicht einen Einblick in die Arbeit der Europäischen Union und kann diese gleichzeitig auch hinterfragen.

2 Grundlagen

2.1 Theoretischer Rahmen

Die makroregionalen Strategien der Europäischen Union lassen sich durch ihre Komplexität, ihren Wirkungsrahmen und ihre Zielvorstellungen mit unterschiedlichen theoretischen Strängen analysieren. So eignen sich beispielsweise Raumtheorien oder Theorien der europäischen Integration für ihre Betrachtung. Weiters können auch die europäische Heranführungsstrategie und die europäische Regional- und Kohäsionspolitik auf das Thema der Diplomarbeit angewendet werden.

Schon die Namen *Ostseeraumstrategie* und *Donauraumstrategie* ermöglichen die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Konzepten von „**Raum**“. Dafür ist es wichtig zu klären, was „Raum“ eigentlich bedeutet. „Raum“ stellt in der Geographie einen Schlüsselbegriff dar (vgl. Weichhart 2008: 75). Peter Weichhart setzt sich genauer mit der Bedeutung des Wortes „Raum“ auseinander. Aus seiner Sicht kann von unterschiedlichen Bedeutungsvarianten von „Raum“ gesprochen werden. Er macht dabei deutlich, dass das Wort unterschiedliche Bedeutungen aufweist, welche auch in Widerspruch stehen können. Die Verwendungsweise im Alltag, in der Geographie oder anderen Disziplinen ist dabei entscheidend (vgl. Weichhart 2008: 76). Die erste Bedeutung von Raum lässt sich mit der sichtbaren, materiellen Welt erklären. Raum ist dabei ein „Erdraumausschnitt“ oder ein „Teilbereich der Erdoberfläche“. Bezogen wird dabei „auf einen bestimmten, lagemäßig näher spezifizierten Ausschnitt der Erdoberfläche.“ (Weichhart 2008: 76) Weichhart vergleicht dies mit einer Art *Adressangabe*, welche meist unscharf ist. Beispiele sind ihm zufolge der „Mittelmeerraum“ oder der „Alpenraum“ (vgl. Weichhart 2008: 77). Die Grenzen dabei sind nicht näher definiert oder bleiben unscharf. Die Grenzen können aber auch konventionell oder pragmatisch festgelegt werden. Am Beispiel des „Mittelmeerraums“ macht er dies deutlich. So wird unter diesem Raum lediglich die Gegend oder das Gebiet um das Mittelmeer gemeint. Pragmatisch ist die Bedeutung dann, wenn für die Abgrenzung angegeben wird, dass die Mittelmeeranrainerstaaten die Abgrenzung darstellen (vgl. Weichhart 2008: 77). Weichhart bemerkt außerdem, dass mit diesem Raumverständnis auch Gebiete der Erdoberfläche bezeichnet werden können, welche eine dominante Gegebenheit vorweisen. Dies kann beispielsweise ein Gebirgsraum oder ein Ballungsraum sein. Diese erste Bedeutungsvariante bzw. das erste Raumkonzept

nennt Weichhart auch *Raum₁-Konzept* (vgl. Weichhart 2008: 77). Neben diesem *Raum₁-Konzept* existiert das *Raum₂-Konzept* des Container Raumes. Dieses ist sehr alt und geht von einem dreidimensionalen Behälter oder Container aus („Raum“), bei dem verschiedene Objekte und Ereignisse vorhanden sind, welche eine relative Position und Richtung besitzen, also in Beziehung stehen. „Raum“ ist dabei etwas real Existierendes. Während jedoch das erste Konzept die Gesamtheit aller Dinge beschreibt, geht das *Raum₂-Konzept* von einem „Raum als Häferl“ aus- einem Behältnis ohne Füllung (vgl. Weichhart 2008: 77 f., 91). Dieser „Containerraum“ ist jedoch in der Sozialgeographie unbrauchbar und kein Gegenstand der Alltagswelt. Seine Verwendung lässt sich lediglich auf den raumwissenschaftlichen Ansatz beschränken (vgl. Weichhart 2008: 80, 91). In einem weiteren *Raum₃-Konzept* steht Raum nicht für etwas materiell Existierendes, sondern für immaterielle Beziehungen oder „für etwas Gedachtes.“ (Weichhart 2008: 78) Raum verweist hierbei auf eine logische Struktur. Elemente werden in diese Struktur gedanklich eingepasst oder verortet (vgl. Weichhart 2008: 78). Dieses Raumkonzept weist jedoch keine unmittelbare Signifikanz für die Geographie auf und ist auch in empirischen Analysen von geringer Bedeutung (vgl. Weichhart 2008: 92). Im *Raum₄-Konzept* wird Raum durch „Beziehungen und die Relationalität der physisch-materiellen Dinge zueinander konstituiert“ (Weichhart 2008: 79). Raum besteht dabei nicht nur aus „Dingen“, sondern aus den Relationen zwischen diesen (vgl. Weichhart 2008: 92). Dieses Raumkonzept kommt dabei ohne die Idee des „leeren Raums“ (also des „Containers“) aus. Raum ist dabei nicht als „Ding“, sondern als Eigenschaft zu verstehen. Deshalb schlägt Weichhart auch vor, von „Räumlichkeit“ zu sprechen (vgl. Weichhart 2008: 79 f.). Ein weiteres Konzept beschreibt Weichhart als *Raum_{1e}-Konzept*. Dabei sind der erlebte und der subjektiv wahrgenommene Raum von zentraler Bedeutung (vgl. Weichhart 2008: 82). „Es handelt sich hier gleichsam um einen *Raum₁*, der mit *subjektiven Sinn und subjektiver Bedeutung* aufgeladen wird.“ (Weichhart 2008: 82) Dieses Konzept wird in der Alltagswelt ständig von jedem Menschen verwendet. Es kommen in diesen erlebten Räumen Meinungen und Behauptungen über den *Raum₁* zum Ausdruck. Der erlebte Raum kann also als ein kognitives Konzept angesehen werden, indem eine subjektiv eingefärbte spezielle „Interpretation der Realität zum Ausdruck kommt.“ (Weichhart 2008: 83) Anwendung findet dieses Konzept nicht nur in der Geographie, sondern u.a. auch in der Umweltpsychologie, der Soziologie oder Ethnologie (vgl. Weichhart 2008: 83). Dieses Konzept ist außerdem immer von Bedeutung, „wenn es um die Rekonstruktion subjektiver und gruppenspezifischer Weltsicht und Weltdeutung geht.“ (Weichhart 2008: 91)

Weichhart erwähnt zwar noch ein *Raum₅-Konzept*, geht auf dieses jedoch nicht genauer ein. Dieses Konzept geht auf eine Bedeutungsvariante von Kant zurück (vgl. Weichhart 2008: 83) und soll auch hier nicht weiter vertieft werden.

Das Konzept von „Raum“ taucht, wie Weichhart sagt, in unterschiedlichen Disziplinen auf und wird dort thematisiert. Auch die unterschiedlichen Teilbereiche der Geographie nehmen darauf Bezug. Die Humangeographie beispielsweise beschäftigt sich mit der Rolle „des Raums“ für Menschen. Es geht dabei um gesellschaftlich relevante Formen der Räumlichkeit. Für die Humangeographie ist also der politisch konstruierte, der soziale, oder /und der ökonomische Raum bedeutsam (vgl. Gebhart/Reuber 2011: 647, 681). Obwohl sich die Humangeographie als die „Wissenschaft von Raum“ bezeichnete, dachte man lange nicht nach, was genau damit gemeint ist (vgl. Gebhart/Reuber 2011: 646). Das hat sich jedoch mit der Zeit verändert. „Raum“ ist ein Mode- Forschungsbegriff geworden und ab den 1990er Jahren zunehmend in die Diskussion der Gesellschaftswissenschaften eingetreten. Es verwundert deshalb nicht, dass auch in humangeographischen Analysen „Raum“ abhängig von unterschiedlichen theoretischen Perspektiven definiert wird (vgl. Gebhart/Reuber 2011: 646 f.).

Ausgehend von humangeographischen Überlegungen lässt sich auch eine Verbindung zwischen „Identität“ und „Raum“ herstellen. Dabei ist festzustellen, dass für „Identität“ keine allgemein gültige Definition besteht und „Identität“ in verschiedenen Disziplinen unterschiedliche Konzepte aufweist (vgl. Christmann 2008: 1). Ohne also genauer darauf einzugehen, was genau „Identität“ meinen könnte, macht „Identität“ das „Selbst“ in der Eigen- und Fremdwahrnehmung verständlich und wird in der Auseinandersetzung mit anderen gebildet (vgl. Boeckler/Strüver 2011: 665, Christmann 2008: 1). Es kann zwischen kollektiver und personaler Identität unterschieden werden, wobei beide auf die raumbezogene Identität angewendet werden können (vgl. Christmann 2008: 1). Eine kollektive Identität muss dabei als ein „abstraktes, symbolisches Konstrukt, als ein auf den Raum bezogener gesellschaftlicher Wissensvorrat eines Sozialzusammenhangs gedacht werden.“ (Christmann 2008: 1) Der Wissensvorrat kann landschaftliche Merkmale, Bauwerke, lokalthistorische Begebenheiten, Bekleidungsgehnheiten oder regionaltypische Gebrauchsgegenstände beinhalten (vgl. Christmann 2008: 1). Wichtig dabei ist es, dass es sich bei den Punkten um Zuschreibungen und keine objektiven Eigenschaften des Raumes handelt. Die raumbezogene personale Identität wird mit einem Gefühl der Zugehörigkeit, also der Identifikation mit dem Raum verbunden und äußert sich

in einem Wissen über die Typik des jeweiligen Raumes (vgl. Christmann 2008: 1). Abhängig davon wie stark die Identifikation mit dem Raum ist, wird auch das persönliche Engagement für den Raum und/oder die Raumbindung beeinflusst (vgl. Christmann 2008: 1). Identität entsteht in Kommunikationsprozessen und in der Auseinandersetzung sowie Interaktion mit anderen Personen. Soziale Gruppen, Netzwerke oder öffentliche Diskurse in den lokalen Medien spielen ebenfalls eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang. Themen können damit aufgegriffen und ein persönlicher Bezug hergestellt werden (vgl. Christmann 2008: 2). Wichtig ist ebenfalls das gemeinsame Erinnern an ein historisches Erbe und die gemeinsame Geschichte. Doch auch die Gegenwart mit den alltäglichen Lebensweisen und die Vorstellungen über die Zukunft prägen die raumbezogene Identität. Sie ist somit nicht statisch, sondern kann rekonstruiert und transformiert werden. Dazu bedarf es jedoch eine langen Atems (vgl. Christmann 2008: 2). Es handelt sich dabei um einen Prozess, an dem unterschiedliche Akteure mit verschiedenen „Verankerungen, Macht- und Durchsetzungschancen“ (Christmann 2008: 4) teilnehmen sollten. Netzwerke müssen dafür geschaffen oder genutzt werden. Bei solchen Aushandlungsprozessen können aber durchaus auch Konflikte entstehen. Unterschiedliche Standpunkte zu thematisieren und sie bewusst aufeinander zu beziehen, ist dabei wichtig und kommunikative Verfahren müssen dabei zur Anwendung kommen (vgl. Christmann 2008: 4).

Gabriela Christmann macht deutlich, dass raumbezogene kollektive Identität als ein „weicher Standortfaktor“ angesehen werden kann. So ist sie der Überzeugung, dass in dem immer härter werdenden Standortwettbewerb die Städte und Regionen in Konkurrenz um EinwohnerInnen, Touristen, Investoren, Unternehmen stehen. Eine kollektive Identität kann dabei als ein Unterscheidungsmerkmal gelten (vgl. Christmann 2008: 3). Auch bei der personalen Identität ist sie der Meinung, dass diese ein verantwortungsbewusstes Handeln für den Raum (Mitarbeit bei der aktiven Gestaltung des Raumes, Mitwirkung in Bürgerinitiativen oder Vereinen) und einen sozialen Zusammenhalt mit sich bringen kann (vgl. Christmann 2008: 3). Aufgrund dessen wird vielerorts versucht, raumbezogene Identität strategisch zu entwickeln. Ob dann von einer „strategischen Konstruktion von Identität“ oder von „Identität“ die Rede ist, ist fraglich. „Dies wäre jedenfalls nicht angebracht, wenn es darum geht, Räume im raumpolitischen, planerischen oder betriebswirtschaftlichen Sinn [...] zu attraktiven ‚Produkten‘ zu machen und in der Folge wie ‚Produkte‘ zu bewerben.“ (Christmann 2008: 3) Sie macht außerdem deutlich, dass

Strategien, die die Etablierung einer Marke, ein Leitbild oder ein Image zum Ziel haben, keine Identitätsbildung erreichen wollen, sondern lediglich an einzelnen Elementen raumbezogener Identitäten interessiert sind und diese instrumentalisieren (vgl. Christmann 2008: 3).

Bezogen auf die makroregionalen Strategien der Europäischen Union können die Raumkonzepte von Weichhart und die Überlegungen von Christmann angewendet werden. Wie Weichhart anhand des Mittelmeerraums schon beschrieben hat, fallen sowohl der Ostsee- als auch der Donaoraum in das *Raum₁-Konzept*. Beide Räume sind geografisch nicht eindeutig definiert und ihre Grenzen schwammig. Dazu kommt, dass beide Räume Ausschnitte der Erdoberfläche sind und dominante Gegebenheiten aufzeigen. Dies kann die Ostsee für den Ostseeraum sein und die Donau für den Donaoraum. Weiters kann das *Raum_{1e}-Konzept* auf beide Strategien bezogen werden. Beide Räume werden mit subjektiven Bedeutungen gefüllt und Meinungen über ihn zum Ausdruck gebracht. Diese Meinungen sind nicht nur lokal verortet, sondern mögen auch über den europäischen Rahmen hinaus gelten. Ostsee- und Donaoraum sind erlebte Räume, in denen die Alltagswelt stattfindet und subjektive Interpretationen der Realität zugelassen werden. Auch Christmanns Konzept der raumbezogenen Identität kann für die makroregionalen Strategien interessant sein. Für Ostsee- als auch Donaoraumstrategie sind der lokale Beitrag sowie die Umsetzung und Unterstützung von Projekten von zentraler Bedeutung. Eine kollektive und/oder personale raumbezogene Identität kann das Handeln für den jeweiligen Raum verstärken und einen sozialen Zusammenhalt schaffen. Darüber hinaus lassen sich im Ostsee- und auch im Donaoraum unzählige historische Bauwerke und landschaftliche Merkmale ausmachen. Diese können identitätsstiftend wirken. In Bezug auf den Tourismus kann die raumbezogene Identität ebenfalls von Bedeutung sein, da der Ostseeraum oder auch der Donaoraum für den Tourismus durchaus als „Produkte verkauft und vermarktet“ werden können. Inwiefern dann jedoch von „Identität“ gesprochen werden kann, bleibt für Christmann fraglich. Projekte im Bereich des Tourismus werden in den makroregionalen Strategien umgesetzt und auch die Rolle von kulturellem Erbe und Identität hervorgehoben. Einen kurzen theoretischen Abriss diesbezüglich geliefert zu haben, ist nicht nur deswegen hilfreich.

Auch die **Politische Geographie**, als Teildisziplin der Geographie, ist für Überlegungen dieser Diplomarbeit interessant. Die Politische Geographie befasst sich mit dem Zusammenhang von Gesellschaft, Macht und Raum. Die zeitgemäßen „ Fassungen der

Politischen Geographie zeichnen sich [...] durch eine dezidierte Abkehr von natur- und/oder raumdeterministischem Denken aus. Ihre gemeinsame erkenntnistheoretische Basis ist der Konstruktivismus.“ (Reuber 2011: 786) Menschen nehmen hierbei von Raum das wahr, was auf sozialen bzw. diskursiven Konstruktionen und Bedeutungszuschreibungen des Raumes basiert (vgl. Reuber 2011: 786). Raum ist dabei Träger kollektiver Bedeutungen. In ihm wird darüber hinaus Macht und politische Ordnung kodiert (vgl. Reuber 2011: 786). Heute lassen sich verschiedene Konzepte oder Forschungsperspektiven der Politischen Geographie ausmachen; 1) die Radical Geography und die Kritische Geographie 2) die Geographische Konfliktforschung 3) die Kritische Geopolitik und 4) die poststrukturalistische Politische Geographie (vgl. Reuber 2011: 790 f.). Im Folgenden soll näher auf die Radical Geography eingegangen werden.

Die Radical Geography wurde im angloamerikanischen Sprachraum entwickelt, gilt jedoch auch im deutschsprachigen Raum unter dem Begriff Kritische Geographie zunehmend als Forschungsgegenstand. Sie weist eine neomarxistisch-kritische Perspektive aus, welche in verschiedenen Bereichen der Humangeographie wiederzufinden ist (vgl. Reuber 2011: 791). Die Radical Geography kann sich dadurch von klassisch-staatenorientierten Ansätzen abgrenzen. Sie war es nämlich, die die Analyse von politisch-geographischen Phänomenen von Nationalstaaten auf generelle Raum-Macht-Asymmetrien, wie zum Beispiel in lokalem Kontext von Gemeinden und Städten, erweiterte (vgl. Reuber 2011: 791). Ihre Wurzeln hat die Radical Geography in der Kritik am marktwirtschaftlichen-kapitalistischen System und in dem Neomarxismus. Geprägt wurde sie vor allem durch den Geographen David Harvey. Auf einen räumlichen Ansatz bezogen, übernimmt die Radical Geography allerdings auch zentrale Leitgedanken von Henri Lefebvre, welche in der Politischen Geographie allgemein Bedeutung haben (vgl. Reuber 2011: 791). Ihm zufolge ist Raum ein Produkt konkreter sozialer Praxis. In diesem sozial produzierten Raum drücken sich soziale Prozesse und Gesetzmäßigkeiten aus (vgl. Belina/Michel 2007: 18). Diese Überlegungen lassen sich auf die Analyse von verschiedenen Maßstabsebenen (scales) übertragen (vgl. Reuber 2011: 792). Scale, also die geografische Maßstäblichkeit, war anfangs in dem Bereich der Geographie und der Kartographie angesiedelt. Es ging um die Abstimmung von Beobachtungs- und Prozessmaßstäben (vgl. Köhler/Wissen 2012: 206). Im Zuge der in den 1970er Jahren stattfindenden gesellschaftlichen Restrukturierungen und der räumlichen Reorganisation von Politik und auch Ökonomie wurde jedoch die Frage der geographischen Maßstäblichkeit von sozialen Prozessen von

der Radical Geography thematisiert (vgl. Köhler/Wissen 2012: 206). Die Scale-Debatte steht mit Lefebvres Raum-Produktions-Problematik eng in Verbindung. „Die Scale-Debatte lässt sich als eine Anwendung der Einsichten von Lefebvre auf eine bestimmte Raum-Dimension verstehen: die räumliche Maßstäblichkeit sozialer Prozesse.“ (Wissen 2008: 19) Sie erweitert somit Lefebvres Gedanken und es werden räumliche Maßstäbe selbst Gegenstand und Ergebnis sozialer Praktiken. Peter Taylor und Neil Smith entwickelten unterschiedliche Scale-Konzepte (vgl. Wissen 2008: 13 f.). Taylors Ansatz weist eine Dreiteilung in eine globale, eine nationale und eine städtische Maßstabsebene auf. Smith übernahm dieses dreistufige Modell, allerdings ohne die klare Hierarchie zwischen diesen scales. Für Smith sind diese drei Maßstabsebenen „ein Produkt der dem Kapitalismus innewohnenden Dialektik von Angleichung und Differenzierung.“ (Wissen 2008: 14) Die Scale-Debatte hat sich über die Zeit weiterentwickelt und wurde um beispielsweise die Perspektive des Geschlechterverhältnisses erweitert (vgl. Wissen 2008: 16). Markus Wissen greift in dem Buch „Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik“ die Scale-Debatte auf und stellt sie darüber hinaus mit den Globalisierungsprozessen in Verbindung. Unter Globalisierung wird ein Prozess der „ungleichen und herrschaftsförmigen räumlich-maßstäblichen Reorganisation von kapitalistischen Gesellschaften verstanden.“ (Köhler/Wissen 2012: 206) Bei dieser Maßstäblichkeit kann zwischen lokalen, regionalen, nationalen sowie globalen Maßstabsebenen unterschieden werden. Es gibt allerdings weitaus mehr Ebenen. So gewinnt die inter- und supranationale Maßstabsebene beispielsweise durch die Globalisierung an Bedeutung und Regionen werden aufgewertet. Diese sind aber keine vorgegebenen statischen Einheiten. Sie werden permanent transformiert und gesellschaftlich hergestellt. Ihre Bedeutung wächst darüber hinaus erst mit dem Verhältnis zu anderen Maßstabsebenen (vgl. Köhler/Wissen 2012: 206). Hervorzuheben ist, dass es sich bei einer Produktion, einer Aufwertung oder einer Abschaffung der Maßstabsebenen nicht einfach um eine räumliche Dimension handelt, sondern vielmehr um eine räumliche Dimension von sozialen Konflikten (vgl. Wissen 2008: 9). Diese Reorganisation ist ein umkämpfter Prozess, in welchem gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verschoben werden. Herrschaftsverhältnisse können durch politics of scale stabilisiert, in Frage gestellt oder transformiert werden (vgl. Köhler/Wissen 2012: 206 f.).

Auch emanzipatorische Bewegungen, welche sich zunehmend im globalen Maßstab organisieren, tragen zum Vorantreiben der räumlichen Redimensionierung sozialer

Prozesse bei (vgl. Wissen 2008: 10). Proteste beispielsweise werden aber nicht nur einfach auf die globale Ebene verlagert, sondern sie gestalten sich „multiskalar“ oder „glokal“ (vgl. Wissen 2008: 10).

Die Scale- Debatte wird jedoch auch kritisiert. Dieses Konzept, so Marston, Jones und Woodward, beruhe auf einem Denken in Hierarchien. Dadurch werden unter anderem die Möglichkeiten sozialen Handelns unsichtbar gemacht. Sie plädieren für ein dynamisches Verhältnis zwischen den „social sites“ und schlagen weiters vor, das Scale- Konzept aufzugeben und es durch eine „flat ontology“ zu ersetzen (vgl. Wissen 2008: 17).

Die Scale-Debatte kann ebenfalls auf die Europäische Union bezogen werden. In der Europäischen Union sind verschiedene, wirkungsmächtige Raumbilder vorhanden, die sich auch in Länder- und Regionsgruppen sowie territorialer Grenzen verdeutlichen. Diese Raumbilder lassen sich mit den Außengrenzen der EU nicht immer abgrenzen (vgl. Heeg 2008: 256). Die Nationalstaaten stellen nicht die einzige Maßstabsebene dar, sondern vielmehr ist die „Interaktion zwischen internationaler, nationalstaatlicher und lokal-regionaler Ebene“ (Heeg 2008: 256) von Bedeutung. In verschiedenen Politikbereichen, wie zum Beispiel bei der Regionalpolitik, werden staatliche Kompetenzen auf verschiedenen räumlichen Maßstabsebenen reorganisiert, welche beispielsweise bei der Förderung von Wettbewerbsfähigkeit eine Rolle spielen. Außerdem kann festgehalten werden, dass die Verantwortlichkeiten der Mitgliedstaaten einerseits an die EU und andererseits auch an die Regionen transferiert werden (vgl. Heeg 2008: 259).

Neben der Auseinandersetzung mit „Raum“ und verschiedenen „Raumkonzepten“ kann auch die Europäische Union theoretisch untersucht werden. Besonders interessant erscheinen dabei die Heranführungsstrategie der Europäischen Union und die europäische Integration. Abschließend ist auch die Regional-und Kohäsionspolitik von Bedeutung.

Die **Heranführungsstrategie** der Europäischen Union steht mit der Osterweiterungspolitik der Europäischen Union unmittelbar in Verbindung. Dabei stehen die Nicht-EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa (MOE) im Mittelpunkt. Sowohl die Donauraumstrategie, als auch die Strategie für den Ostseeraum beziehen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, Nicht-EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa in ihre Aktivitäten ein. Die Zusammenarbeit im Rahmen der makroregionalen Strategien ermöglicht somit auch den Nicht-EU-Mitgliedstaaten, sich an die Europäische Union anzunähern.

Während des gesamten Beitrittsprozesses bildet die Heranführungsstrategie den Rahmen für einen „strukturierten Dialog“ zwischen den beitrittswilligen Ländern und den Institutionen der Europäischen Union (vgl. Europa o.J.a). Die Heranführungsstrategie liefert die dafür erforderlichen Instrumente und wird für die Beitrittskandidaten separat festgelegt. So können die Beitrittskandidaten nach den individuellen Leistungen beurteilt werden (vgl. Europa o.J.a).

Um die Heranführungsstrategie richtig einordnen zu können, ist ein kurzer historischer Abriss von Nöten. Die Heranführungsstrategie lässt sich in zwei Phasen teilen. Die erste Phase begann mit einer Tagung des Europäischen Rates 1993 in Kopenhagen. Auf dieser Tagung wurde beschlossen, dass die assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas, wenn sie dies wünschen, Mitglieder der EU werden können, wenn das jeweilige Land in der Lage ist, den mit der Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen nachzukommen. Genauer genommen geht es um die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen, welche erfüllt werden müssen (vgl. Europäisches Parlament 1998: 5). Der Europäische Rat legte dabei für einen Beitragskandidaten folgende Kriterien („Kopenhagener Kriterien“) fest:

- „Er muß eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben;
- er muß über eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten, verfügen;
- er muß die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der Politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können.“ (Europäisches Parlament 1998: 5)

Mit diesem Kopenhagener-Beschluss wurden alle Assoziationspartner formal gleichbehandelt und keinem Staat ein Vorsprung honoriert (vgl. Kreile 2008: 480). Besonders relevant ist in der ersten Phase auch der Essener EU-Gipfel von 1994. Bei diesem Gipfel wurde eine allgemeine Strategie vereinbart, bei der es um die Heranführung von assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas an die Union ging (vgl. Paschke/Julga 2006: 89). Die Heranführungsstrategie wurde nun auf dem Essener Gipfel vom Europäischen Rat beschlossen. Ziel dieser Heranführungsstrategie „war die Vorbereitung der Osterweiterung durch die Unterstützung der betreffenden Staaten bei der Erlangung

ihrer Beitrittsfähigkeit, ohne allerdings bei ihnen unrealistische Hoffnung bezüglich des Beitrittsdatums zu wecken.“ (Paschke/Julga 2006: 89) Wichtige Elemente der Heranführungsstrategie waren die Europaabkommen (Assoziierungsabkommen mit den jeweiligen Beitrittskandidaten), das PHARE Programm (Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies) und der *strukturierte Dialog*. Ebenfalls wichtig war das Weißbuch zur Integration der MOE-Staaten in den Binnenmarkt. Das Weißbuch galt als Grundlage der Heranführungsstrategie. Es kann als Leitfaden für die Beitrittskandidaten zur Vorbereitung an die Angleichung der Rechtsvorschriften an den Bestand des Binnenmarktrechts gesehen werden (vgl. Kreile 2008: 480, Paschke/Julga 2006: 89).

Die zweite Phase der Heranführungsstrategie wurde mit einer Tagung im Dezember 1997 in Luxemburg eingeleitet. Im Juli 1997 legte jedoch die Kommission die *Agenda 2000* vor. Dieses Dokument beinhaltete eine Strategie, welche „die Vorbereitung der EU auf die Erweiterung entwarf und die Stellungnahmen zu den Beitrittsanträgen der zehn assoziierten MOE-Staaten enthielt.“ (Kreile 2008: 481) Auf dem Luxemburg Gipfel wurde der Beitrittsprozess mit zehn mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Zypern eingeleitet. Darüber hinaus wurde beschlossen, mit fünf MOE-Staaten (Ungarn, Polen, Estland, Tschechien und Slowenien) und Zypern Beitrittsverhandlungen aufzunehmen (vgl. Kreile 2008: 481). Mit diesem Hintergrund wurde anschließend die Heranführungsstrategie reformiert und die intensiviertere Heranführungsstrategie eingeführt. Sie unterschied sich zur ursprünglichen dadurch, dass eine Heranführungshilfe über das PHARE Programm hinaus erfolgte. Außerdem wurden die Beitrittspartnerschaften als neues Instrument eingeführt. Es sollte alle Formen der Unterstützung für die Bewerberländer aus Mittel- und Osteuropa bezüglich der Durchführung von nationalen Programmen zur Vorbereitung auf die Mitgliedschaft in einem Gesamtrahmen zusammenfassen (vgl. Europäisches Parlament 1998: 8). Ein weiterer Ansatz sah die „*Teilnahme der Bewerberländer an Programmen und Mechanismen der Gemeinschaft zur Anwendung des Besitzstands der Union* im Zuge der schrittweisen Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands durch die Bewerberländer in Vorbereitung auf ihre Mitgliedschaft vor.“ (Europäisches Parlament 1998: 8) Der Besitzstand ist das Fundament aus Rechten und Pflichten, welche für alle EU-Mitgliedstaaten verpflichtend sind. Er besteht beispielsweise aus Erklärungen und Entschliefungen, den Inhalten, Grundsätzen und Zielen von Verträgen, sowie Rechtsakten oder aus von der EU abgeschlossenen Abkommen (vgl. Europäische Kommission 2012a).

Aufbauend auf diesen historischen Entwicklungen bestimmt die Heranführungsstrategie derzeit „die Verfahren, Prioritäten und Instrumente, auf die der [Beitritts-]Prozess gegründet ist“ (Europäische Kommission 2012b).

Dazu zählen die bilateralen Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Bewerberländern, die Beitrittspartnerschaften und die Europäischen Partnerschaften. Weiter zählen dazu die Teilnahme an Programmen, Agenturen und Ausschüsse der Europäischen Union und die Heranführungshilfe. Abschließend gehören der politische Dialog und die Bewertung durch die Kommission dazu (vgl. Europäische Kommission 2012b).

Auch wenn diese Punkte sich an den von 1997 orientieren, soll auf einzelne Elemente genauer eingegangen werden, um den derzeitigen Stand klarer beschreiben zu können. Beitrittspartnerschaften sind Dokumente, in welchen festgelegt wird, in welchen Bereichen das jeweilige Bewerberland Fortschritte machen muss. Außerdem wird die Heranführungshilfe darin festgelegt. Darüber hinaus erarbeitet jedes Land eine Strategie zur Übernahme des Besitzstandes und „einen Aktionsplan zur Stärkung der Verwaltung und Justiz.“ (Europäische Kommission 2012c) Die Europäischen Partnerschaften sind Bestandteile des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses. In ihnen werden Prioritäten, Grundsätze und Bedingungen festgelegt, welche die Beziehungen zwischen EU und den potentiellen Bewerberländern des westlichen Balkans regeln (vgl. Europäische Kommission 2012d). Sie sollen außerdem auf die europäische Integration vorbereiten. Weiters soll das nationale Recht der jeweiligen Länder an den Besitzstand angeglichen werden und somit eine Annäherung an EU-Normen erzielt werden. Gleichzeitig soll die Stabilität im westlichen Balkanraum verbessert werden (vgl. Europäische Kommission 2012d). Ein weiteres Element der Heranführungsstrategie ist die Teilnahme an Programmen, Agenturen und Ausschüssen der Europäischen Union (vgl. Europäische Kommission 2012b). Beitrittsländer sollen sich mit dieser Teilnahme bereits vor dem Beitritt mit den Strategien der EU vertraut machen. Außerdem soll die Zusammenarbeit vertieft werden. Nachdem 1997 der Europäische Rat den Grundsatz der Beteiligung für die Bewerberländer vereinbarte, wurde 2003 dies auch auf die westlichen Balkanländer übertragen (vgl. Europäische Kommission 2012e). Hervorzuheben ist jedoch, dass über die Teilnahme an den einzelnen Programmen, Ausschüssen und Agenturen der EU von Fall zu Fall entschieden wird (vgl. Europäische Kommission 2012e). Die Heranführungshilfe soll die Bewerberländer und potentielle Bewerberländer bei der Umsetzung der Kopenhagener

Kriterien unterstützen. Außerdem sollen sie durch die Heranführungshilfe dabei unterstützt werden, ihre Institutionen und Normen an den Besitzstand der EU anzugleichen (vgl. Europäische Kommission 2012f). Das Instrument for Pre-Accession Assistance (IPA) oder im Deutschen, das Instrument für Heranführungshilfe, ist in der Programmperiode 2007-2013 die einzige Rahmenvereinbarung für die Finanzierung der Heranführungshilfe (vgl. Europäische Kommission 2012f). IPA ersetzt unter anderem das frühere Programm PHARE. Die Heranführungshilfe kann jedoch nach einem Beitritt zur EU nicht mehr in Anspruch genommen werden. Übergangsregelungen und vorübergehende Finanzhilfen können allerdings trotzdem gewährt werden (vgl. Europäische Kommission 2012f).

Bezogen auf die Heranführungsstrategie könnten die makroregionalen Strategien einen Beitrag dazu leisten, dass sich beitrittswillige Länder an die EU annähern. Die makroregionalen Strategien könnten auch Programme darstellen, mit denen sich die beitrittswilligen Länder bereits vor ihrem Beitritt vertraut machen. Durch die Mitwirkung an den makroregionalen Strategien werden die Nicht-EU-Mitgliedstaaten bereits mit EU-Verordnungen und Richtlinien konfrontiert und können darüber hinaus die Zusammenarbeit mit EU-Mitgliedstaaten ausbauen.

Die soeben beschriebene Heranführungsstrategie steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union. Die Erweiterung ist ein Wesensmerkmal der Europäischen Integration. Aus diesem Grund soll nun die europäische Integration theoretisch aus neofunktionalistischer Sicht betrachtet werden.

Integrationstheorien, als Teildisziplin der Theorie der internationalen Beziehungen, waren in Bezug auf die Europäische Union bis in die 1970er Jahre vorherrschend. Zwei große Denkschulen können dabei unterschieden werden- dem Intergouvernementalismus und dem Supranationalismus. Der Neofunktionalismus kann dem Supranationalismus zugeordnet werden und baut auf dem Funktionalismus auf (vgl. Rittberger/Schimmelfennig 2005: 22, Wolf 2005: 65). Der wichtigste Vertreter des Neofunktionalismus ist der Deutsch-Amerikaner Ernst B. Haas mit seinem zentralen Werk „The Uniting of Europe“. Aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen im 2. Weltkrieg waren für ihn die Erhaltung des Friedens und die Stärkung der Menschenrechte wichtige Themen (vgl. Wolf 2005: 65 f.). Für Haas waren Nationalstaaten keine nach außen hin abgeschlossenen Blöcke, sondern bildeten Verbindungen und Interdependenzen über Grenzen hinweg. Diese Verbindungen können verfestigt und inter- und supranationale Strukturen aufgebaut werden. Durch diese

Verbindungen können auch soziale, politische und ökonomische Probleme besser gelöst werden. Weiters werden dadurch die Nationalstaaten in ihrer Machtausübung eingeschränkt und ein Frieden wahrscheinlicher gemacht (vgl. Wolf 2005: 68). Für Haas stellte sich die Frage, wie Integrationsprozesse von einer Stufe zur nächsten gelangen, oder genauer, unter welchen Bedingungen eine ökonomische Integration zu einer politischen Kooperation und zu einer politischen Gemeinschaft führt (vgl. Conzelmann 2010: 165). Dabei nehmen supranationale Organe für Haas eine bedeutsame Rolle ein. Sie sichern den Integrationserfolg ab, kontrollieren ob Regeln eingehalten werden und können weitere Integrationsschritte erleichtern (vgl. Conzelmann 2010: 164).

Für Haas ist politische Integration „the process whereby political actors in several distinct national settings are persuaded to shift their loyalties, expectations and political activities toward a new centre, whose institutions possess or demand jurisdiction over the pre-existing national states.“ (Haas 1958: 16) Bei Haas lag der Fokus der Integration also in der Kooperation politischer Akteure. Neue gemeinsame Institutionen mit politischen Kompetenzen werden geschaffen und Loyalitäten dahingehend umorientiert (vgl. Wolf 2005: 71). Bei diesem Transfer, von Loyalität vom Nationalstaat weg in Richtung zur neuen supranationalen Gemeinschaft, spielen Eliten eine wichtige Rolle, da diese ihre Loyalität auf die supranationale Ebene transferieren. Eliten sind bei Haas Interessensgruppen und politische Parteien (vgl. Knodt/Corcaci 2012: 25). Wichtig ist außerdem, dass politische Integration für Haas einen Prozess und keinen Zustand darstellt.

Aufgrund der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung werden sich, laut Haas, transnationale Interdependenzen herausbilden, welche „rasch Kooperationsnotwendigkeiten nach sich ziehen.“ (Wolf 2005: 71) Eine technische Kooperation in einem bestimmten Wirtschaftssektor ist die „Intitialzündung“ (vgl. Conzelmann 2010: 165). Daraufhin kann es zu einer Zusammenarbeit in einem weiteren Wirtschaftssektor kommen. Dies lässt sich damit erklären, dass viele Bereiche stark verflochten sind und somit integrative Entwicklungen nach sich ziehen. Dieses Überschwappen der Integration in benachbarte Themenbereiche, wird als „spill over“ bezeichnet (vgl. Conzelmann 2010: 166). Dieser Mechanismus führt dazu, dass sich Staaten immer aktiver an Integration beteiligen, ob sie dies wollen oder nicht (vgl. Gu 2010: 166). Es sind vor allem zwei Typen von „spill over“ auszumachen. Der funktionale „spill over“ entsteht durch die Verbindung der einzelnen Wirtschaftssektoren. Ein Wohlfahrtsgewinn in einem Sektor kann nur nachhaltig ausgenutzt werden, wenn auch

andere Bereiche einbezogen werden (vgl. Conzelmann 2010: 167). Der politische „spill over“ zeichnet sich dadurch aus, dass sich die politischen Erwartungshaltungen und die Aktivitäten bei erfolgreicher Kooperation von politischen Akteuren auf die neue Entscheidungsebene hin orientieren. Um politische Ziele in ihrem nationalen Rahmen besser erreichen zu können, bilden sich transnationale Koalitionen, welche supranationale Strategien der Problemlösung erarbeiten (vgl. Rittberger/Schimmelfennig 2005: 35). Sobald ein Integrationsprozess in Gang gesetzt worden ist, ist dieser nicht mehr aufzuhalten. Der „spill over“- Mechanismus führt dazu, dass der Integrationsprozess weiter intensiviert und Kooperationen ausgebaut werden. Für die Staaten wird es schwer, sich aus dieser Entwicklung herauszulösen, wenn sie einmal begonnen haben. So haben die Staaten, welche ausbrechen wollen, einen Nachteil und könnten in eine schwierige Lage geraten. Sobald also Staaten ihre Souveränität oder Loyalität an eine supranationale Organisation abgegeben haben, wird es schwer, von den gemeinsamen Prinzipien, Normen und Regeln zurückzutreten (vgl. Gu 2010: 167).

Der Neofunktionalismus wurde vor allem auf die Europäische Union angewendet. In einem weiteren Schritt sollen nun die neofunktionalistischen Ansätze auf die makroregionalen Strategien angewendet werden. Da der „spill over“- Effekt ein wichtiger Bestandteil des Neofunktionalismus ist, sollte dieser auch bei den makroregionalen Strategien aufzufinden sein. Bei den makroregionalen Strategien können verschiedene Teilbereiche ausgemacht werden, welche wiederum einen Einfluss auf andere Bereiche haben. Umweltvorschriften können beispielsweise Agrarreformen nach sich ziehen oder auch den Tourismus beeinflussen. Dies könnte ein Beispiel des funktionalen „spill overs“ sein. Ein politischer „spill over“-Effekt könnte sich ebenfalls zwischen verschiedenen Politikebenen vollziehen. Interessen, Entscheidungen oder Verordnungen können sich von einer lokalen Ebene zu einer regionalen oder auch nationalen Ebene erweitern und Kooperationen können ausgebaut werden. Weiters könnte auch der „spill over“- Effekt auf die makroregionalen Strategien an sich übertragen werden. Es blieb nicht bei einer makroregionalen Strategie, sondern es folgte eine zweite und weitere könnten folgen.

Neben dem Neofunktionalismus lässt sich die europäische Integration auch aus der Sicht des Neo- Gramscianismus betrachten. Diese Überlegungen sind vor allem im Zusammenhang mit der Donauraumstrategie interessant, da diese die Einbindung und Annäherung von Nicht-EU-Mitgliedsstaaten anvisiert. Die regionale Integration in Verbindung mit der Osterweiterung lässt sich somit mit Ansätzen des italienischen

Marxisten Antonio Gramsci untersuchen. Dabei werden die Prozesse der europäischen Integration kritisch hinterfragt und unterscheiden sich von anderen Integrationstheorien (vgl. Knodt/Corcaci 2012: 236). Gramsci entwickelte ein Konzept von Hegemonie, welches die damaligen politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beleuchten sollte. Dabei wird Hegemonie aber nicht nur als politische Vorherrschaft von einer spezifischen Elite verstanden, sondern sie schließt auch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse mit ein (vgl. Knodt/Corcaci 2012: 237). Unter Hegemonie versteht Gramsci eine Herrschaft, welche weniger auf Zwang, sondern vielmehr auf Konsens beruht (vgl. Ziai 2006: 8). Nachdem Cox die Leitgedanken von Gramsci auf die Internationalen Beziehungen angewendet hat, schaffte er die Grundlage für die heutigen neo-gramscianischen Integrationsansätze. Dieser Ansatz der europäischen Integration wurde dann vor allem von einem Schüler Cox's, Gill, und der Amsterdamer Schule geprägt. Gill geht wie Cox davon aus, dass die Formen der internationalen Politik nur im konkreten historischen Umfeld zu verstehen sind. Neue historische Kontexte erzeugen somit auch neue Voraussetzungen dafür, dass hegemoniale Mächte entstehen oder auch untergehen können (vgl. Knodt/Corcaci 2012: 237 f.). Damit man also die relevanten Ereignisse eines spezifischen historischen Kontextes erfassen kann, „müssen [...] die gesellschaftlichen Macht- und Kräfteverhältnisse berücksichtigt werden.“ (Knodt/Corcaci 2012: 237) Darüber hinaus wohnt dem Staat nicht nur eine politische, sondern auch eine zivilgesellschaftliche Komponente inne.

Die europäische Integration soll hierbei vor allem mit Blick auf die Osterweiterung untersucht werden. Aram Ziai schreibt dazu „dass auch dieses Projekt nur im Kontext der Kämpfe um Hegemonie sozialer Kräfte zu verstehen ist, und dass der „Export“ des radikalen neo-liberalen Modells nach Osteuropa der Aufrechterhaltung dieses eingebetteten Neoliberalismus in den alten EU-Staaten dient.“(Ziai 2006: 25) Ihm zufolge wird den Beitrittskandidaten schon vor einer möglichen Mitgliedschaft eine Marktliberalisierung und Marktöffnung abverlangt. Des Weiteren gibt es Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit der ArbeitnehmerInnen und auch im Finanztransfer für strukturschwache Gebiete (vgl. Ziai 2006: 26).

Neben dem Element der Hegemonie, ist bei Gramsci auch das des historischen Blocks von Bedeutung. Angewendet auf die Europäische Integration kann die EU als Teil eines westlich-neoliberalen transnationalen historischen Blocks verstanden werden. „Die herrschenden Kräfte dieses Blocks versuchen [...] nach Ende des Ost-West-Konflikts in

die neue europäische Peripherie einzudringen, um sie an den neoliberalen Block zu binden.“ (Knodt, Corcaci 2012: 244)

Dorothee Bohle setzt sich in ihrem Beitrag „EU-Integration und Osterweiterung: die Konturen einer neuen europäischen Unordnung“ ebenfalls kritisch mit der europäischen Integration auseinander. Sie ist der Meinung, dass die Eingliederung Osteuropas in den Bereichen forciert wird, welche die Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Union ermöglichen (vgl. Bohle 2000: 305). Durch die Osterweiterung können der politische, normative und ökonomische Rahmen der Europäischen Union ausgedehnt und die (potentiellen) Beitrittskandidaten in das „regionalistische Projekt eines neoliberalen Europas“ (Bohle 2000: 304) eingebunden werden. Sie spricht ebenfalls von einem hegemonialen neoliberalen Projekt, welches versucht, die Wettbewerbsfähigkeit im transnationalen europäischen Wirtschaftsraum zu stärken. Dieses Projekt nennt sie europäischer Wettbewerbsstaat. Dieser verweist auf die Europäisierung von Staatsfunktionen, welche vorher bei den Nationalstaaten verortet waren (vgl. Bohle 2000: 305, 309).

Knodt und Corcaci wenden die Ansätze des Neo-Gramscianismus ebenfalls auf die Osterweiterung an, in dem sie die IPA (Instrument for Pre-Accession Assistance), die Heranführungshilfen für Kandidatenländer und potentielle Kandidatenländer, thematisieren.

Knodt und Corcaci werfen eine Frage auf, welche aus einer neo-gramscianischen Sicht zu betrachten ist. „Warum stellt die Europäische Union den Kandidatenländern und potenziellen Beitrittskandidaten Heranführungshilfen in großem finanziellem Ausmaß und über einen längeren Zeitraum [...] bereit?“ (Knodt/Corcaci 2012: 243)

Betrachtet man nun die Heranführungshilfen als Instrument des disziplinierenden Neoliberalismus, so dienen sie dazu, dass in den zukünftigen Mitgliedstaaten eine funktionierende Marktwirtschaft nach angelsächsischem Vorbild geschaffen werden soll, welches dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften der EU standhalten kann (vgl. Knodt/Corcaci 2012: 250). Die Heranführungshilfen spielen dabei aber auch in der Agrarpolitik und in der Unterstützung der Infrastruktur und Transportwege eine wichtige finanzielle Rolle, da der Warenverkehr und der Handel wesentlich dazu beitragen, die ökonomischen Ziele der EU zu erreichen (vgl. Knodt/ Corcaci 2012: 251).

Wenn von Osterweiterung und Beitrittsverhandlungen die Rede ist, so muss noch einmal auf die „Kopenhagener Kriterien“ Bezug genommen werden. Diese EU-Kriterien sollen von den möglichen Beitrittsländern erfüllt werden. Diese beinhalten sowohl politische und wirtschaftliche Kriterien als auch das Acquis Kriterium. Dieses Kriterium bezeichnet die „Fähigkeit, die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen und sich die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen zu machen (Übernahme des „Acquis communautaire“, d. h. des gemeinschaftlichen Besitzstands)“ (Europa o.J.b). Damit auch dieses Kriterium erfüllt werden kann, werden die potentiellen Beitrittsländer mit Heranführungshilfen unterstützt. Bei den Heranführungshilfen geht es demzufolge nicht nur um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern um die „vollständige Rekonfiguration der politischen und rechtlichen Sphäre auf nationaler und regionaler Ebene, unter besonderer Berücksichtigung eines (neoliberalen) ökonomischen Schwerpunkts.“ (Knodt/Corcaci 2012: 252) Alternative Entwicklungspfade sollen vermieden und rechtliche Ordnungen übertragen werden.

Neben diesen Kriterien sind auch die Monitoring- und Evaluationsbestrebungen von Seiten der EU aus neo-gramscianischer Sicht zu betrachten. Diese Evaluationen, welche positive und negative Fortschritte dokumentieren, dienen aus neo-gramscianischer Sicht dazu, die traditionellen Handlungsweisen zu verdrängen „und diese im Sinne eines ökonomischen Primats, der dem neuen Konstitutionalismus zugrunde liegt, zu disziplinieren.“ (Knodt/Corcaci 2012: 255)

Aus neo-gramscianischer Sicht kann des Weiteren auch das Verfügbarmachen und die Präsenz von bürokratischem Expertenwissen aus etablierten Mitgliedstaaten in den (potentiellen) Beitrittsländern dazu dienen, dass die Verwaltungsakteure auf nationaler und regionaler Ebene im Sinne des Neoliberalismus diszipliniert werden. Dies geschieht durch die Übertragung von Strukturen, Prozessen und Handlungsweisen (vgl. Knodt/Corcaci 2012: 255).

Sollen nun die Überlegungen des Neo-Gramscianismus vor allem auf die Donaoraumstrategie angewendet werden, so ist die Rolle der Nicht-EU-Mitgliedstaaten von zentraler Bedeutung. Auch im Rahmen der Donaoraumstrategie wird auf IPA Mittel zurückgegriffen und Projekte werden finanziert. Diese Projekte, welche größtenteils infrastrukturlastig sind, müssen nicht nur zugunsten der jeweiligen Länder finanziert werden, sondern können auch der Europäischen Union und ihren geopolitischen Strategien

dienen. Fraglich ist, ob den jeweiligen Staaten etwas anderes übrig bleibt, als den Vorstellungen der Europäischen Union gerecht zu werden. Die Wettbewerbsfähigkeit in der Donaunraumstrategie zu erhöhen, ist ein Ziel der Strategie. Doch könnte auch hier die Frage gestellt werden, ob durch die Donaunraumstrategie die Nicht-EU-Mitgliedstaaten im Sinne des Neoliberalismus diszipliniert werden sollen? Soll ein eventueller Entwicklungspfad, welcher den Prämissen der Europäischen Union nicht gerecht wird, unterbunden werden?

Die **Regional- und Kohäsionspolitik** der Europäischen Union kann ebenfalls die makroregionalen Strategien theoretisch untermauern. Die Anfänge der Regionalpolitik hängen stark mit der ersten Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1973 zusammen. Seitdem kam der Regionalpolitik ein immer höherer Stellenwert und eine zunehmende Bedeutung zu (vgl. Lammers 2007: 101).

Ziel der Regional- und Kohäsionspolitik ist es, die wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Unterschiede zwischen den Regionen Europas zu verringern. Obwohl die Europäische Union eine wohlhabende Region darstellt, ist ein Einkommensgefälle zwischen einzelnen Staaten und Regionen erkennbar und stellt eine Herausforderung dar. So ist Luxemburg gemessen am Pro Kopf Einkommen der wohlhabendste Mitgliedstaat. Das Pro-Kopf Einkommen ist sieben Mal höher, als das von Rumänien, der „ärmste“ Mitgliedstaat (Stand 2007) (vgl. Europäische Union 2008: 4). Auch in Bezug auf die Regionen sind große Unterschiede zu erkennen. London ist die reichste Region der EU mit 290% des durchschnittlichen EU-BIP, während die Nord-Est Region in Rumänien 23% des EU-BIP aufweist und somit die „ärmste“ Region in der EU darstellt (vgl. Europäische Union 2008: 4). Die Verteilung von Ressourcen der reichen Regionen in Richtung der eher nicht wohlhabenden Regionen ist bei der EU-Regionalpolitik von Bedeutung und macht diese aus (vgl. Malais/Haegeman 2009: 78). Dabei sollen die Potentiale einzelner Regionen ausgeschöpft werden (vgl. Europäische Union 2013). Würde dies nicht getan werden, so die Europäische Kommission, hätte dies negative Auswirkungen auf die Eckpfeiler der Europäischen Union, auf den Binnenmarkt und auch den Euro (vgl. Europäische Kommission 2012g). Die Regionalpolitik soll außerdem der Krise entgegen wirken, Arbeitsplätze schaffen und sowohl die Wettbewerbsfähigkeit als auch das Wirtschaftswachstum fördern. Auch der Lebensstandard soll, besonders in den 2004 beigetretenen Ländern, möglichst schnell auf den EU-Durchschnitt angehoben werden (vgl. Europäische Union 2013). Mit der Regional- und Kohäsionspolitik können die

geförderten Mitgliedstaaten und Regionen schneller den Anschluss an die Europäische Union finden (vgl. Europäische Union 2008: 5). Dafür investiert die Europäische Union in verschiedene Bereiche, warum die Regionalpolitik auch eine Investitionspolitik darstellt. Die Finanzmittel werden in Programmplanungs- oder Förderperioden bereitgestellt, welche sieben Jahre andauern. In der derzeitigen Förderperiode von 2007-2013 werden rund 347 Milliarden Euro für die Regionalpolitik aufgewendet (vgl. Europäische Kommission 2012g). Schwerpunkte dieser Förderungen sind die Verbesserung der Zugänglichkeit und die Bereitstellung von hochwertigen Dienstleistungen. Ein Beispiel wäre die Bereitstellung und der Zugang zu Hochgeschwindigkeitsinternet (vgl. Europäische Union 2013). Damit können die Regionen für Investitionen attraktiver gemacht werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist Förderung des Unternehmertums und die Förderung von Innovationen. Auch die Beschäftigungsbedingungen sollen verbessert werden. Somit kann unter anderem der Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften entgegengesteuert werden (vgl. Europäische Union 2013).

Für die Periode 2007-2013 können konkret drei Hauptziele der Europäischen Kohäsionspolitik ausgemacht werden; *Konvergenz, Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, Europäische territoriale Zusammenarbeit* (Europa 2013): Diese ersetzen die alten Ziele der vorherigen Förderperiode 2000-2006.

„Beim Ziel „Konvergenz“, das dem alten Ziel 1 ähnelt, geht es um die Beschleunigung der Konvergenz der am wenigsten entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen, indem die Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung verbessert werden.“ (Europa 2013) Mit rund 81,54% steht diesem Ziel somit der größte Anteil des Gesamtbetrages zur Verfügung. Eingesetzt werden die Mittel unter anderem für die Förderung von Innovation, Sach- und Humankapital, wissensbasierte Gesellschaft oder Verwaltungseffizienz (vgl. Europa 2013).

„Beim Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“, das außerhalb der am stärksten benachteiligten Regionen zur Anwendung kommt, geht es um die Stärkung der **Wettbewerbsfähigkeit, der Beschäftigung und der Attraktivität der Regionen**“ (Europa 2013). Bei diesem Ziel wird der Unternehmergeist gefördert und Veränderungen in der Gesellschaft und der Wirtschaft vorgenommen. Förderfähig sind hingegen nur Regionen, die vom Ziel „Konvergenz“ nicht erfasst werden. Der Anteil am Gesamtbetrag beträgt 15,95 %. (vgl. Europa 2013).

„Das Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“, das sich auf die ehemalige europäische Initiative INTERREG stützt, dient der Verstärkung der **Zusammenarbeit auf grenzübergreifender, transnationaler und interregionaler Ebene.**“ (Europa 2013)
 Dafür werden 2,52% des Gesamtbetrages zur Verfügung gestellt (vgl. Europa 2013).

Um diese Ziele zu erreichen, werden Fördermittel bereitgestellt, welche aus drei verschiedenen Quellen bezogen werden. So gibt es den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Kohäsionsfonds. Während sich der Europäische Fonds für regionale Entwicklung auf Infrastruktur, Innovation und Investitionen konzentriert, spezialisiert sich der ESF auf die Projekte, welche die Schaffung von Arbeitsplätzen und die berufliche Bildung zum Ziel haben (vgl. Europäische Union 2013). Die Mittel aus dem Kohäsionsfonds werden in Bereichen wie Umwelt und erneuerbare Energien eingesetzt. Diese Förderung geht allerdings nur an die 13 zuletzt beigetretenen Länder sowie Griechenland, Portugal und Spanien, da „deren Wirtschaftsleistung unter 90% des EU-Durchschnitts liegt“ (Europäische Union 2013). Im Allgemeinen werden alle Regionen der Europäischen Union gefördert, allerdings liegt ein besonderer Fokus auf EU-Länder in Mittel- und Osteuropa, sowie auf Regionen mit „besonderen Bedürfnissen“ in anderen Ländern der Europäischen Union. Wie hoch die jeweilige Unterstützung der jeweiligen Mitgliedstaaten oder der Regionen jedoch ist, orientiert sich an einer Berechnungsmethode, welche in den „EU-Verordnungen über die kohäsionspolitischen Instrumente festgelegt“ (Europäische Union 2008: 9) ist.

Abb. 1: Ziele, Strukturfonds und –instrumente 2007-2013

Ziele	Strukturfonds und -instrumente		
Konvergenz	EFRE	ESF	Kohäsionsfonds
Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	EFRE	ESF	
Europäische Territoriale Zusammenarbeit	EFRE		

Quelle: Europäische Kommission (2011)

Welche Fonds bei der Erreichung der drei Hauptziele eingesetzt werden, kann der obigen Grafik entnommen werden.

Welche Regionen in den jeweiligen EU-Staaten berücksichtigt werden, zeigt Abbildung 11 im Anhang.

Dadurch, dass Fördermittel den „weniger entwickelten“ Ländern und Regionen zukommen, ist die EU-Regionalpolitik auch Ausdruck von Solidarität seitens der EU.

Die Kohäsionspolitik der EU steht darüber hinaus auch in enger Verbindung mit der Europa 2020 Strategie, da sie den finanziellen Rahmen für die Europa 2020 Strategie liefert. Um die Ziele der Europa 2020 Strategie zu erreichen, ist die Einbeziehung der verschiedenen Regionen von Bedeutung. Die Europa 2020 Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum wurde 2010 verabschiedet und ist Nachfolger der Lissabon Strategie. Die Lissabon Strategie hatte zum Ziel, die Europäische Union bis 2010 wettbewerbsfähiger und dynamischer zu machen. Diese Ziele wurden nur teilweise erreicht (vgl. Europäische Kommission 2010a).

Die Europa 2020 Strategie knüpft nun an die Lissabon-Strategie und definiert fünf Ziele, welche bis 2020 erreicht werden sollen.

- „75 % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sollten in Arbeit stehen.
- 3 % des BIP der EU sollten für F&E aufgewendet werden.
- Die 20-20-20-Klimaschutz-/Energieziele sollten erreicht werden (einschließlich einer Erhöhung des Emissionsreduktionsziels auf 30 %, falls die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind).
- Der Anteil der Schulabbrecher sollte auf unter 10 % abgesenkt werden, und mindestens 40 % der jüngeren Generation sollten einen Hochschulabschluss oder vergleichbaren Abschluss haben.
- Die Zahl der armutsgefährdeten Personen sollte um 20 Millionen sinken.“
(Europäische Kommission 2010b: 5)

Den Rahmen der Regionalpolitik legt die Europäische Union fest. Die Mitgliedstaaten und Regionen bestimmen die jeweiligen Ziele der Gebiete. Sie müssen sogenannte nationale strategische Rahmenpläne ausarbeiten und operationelle Programme erstellen. In diesen operationellen Programmen werden Ziele der Regionen bestimmt. Weiters werden den Prioritäten unterschiedliche Maßnahmen unterstellt und Kriterien für die Projektauswahl erarbeitet. Die operationellen Programme werden von den Europäischen Struktur- und Kohäsionsfonds kofinanziert. Die restlichen Mittel können von privaten oder öffentlichen Mitteln erbracht werden (vgl. Europäische Union 2008: 7). Die Europäische Union leistet eine Vorschusszahlung und auf Grundlage von Abschlüssen auch Zwischenzahlungen. Können jedoch die Abschlüsse nicht vorgewiesen werden, so können die Zahlungen

eingestellt oder rückgefordert werden (vgl. Europäische Union 2008: 7). Die Projektauswahl wird von den nationalen und regionalen Behörden vorgenommen, welche mit der Europäischen Kommission in Verbindung stehen (vgl. Europäische Union 2008: 6). Für die Umsetzung der jeweiligen Projekte werden strategische Kohäsionsleitlinien entwickelt, in denen Ziele festgelegt werden. Darüber hinaus müssen den Aufwendungen und Maßnahmen spezielle Prioritäten zugeordnet werden (vgl. Europäische Union 2008: 6). Schwerpunkte sollen dabei Bereiche mit hohem Wachstumspotential sein.

Neben den Schwerpunktbereichen wie Förderung von Innovationen, Erhöhung von Wettbewerbsfähigkeit soll auch nachhaltiges Wachstum im Fokus der Regionalpolitik stehen. „Regionalpolitik muss nachhaltig sein“ (Europäische Union 2008: 16). Regionale Entwicklung kann somit nur stattfinden, wenn Rücksicht auf die Umwelt genommen wird. Aus diesem Grund werden in der Förderperiode 2007-2013 verstärkt Mittel für umweltfreundliche Initiativen zur Verfügung gestellt. Eine Hälfte geht dabei an Infrastrukturinvestitionen (z.B. Wasseraufbereitung, Abfallbehandlung oder Naturschutz), die andere Hälfte an umweltrelevante Investitionen wie Öko- Innovation, Umweltmanagement für Unternehmen oder Öko-Tourismus (vgl. Europäische Union 2008: 16). Die Umwelt wird dabei als ein Motor für Wirtschaftswachstum gesehen, da mit ihr innovative Technologien unterstützt werden und eine effiziente Energienutzung gefördert wird (vgl. Europäische Union 2008: 16). Außerdem kann die Umwelt den Öko-Tourismus ausbauen und natürliche Lebensräume bieten, welche eine Anziehungskraft für Regionen darstellen (vgl. Europäische Union 2008: 16).

Da in dieser Arbeit auf die Rolle des nachhaltigen Tourismus eingegangen wird, soll auch an dieser Stelle kurz auf den Tourismus im Rahmen der Regionalpolitik eingegangen werden.

Die Kohäsionspolitik im Zeitraum von 2007-2013 versucht, den nachhaltigen Tourismus für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu nutzen. Darüber hinaus wird hervorgehoben, dass ein nachhaltiger Tourismus das kulturelle Erbe Europas erhält und dieses zur Geltung bringt (vgl. Europäische Kommission o.J.). Die Struktur- und Kohäsionsfonds können einen Beitrag leisten, den nachhaltigen Tourismus wettbewerbsfähiger zu machen und die Qualität des Tourismus zu steigern. Infrastrukturen, welche für den Tourismus geschaffen werden, sorgen für die Etablierung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und die regionale Entwicklung. Weniger „entwickelte“ Regionen können somit integriert werden und „an den Früchten des Wachstums teilhaben“ (Europäische Kommission o.J.). In der

Förderperiode 2007-2013 soll der Tourismus mit rund 6 Milliarden Euro unterstützt werden. Dies entspricht rund 1,8% der Gesamtmittel. Von den 6 Milliarden Euro sollen 3,8 Milliarden Euro für die Verbesserung des Tourismusangebots, 1,4 Milliarden Euro für den Schutz und die Erschließung des Naturerbes aufgewendet werden. Mit 1,1 Milliarden Euro soll darüber hinaus das Naturvermögen gefördert werden (vgl. Europäische Kommission o.J.). Außerdem wird darauf hingewiesen, dass tourismusbezogene Infrastrukturen auch aus anderen Bereichen wie Innovation, Informationstechnologie oder Humankapital bezogen werden können (vgl. Europäische Kommission o.J.).

Angewendet auf die makroregionalen Strategien der Europäischen Union kann beobachtet werden, dass durch die Osterweiterung 2004, 2007 und 2013 einige Länder der EU beigetreten sind, welche als klare Konvergenzregionen gelten. Dabei werden nicht nur Regionen, sondern überwiegend ganze Staatsgebiete gefördert. Die Staaten wirken bei den makroregionalen Strategien mit und werden durch die Regionalpolitik verstärkt gefördert. Durch die Regionalpolitik sollen die „neuen“ Mitgliedstaaten an den EU-Durchschnitt gebracht werden. Die makroregionalen Strategien können dazu einen Beitrag leisten. Da auch die makroregionalen Strategien sich an den Zielen der Europa 2020 Strategie orientieren, lässt sich eine enge Verbindung zwischen Regionalpolitik und makroregionalen Strategien herstellen. Es stellt sich die Frage, ob die makroregionalen Strategien nicht sogar (Ausdruck der) Regionalpolitik sind? Die Ostsee- und die Donaoraumstrategie verfolgen ähnliche Ziele. Auch hier sollen die „armen“ Regionen der Europäischen Union unterstützt und die Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft erhöht werden. Neben diesen Aspekten soll auch in den makroregionalen Strategien die Zusammenarbeit mit angrenzenden Staaten ausgebaut oder verbessert werden. Die Mitwirkung der Nicht-EU-Mitgliedstaaten an den Strategien macht dies deutlich. Mit dem dritten Ziel der Regionalpolitik „grenzübergreifende Zusammenarbeit“, ist auch hier wieder ein Zusammenhang zu den makroregionalen Strategien zu sehen.

2.2 Methodisches Vorgehen

In dieser Arbeit soll vor allem auf Informationen zurückgegriffen werden, welche aus sekundären Quellen stammen. Die Sekundärliteratur umfasst unterschiedliche Werke und Aufsätze in sowohl deutscher als auch in englischer Sprache. Je nach Themenkomplex werden Erkenntnisse zusammengeführt und Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten herausgearbeitet. Unterschiedliche wissenschaftliche Positionen werden dabei aufgezeigt und gegenübergestellt. Dies ist vor allem im theoretischen Teil und im Teil zu den makroregionalen Strategien der Fall. Im zweiten Teil der Arbeit wird hauptsächlich auf veröffentlichte Berichte und Mitteilungen der Europäischen Union Bezug genommen. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass die Auswahl an gebundenen wissenschaftlichen Texten beschränkt ist, vor allem solcher, welche die makroregionalen Strategien kritisch betrachten. Für die Auseinandersetzung beider Strategien ist vor allem das Werk von Eckart D. Stratenschulte und Florian H. Setzen „Der europäische Fluss: Die Donau und ihre Regionen als Strategieraum“ von Bedeutung, welches 2011 erschien. Um jedoch aktuelle Sachverhalte in die Arbeit einfließen lassen zu können, musste verstärkt auf Online-Dokumente und Internetquellen zurückgegriffen werden. Davon sind vor allem Daten der Europäischen Union betroffen (beispielsweise wenn es um Beitrittsverhandlungen einzelner Staaten geht). Um weitere Hintergrundinformationen zu den unterschiedlichen Themenbereichen zu erhalten, wurde der Kontakt zu einigen ausgewählten Personen gesucht. Die Kontaktaufnahme erfolgte vorwiegend in elektronischer Form. Ziel war es, Unklarheiten beseitigen zu können.

3 Makroregionale Strategien der Europäischen Union

„Wird es zu einer „Inflation“ von europäischen Strategien kommen?“ (Görmar 2010: 577) Diese Frage stellt sich Wilfried Görmar nachdem er verdeutlicht, dass die Erarbeitung von Strategien der Europäischen Union immer stärker ins politische Blickfeld und ins Blickfeld wissenschaftlicher Debatten rückt. Neben den bereits verabschiedeten Strategien für die Ostseeregion im Jahr 2009 und des Donauraums im Jahr 2011, gibt es bereits Bestrebungen für eine Alpenstrategie der EU, eine Nordseestrategie oder eine EU-Strategie zum „Atlantischen Bogen“ (vgl. Görmar 2010: 577). Außerdem wurde im Dezember 2012 die Europäische Kommission damit beauftragt, bis Ende 2014 eine Strategie für den Adriatischen-Ionischen Raum auszuarbeiten (vgl. Europäische Kommission 2013: 2). Strategien der Europäischen Union scheinen im Trend zu liegen. Doch was kennzeichnet eine solche Makroregion?

Der Begriff „Makroregion“ wurde erst im Zuge der letzten EU-Strategien vermehrt verwendet. Bis dahin wurden Begriffe wie transnationale oder staatenübergreifende Kooperations- oder Programmräume benutzt. Sie erscheinen, laut Görmar, neutraler als der Begriff „Makroregion“, da sie Räume thematisieren, in denen Kooperationen stattfinden oder Programme umgesetzt werden (vgl. Görmar 2010: 577). Wenn es jedoch um eine einheitliche Definition von „Makroregion“ geht, sucht man diese vergeblich. Makroregionen sind im jeweiligen räumlichen Kontext zu sehen. Laut Görmar sind sie „Teilräume, die zusammenhängende Gebiete mehrerer Staaten umfassen und durch gemeinsame Merkmale und Herausforderungen gekennzeichnet sind.“ (Görmar 2010: 577)

Die Europäische Kommission definiert eine Makroregion darüber hinaus als „ein Gebiet, das mehrere Verwaltungsregionen umfasst, aber genügend gemeinsame Themen aufweist, um ein einheitliches strategisches Konzept zu rechtfertigen.“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009: 6) Bei dieser Definition fehlen jedoch eine räumliche Abgrenzung sowie eine Größenbegrenzung. Das Gebiet wird vielmehr sachbezogen abgegrenzt (vgl. Görmar 2010: 577).

Wurzeln der makroregionalen Zusammenarbeit liegen in der staatenübergreifenden Zusammenarbeit in europäischen Grensräumen seit den 1950er Jahren. Diese Grensräume haben sich im Laufe der Zeit auf mehrere Staaten ausgedehnt. Im Umweltbereich sind staatenübergreifende Kooperationen besonders seit den 70er Jahren vertreten, so zum

Beispiel die Arbeitsgemeinschaft Alpenraum. Europäische Staaten begannen allmählich, Lösungen für großräumige Umweltprobleme zu suchen. Über die umweltpolitischen Themen hinaus, wurde die räumliche Entwicklung immer bedeutsamer. Diese raumentwicklungspolitische Zusammenarbeit fand Unterstützung bei transnationalen Förderungsprogrammen der Europäischen Union. Die finanziellen Mittel der EU verhalfen der transnationalen Zusammenarbeit zu einem neuen Schub. Kooperationsräume formierten sich über die Jahre und gestalteten sich unterschiedlich. Strategien wurden erarbeitet und Kooperationen mit Nachbarstaaten verstärkt. Die Ostseeregion ist, laut Görmar, die Region, welche die stärkste Zusammenarbeit von staatenübergreifenden Netzwerken und Organisationen aufweist (vgl. Görmar 2010: 579 ff.). Es stellt sich nun die Frage, warum neue EU-Strategien ins Leben gerufen wurden? Zum einen waren die bisherigen Strategien auf bestimmte Teilbereiche begrenzt (so zum Beispiel auf Wirtschaft oder Umwelt). Zum anderen sollen Synergieeffekte zwischen den einzelnen Aktivitäten in den unterschiedlichen Regionen erzielt werden (vgl. Görmar 2010: 582).

Makroregionen thematisieren Probleme oder komplexe Herausforderungen, welche anscheinend nur schwer oder gar nicht von den Regionen allein gelöst werden können. Es bedarf eines Handelns im größeren Rahmen, auf europäischer Ebene. Diese Probleme bleiben somit nicht mehr nur regional, sondern werden eine Angelegenheit der gesamten Union (vgl. Görmar 2010: 583). Verschiedene politische Ansätze sollen gebündelt werden, eine Gesamtstrategie soll Orientierung schaffen. Es soll „ein Gefühl der gemeinsamen Verantwortung“ (Europäische Kommission 2013: 2) geschaffen werden. Als Basis der makroregionalen Zusammenarbeit gelten „[das] Gefühl der regionalen Identität, de[r] Wunsch nach gemeinsamer strategischer Planung und die Bereitschaft zur Bündelung von Ressourcen.“ (Europäische Kommission 2013: 3)

In einem aktuellen Bericht der Europäischen Kommission werden verschiedene Merkmale einer makroregionalen Strategie genannt. Die bisherige Definition von „Makroregion“ wird also nun mit einer Definition der „makroregionalen Strategie“ erweitert.

Eine makroregionale Strategie kennzeichnet sich als

- „1) ein Gesamtrahmen für Mitgliedstaaten und Drittstaaten im selben geografischen Raum;
- 2) eine Strategie zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen;

3) eine verstärkte Zusammenarbeit im Hinblick auf für den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt.“ (Europäische Kommission 2013: 3)

Dabei soll eine makroregionale Strategie vom Europäischen Parlament und vom Rat unterstützt werden (vgl. Europäische Kommission 2013: 3).

Es liegen darüber hinaus auch einige Grundsätze vor. So sollten die Ziele der makroregionalen Strategie in die bestehenden Rahmen, Programme und Finanzinstrumente der EU, der Länder oder Regionen integriert werden. Des Weiteren sollte „eine Abschottung zwischen Branchen, Akteuren oder Governance- Ebenen vermieden werden“ (Europäische Kommission 2013: 4). Ein weiterer Grundsatz lautet Zusammenarbeit. Die Länder sollten zusammenarbeiten, die Denkmuster verändert werden und Ideen der regionalen Entwicklung sollten sich nach außen richten (vgl. Europäische Kommission 2013: 4). Ein Multi-Level- Governance Ansatz gilt ebenfalls als Grundsatz. Dieser besagt, dass Entscheidungsträger auf verschiedenen Ebenen besser zusammenarbeiten sollten. Dabei sollen jedoch keine neuen Entscheidungsebenen geschaffen werden. Der letzte Grundsatz lautet „Partnerschaft“. Die EU und die Nicht- EU-Mitgliedstaaten können aufgrund von gemeinsamen Interessen und gegenseitigem Respekt zusammenarbeiten (vgl. Europäische Kommission 2013: 4).

Bei der Formulierung der Grundsätze fällt auf, dass sie häufig mit dem Wort *sollte* abgeschlossen werden. Ein Müssen oder eine Dringlichkeit ist nicht zu sehen. Eine gewisse Notwendigkeit und somit auch Ernsthaftigkeit gehen damit verloren.

Der aktuelle Bericht der Europäischen Kommission zum Mehrwert makroregionaler Strategien macht klar, dass sich die Ziele aufgrund der unterschiedlichen Bedürfnisse der jeweiligen Regionen unterscheiden. Allerdings wird in beiden Strategien auf die Europa 2020 Strategie Bezug genommen. Themen soll Vorrang gewährt werden, welche von strategischer Bedeutung sind und einen Mehrwert ergeben (vgl. Europäische Kommission 2013: 4).

Es ist von zentraler Bedeutung zu erwähnen, dass die bereits bestehenden Makroregionen ohne zusätzliche Mittel der EU, ohne neue Institutionen und ohne neue Rechtsvorschriften umgesetzt werden (sollen).

Im Folgenden sollen anhand von Ostseeraum und Donaupraumstrategie diese Überlegungen nun konkret betrachtet werden.

4 Die Ostseestrategie

4.1 Entstehungsgeschichte

Die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum, im Englischen European Union Strategy for the Baltic Sea Region (EUSBSR), ist die erste makroregionale Strategie der EU. Bereits im November 2005 brachte die Europe Baltic Intergroup ein Strategiepapier heraus, in welchem eine europäische Strategie für den Ostseeraum umschrieben wurde (vgl. Schymik 2011b: 121). Während sich die schwedische Regierung auf ihren Ratsvorsitz für das zweite Halbjahr in 2009 vorbereitete, erzielte sie im Dezember 2007 einen Beschluss, bei dem die Kommission dazu beauftragt wurde, bis 2009 eine Strategie für den Ostseeraum vorzuschlagen. Nach einer Konsultationsphase und Konferenzen in Stockholm und Rostock, konnte im Juni 2009 ein Strategieentwurf von der Kommission beschlossen und an den Rat sowie an das Parlament übermittelt werden (vgl. Schymik 2011b: 122). Der Strategieentwurf erlangte im Parlament Zustimmung und beim Europäischen Ratstreffen in Brüssel am 29. und 30. Oktober 2009 wurde die Ostseestrategie von den Staats- und Regierungschefs bestätigt. Da die ersten Überlegungen bereits im Jahr 2005 getätigt wurden, hat die Ostseestrategie also rund fünf Jahre gebraucht, um beschlossen zu werden (vgl. Schymik 2011b: 122). Sie befindet sich seit rund 4 Jahren in der Implementierungsphase.

Neben Russland sind acht EU-Mitgliedstaaten an der Strategie beteiligt:

-Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden

Dabei sei darauf hingewiesen, dass in Deutschland nur die nördlichen drei Bundesländer (Schleswig- Holstein, Mecklenburg- Vorpommern und Hamburg) an der Ostseestrategie mitwirken.

Der geografische Geltungsbereich erstreckt sich klarerweise rund um die Ostsee. Allerdings wird die Reichweite themenspezifisch festgelegt. So sind alle Länder der Region in Wirtschaftsfragen eingebunden, beim Thema Wasserqualität das gesamte Wassereinzugsgebiet usw. (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009: 5).

Ziele

Die Ostseestrategie stellt einen „integrierte[n] Rahmen zur Nutzung der Chancen und zur Bewältigung der Herausforderungen des Ostseeraums“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009: 4) dar. Der Ostseeraum soll eine integrierte, zukunftsorientierte Region „von Weltklasse“ und eine „europäischen Spitzenregion“ werden (vgl. Europäische Kommission 2012h: 2). Ihre Ziele werden in einer Mitteilung festgelegt. In einem begleitenden Aktionsplan werden darüber hinaus Maßnahmen und die Projekte zur Implementierung der Strategie angeführt (vgl. Schymik 2011b: 123).

Eine überarbeitete Mitteilung von 2012 legte folgende drei allgemeine Ziele fest:

„Rettung der Ostsee

Anbindung der Region und

Steigerung des Wohlstands.“ (Europäische Kommission 2012h: 3)

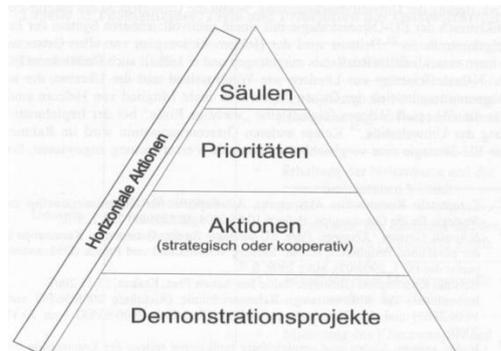
Diese Ziele unterscheiden sich von denen aus dem Jahre 2009, als die Ostseestrategie verabschiedet wurde und die erste Mitteilung sowie der erste Aktionsplan vorlagen. Damals lauteten die Ziele noch 1) eine ökologisch nachhaltige Region 2) eine wohlhabende Region 3) eine leicht zugängliche und attraktive Region und 4) eine sichere Region (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009: 6 ff.) zu schaffen. Nach einem Sachstandsbericht 2011 und dessen Schlussfolgerungen wurde die Kommission jedoch dazu aufgefordert, die Strategie zu überarbeiten. Um den Rahmen der Arbeit nicht zu sprengen und Verwirrungen hinsichtlich der zwei Versionen des Aktionsplans zu vermeiden, wird im nächsten Abschnitt nur auf den aktuellen Aktionsplan von Februar 2013 Bezug genommen.

4.2 Umsetzung

Für die Umsetzung der Strategie sollen, wie eingangs schon beschrieben, keine zusätzlichen finanziellen Mittel aufgewendet werden. Die Projekte werden aus Mitteln der Fonds der Europäischen Regionalpolitik, der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Nachbarschaftspolitik finanziert (vgl. Auswärtiges Amt 2013). Es sollen ebenfalls keine neuen EU-Institutionen etabliert und keine neuen EU-Rechtsvorschriften geschaffen werden (vgl. Europäische Kommission 2013: 4). Die Projekte sind im sogenannten Aktionsplan verankert.

Der Aktionsplan folgt einem gewissen Aufbau, welcher in der folgenden Grafik anschaulich dargestellt wird. :

Abb. 2: Aufbau des makroregionalen Aktionsplans



Quelle: Schymik (2011b), S. 123

Die drei neuformulierten Ziele bilden sogenannte Säulen. Den Säulen sind wiederum „sub-objectives“ untergeordnet. Diese lauten beispielsweise in der ersten Säule „clear water in the sea, rich and healthy wildlife, clean and safe shipping und better cooperation“ (vgl. Commission of the European Communities 2013: 3). Weitere 17 Schwerpunktthemen/Prioritäten (Priority Areas- PA's) werden den Säulen zugeordnet. Diese werden von Staaten (im Falle von Deutschland auch Bundesländern) oder anderen Institutionen koordiniert und definieren die Ziele noch einmal genauer. Den Schwerpunktthemen sind darüber hinaus „kooperative“ und „strategische“ Aktionen zugeordnet, welche in einem weiteren Schritt mit Demonstrationsprojekten oder sogenannten „Flaggschiffprojekten“ verbunden sind (vgl. Schymik 2011b: 123).

Der ersten Säule „Rettung der Ostsee“ gehören folgende Schwerpunktthemen an:

- “PA Nutri – Reducing nutrient inputs to the sea to acceptable levels”¹
(koordiniert von Finnland und Polen)
- “PA Hazards – Reducing the use and impact of hazardous substances”¹
(koordiniert von Schweden)
- “PA Bio – Preserving natural zones and biodiversity, including fisheries”¹
(koordiniert von Deutschland)
- “PA Agri – Reinforcing sustainability of agriculture, forestry and fisheries”¹
(koordiniert von Finnland, Litauen und Schweden)
- “PA Ship – Becoming a model region for clean shipping”¹
(koordiniert von Dänemark)

¹ Commission of the European Communities 2013: 49 ff.- Eigene zusammenfassende Darstellung

- “PA Safe – To become a leading region in maritime safety and security”²
(koordiniert von Dänemark und Finnland)
- “PA Secure – Protection from emergencies and accidents on land”²
(koordiniert von Schweden und dem Council of the Baltic Sea States (CBSS) Secretariat)

Der zweiten Säule „Anbindung der Region“ sind folgende Schwerpunktthemen zugeordnet:

- “PA Transport – Improving internal and external transport links”²
(koordiniert von Litauen und Schweden)
- “PA Energy – Improving the access to, and the efficiency and security of the energy markets”² (koordiniert von Lettland und Dänemark)
- “PA Crime – Fighting cross-border crime”²
(koordiniert von Finnland und Litauen)

Der dritten Säule “Steigerung des Wohlstands” werden die folgenden Schwerpunktthemen zugeordnet:

- “PA Tourism – Reinforcing cohesiveness of the macro-region through tourism”²
(koordiniert von Mecklenburg-Vorpommern (Deutschland))
- „PA Culture – Developing and promoting the common culture and cultural identity”²
(koordiniert von Schleswig-Holstein (Deutschland) und Polen)
- “PA Internal Market – Removing hindrances to the internal market”²
(koordiniert von Estland)
- “PA Innovation – Exploiting the full potential of the region in research and innovation”²
(koordiniert von Schweden und Polen)
- “PA SME – Promote entrepreneurship and strengthen the growth of SMEs”²
(koordiniert von Dänemark)
- “PA Health – Improving and promoting people’s health, including its social aspects”²
(koordiniert von der Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being)
- “PA Education – Developing innovative education and youth”²
(koordiniert von Hamburg (Deutschland) und der Norden Association in Schweden)

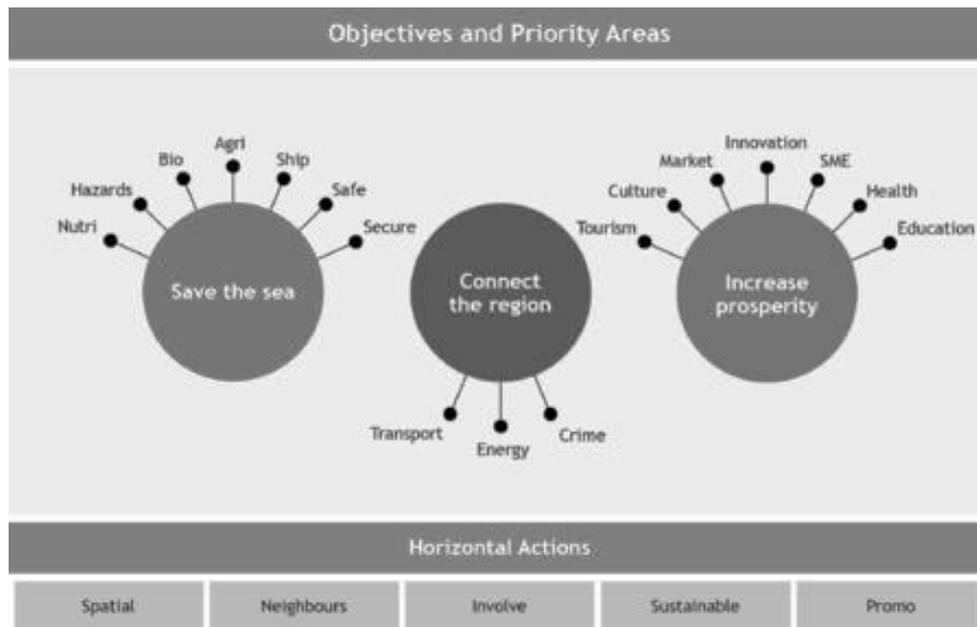
Anhand dieser Auflistung wird die Komplexität der Ostseeraumstrategie deutlich. Es werden 17 unterschiedliche Themenschwerpunkte behandelt. Verbindungen zwischen den jeweiligen Priority Areas können ebenfalls ausgemacht werden. So können sich einige Themenbereiche beeinflussen und ergänzen (z.B. Transport und Tourismus). Ebenfalls

² Commission of the European Communities 2013: 49 ff.- Eigene zusammenfassende Darstellung

ersichtlich sind die unterschiedlichen Koordinatoren. Teilweise sind ein oder zwei Staaten mit einem Themenschwerpunkt beauftragt, woanders nur Bundesländer oder Organisationen.

Um einen Überblick zu gewinnen, soll eine Grafik die Säulen und Schwerpunktthemen nochmals veranschaulichen:

Abb. 3: Die Schwerpunktthemen der EUSBSR



Quelle: groupspaces (o.J.)

Neben den Schwerpunktbereichen, sind horizontale Aktionen politikfeldübergreifend angeordnet. Diese sollen in allen Säulen, Schwerpunktthemen und Projekten berücksichtigt und integriert werden. So soll der multi-governance Ansatz verstärkt und die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft und Wissenschaft eingebunden werden. Die Kooperation mit den Nachbarstaaten soll ebenfalls verstärkt werden, um die Herausforderungen des Ostseeraums bewältigen zu können. Eine weitere horizontale Aktion stellt die Förderung einer regionalen Identität und die Vermarktung der Region dar. Weiters soll der Gebrauch von Raumplanungskonzepten für das Meer und für das Festland in allen Mitgliedstaaten verstärkt und deren Kooperation mit Hilfe eines gemeinsamen Ansatzes gefördert werden. Nachhaltige Entwicklung und die Förderung von Bioenergie sollen ebenfalls in allen Gebieten berücksichtigt werden (vgl. Commission of the European Communities 2013: 152 ff).

Chancen

Die Region verfügt über gut ausgebildete Arbeitskräfte mit Fachwissen im Innovationsbereich, vor allem in wissensbasierten Industriezweigen. Darüber hinaus profitiert die Region von weiten unberührten Landschaften mit natürlichen Ressourcen und von einer soliden „Tradition der interregionalen Zusammenarbeit“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009: 4). Bestehende Strukturen innerhalb der nördlichen Dimension beispielsweise, bilden einen Rahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit der EU mit den Ländern. Die Länder sind eng miteinander verflochten, obwohl der Ostseeraum einen heterogenen Raum darstellt. Dadurch besteht die Möglichkeit, dass sich Maßnahmen auf andere Bereiche, Teile oder die gesamte Region besonders rasch auswirken können (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009: 2).

Kritik

Die Vorhaben der Ostseestrategie wurden jedoch im Vorfeld beziehungsweise werden immer noch kritisiert. So zum Beispiel fehle es an einer eigenen, verbindenden „Identität“, welche als Basis für eine Strategie gilt. Darüber hinaus sei der Aktionsplan wenig fokussiert und breit gefächert. Manche Projekte hätten keinen Einfluss auf die regionale Entwicklung. Außerdem seien viele Projekte oder Programme durch bereits bestehende Organisationen, wie zum Beispiel von HELCOM, abgedeckt (vgl. Forschungs-Informationen-System 2011). Weiters stellt die fehlende Ausstattung ein Problem dar, da somit komplizierte Antrags- oder Finanzierungsverfahren unausweichlich sind. Eigene Mittel aufzutreiben, scheint für einige Staaten schwierig zu sein, da sie von der Finanzkrise getroffen wurden (vgl. Forschungs-Informationen-System 2011).

Die kritischen Überlegungen mögen ein Grund dafür sein, dass sich die Ostseestrategie in den folgenden Jahren veränderte.

4.3 Entwicklungsgeschichte

In den ersten Jahren der Implementierung hat sich die Ostseestrategie dynamisch entwickelt (vgl. Schymik 2011b: 129). Deutlich wird dies an Änderungen im Aktionsplan. Auch die Überarbeitung der Mitteilung in 2012 lässt darauf schließen, dass sich die Ostseestrategie immer noch in einem Entwicklungsprozess befindet. Wie bereits erwähnt, wurde im Juni 2011 ein Sachstandsbericht von der Europäischen Kommission veröffentlicht. In diesem Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum

wurde auf wichtige Errungenschaften hingewiesen und neue Projekte vorgestellt. Insgesamt sind zur Zeit des Berichts über 80 Vorzeigeprojekte durchgeführt worden (vgl. Europäische Kommission 2011: 2). Um die Ergebnisorientierung und die Größenvorteile nutzen zu können, wurden darüber hinaus auch Projekte mit ähnlichen Inhalten zusammengefasst. Ein ebenfalls wichtiger Punkt ist im Bericht die Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Netzwerken, wie der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (HELCOM) oder dem Rat der Ostseestaaten. Neue Netze wurden etabliert und gemeinsame Programme entwickelt. Die Zusammenführung von regionalen Exzellenzzentren, welche auf die maritime Ausbildung gerichtet sind, ist nur ein Beispiel für die Bildung eines neuen Netzes (vgl. Europäische Kommission 2011: 4). Der Sachstandsbericht macht außerdem darauf aufmerksam, dass politische Strategien angepasst und weiterentwickelt werden. So müssen die verschiedenen sektoralen Maßnahmen wie beispielsweise Verkehr, Umwelt und Gesundheit, mit Blick auf die Bedürfnisse des Ostseeraums als Ganzes abgestimmt werden (Europäische Kommission 2011: 4). Ein weiterer Punkt im Sachstandsbericht ist die Finanzierung. Es wird auf die Herausforderung der Finanzierungsquellen aufmerksam gemacht und gleichzeitig werden positive Entwicklungen genannt. Dazu gehört, dass einige Länder Programme, welche mit ESF Mitteln finanziert werden, die Ostseestrategie gefördert haben (vgl. Europäische Kommission 2011: 5 f.). Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten wird ebenfalls im Sachstandsbericht thematisiert. Dabei wurde hervorgehoben, dass Norwegen, Russland und Belarus verstärkte Unterstützung angekündigt haben. Außerdem wird auf die Zusammenarbeit mit Russland eingegangen. Umweltprojekte bilden einen Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit Drittstaaten (vgl. Europäische Kommission 2011: 6 f.).

Herausforderungen und Empfehlungen

Besonders interessant ist der Punkt „Erfahrungen“ im Sachstandsbericht. Dabei wird auf Herausforderungen und besonders wichtige Punkte für die Zukunft eingegangen. So wird auf den politischen Willen eingegangen, der unabdingbar für den Erfolg einer solchen Strategie ist. Dieser darf nicht verloren gehen. Deshalb sollte die Strategie in allen geeigneten Sitzungen und Treffen Einklang finden. Außerdem soll die Ostseestrategie in künftigen politischen Planungen berücksichtigt werden (vgl. Europäische Kommission 2011: 8). Darüber hinaus sollte die Ostseestrategie in Verwaltungsstrukturen und politische Gefüge eingebettet werden. „Sie ist immer noch sehr anfällig für organisatorische Veränderungen oder Änderungen der politischen Prioritäten.“ (Europäische Kommission

2011: 8) Außerdem sind eine personelle Ausstattung auf allen Ebenen und eine institutionelle Stabilität von Nöten, damit die Ostseestrategie auch eine nachhaltige Wirkung hat. Darüber hinaus müssen die jeweiligen Akteure in den Mitgliedsstaaten umfassend mit einbezogen werden.

Im Sachstandsbericht von 2011 wurde außerdem darauf hingewiesen, dass zu Beginn der Strategie keine spezifischen Ziele festgelegt wurden. Diese seien jedoch von Bedeutung, da somit Fortschritte bewertet werden können. Außerdem soll die Strategie sichtbarer und bekannt gemacht werden. Die Einbindung von regionalen Behörden oder nichtstaatlichen Organisationen ist dabei wichtig. Obwohl bereits auf die Verbesserung und Verstärkung der Netzwerke im Bericht eingegangen wurde, wird auch in dem Abschnitt noch einmal darauf hingewiesen, dass die Ostseestrategie beispielsweise mit der Strategie Europa 2020 und der Gemeinsamen Agrarpolitik in enger Verbindung stehen muss (vgl. Europäische Kommission 2011: 9). Wie in 4.1 bereits angedeutet, wurde nach dem Sachstandsbericht die Kommission vom Rat dazu aufgerufen, die Ostseestrategie bis Anfang 2012 zu überarbeiten (vgl. Europäische Kommission 2012h: 2). Seit dieser Änderung in 2012 sind weitere Erneuerungen und Anpassungen im Aktionsplan 2013 gemacht worden. Im Bericht zum Mehrwert makroregionaler Strategien wird deutlich, wie sich die Ostseestrategie entwickelt hat. So gibt es bereits über 100 Vorzeigeprojekte und viele spin-off Projekte (vgl. Europäische Kommission 2013: 4).

Ausblick

Deutlich wurde, dass Zeit benötigt wird, eine solche makroregionale Strategie zu konsolidieren, allerdings kann der Ostseeraum auf bereits bestehende Kooperationsbeziehungen aufbauen und auch in Zukunft einen Nutzen daraus ziehen.

Am 11. und 12. November soll das 4. Jährliche Forum in der litauischen Hauptstadt Vilnius stattfinden. Unter dem Titel „Baltic Sea, Baltic Growth, Baltic Environment“ sollen Workshops und zahlreiche Vorträge unterschiedliche Fragen diskutieren und vor allem darauf eingehen, wie die Ostseestrategie einen Beitrag zur Europa 2020 Strategie leisten kann (vgl. Agentur für Kommunikation, Organisation und Management 2013).

5 Die Donaunraumstrategie

Durch die EU Erweiterungen in den Jahren 2004 und 2007 hat sich die Donauregion grundlegend verändert. Da nun das Flusseinzugsgebiet weitestgehend zur Europäischen Union gehört, hat sich die Europäische Kommission zum Ziel gesetzt, diese Region und ihr Potential zu nutzen. Die Strategie der Europäischen Union für den Donaunraum, im Englischen EU Strategy for the Danube Region (EUSDR), soll dabei einen Beitrag leisten.

5.1 Entstehungsgeschichte

Bereits im Oktober 2008 forderte die Kommission, und hier besonders die für die Regionalpolitik zuständige Generaldirektorin Renate Hübner, einen Entwurf für eine Donaunraumstrategie auszuarbeiten. Im Juni 2009 wurde unter dem schwedischen Ratsvorsitz, die EU-Kommission vom Europäischen Rat damit beauftragt, bis Ende 2010 eine Strategie für den Donaunraum zu entwickeln. Als Beispiel galt die Ostseeraumstrategie, welche die erste makroregionale Strategie darstellt und 2009 verabschiedet wurde (vgl. Schymik 2011b: 122).

Wie bereits erwähnt, definiert die Europäische Kommission eine Makroregion als „ein Gebiet, das mehrere Verwaltungsregionen umfasst, aber genügend gemeinsame Themen aufweist, um ein einheitliches strategisches Konzept zu rechtfertigen.“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009: 6) Bei dieser Definition ist nicht die Rede von Mitgliedstaaten, sondern von Verwaltungsregionen. Dies lässt sich damit erklären, dass eine Makroregion durchaus nur eine Region eines Staates ausmacht. Am Beispiel Deutschland wird dies deutlich. Nur die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern werden zur Makroregion für den Donaunraum gezählt (vgl. Schymik 2011a: 8).

Die Kommission leitete Juni 2009 eine Konsultationsphase ein. In dieser wurden zahlreiche Institute und Organisationen mit eingebunden und die jeweiligen Länder leisteten ihren Beitrag. Im Dezember 2010 endete die Konsultationsphase und es wurden eine Mitteilung der Europäischen Kommission sowie ein Aktionsplan vorgelegt. Am 24. Juni 2011 wurde die Strategie im Rahmen des Juni-Gipfels vom Europäischen Rat, unter ungarischem Vorsitz, verabschiedet. Sie befindet sich seitdem in der Implementierungsphase.

An der Donaunraumstrategie sind sowohl neun EU-Mitgliedstaaten als auch fünf Nicht-EU-Mitgliedstaaten bzw. ihre Verwaltungsregionen beteiligt. Die fünf Nicht-EU-

Mitgliedstaaten haben einen jeweils anderen Status auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft (vgl. Europäische Union o.J.).

EU-Mitgliedstaaten:

Bulgarien, Deutschland, Kroatien, Österreich, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn

Nicht-EU-Mitgliedstaaten:

Kandidatenland: Montenegro, Serbien

Potentielles Kandidatenland: Bosnien-Herzegowina

Sowie: Republik Moldau, Ukraine

Die folgende Grafik liefert einen Überblick des Donaupraums und den Verlauf der Donau.

Abb. 4: Der Donauverlauf



Quelle: Österreichische Raumordnungskonferenz- ÖROK (2010)

Bei genauer Betrachtung lässt sich erkennen, dass die Donau nicht durch alle Mitgliedstaaten fließt. „Für den Donaupraum ist der Wassereinzugsbereich der Donau ab einer gewissen Quadratmeter-Zahl als verbindendes Element ausschlaggebend.“ (vgl. Setzen 2012: 11) Deshalb gehören zum Donaupraum nicht nur die Anrainerstaaten, sondern auch Nicht-Donau-Anrainer, deren Staatsgebiet Zuflüsse zur Donau haben. Zu diesen Staaten zählen Tschechien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina und die Republik Montenegro (vgl. Setzen 2012: 11). Auch die Anteile am Donauufer variieren zwischen den Anrainerstaaten sehr. So besitzt Rumänien mit 1.075 Kilometer den größten Anteil der

2.845 Kilometer langen Donau. Den kleinsten Donau-Anteil besitzt die Republik Moldau mit nur 550 Metern. Allgemein erstreckt sich der Donauroum vom Schwarzwald in Deutschland bis hin zum Schwarzen Meer und beherbergt mehr als 100 Millionen Einwohner (vgl. Hasenbichler/Simoner/Hartl 2011: 153, Europäische Kommission 2010c: 3).

Ziele

Mit Hilfe der Donauroumstrategie soll die Donauregion wettbewerbsfähig und wirtschaftsstark werden (vgl. Barsi-Pataky 2012: 9). In der Mitteilung der Europäischen Kommission heißt es „[d]urch die Strategie sollte die Region zu einer echten Region des 21. Jahrhunderts werden: sicher und zuversichtlich- eine der attraktivsten Regionen Europas.“ (Europäische Kommission 2010c: 4) Dabei sollen die Bürger und Bürgerinnen in den jeweiligen Regionen bessere Aussichten auf höhere Bildung, Beschäftigung und Wohlstand haben (vgl. Europäische Kommission 2010c: 3). Außerdem sollen die Umwelt und das historische und kulturelle Erbe bewahrt werden. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit der Länder gestärkt und gute Nachbarschaftsbeziehungen gefördert werden (vgl. Barsi-Pataky, Udavarhelyi 2011: 37 f.). Die Ziele der Strategie werden wie bei der Ostseestrategie in vier Säulen (pillars) und 11 Schwerpunktthemen (Priority Areas) gegliedert, welche im Aktionsplan erläutert werden. Eine Abbildung fasst die Säulen (A, B, C, D), sowie die Schwerpunktthemen (1-11) zusammen.

Abb. 5: Die Schwerpunktthemen der EUSDR

(A) Anbindung des Donauroums	
1. Verbesserung der Mobilität & der Multimodalität: (a) Binnenwasserstraßen, (b) Straßen-, Schienen- & Luftverbindungen	(a) Österreich, Rumänien (b) Slowenien, Serbien Tschechische Republik, Ungarn
2. Förderung der Nutzung nachhaltiger Energien	Bulgarien, Rumänien
3. Förderung von Kultur & Tourismus, des Kontakts zwischen den Menschen	
(B) Umweltschutz im Donauroum	
4. Wiederherstellung & Sicherstellung der Qualität der Gewässer	Slowakei, Ungarn
5. Management von Umweltrisiken	Rumänien, Ungarn
6. Erhaltung der biologischen Vielfalt, der Landschaften & der Qualität von Luft & Boden	Deutschland (Bayern), Kroatien
(C) Aufbau von Wohlstand im Donauroum	
7. Entwicklung der Wissensgesellschaft durch Forschung, Bildung & Informations-technologien	Serbien, Slowakei
8. Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, einschließlich Clusterbildung	Deutschland (Baden-Württemberg), Kroatien
9. Investitionen in Menschen & Qualifikationen	Österreich, Moldawien
(D) Stärkung des Donauroums	
10. Verbesserung der institutionellen Kapazität & Zusammenarbeit	Österreich (Wien), Slowenien
11. Zusammenarbeit zur Förderung der Sicherheit & zur Bekämpfung der schweren & organisierten Kriminalität	Bulgarien, Deutschland

Quelle: Österreichische Raumordnungskonferenz- ÖROK (2010)

Wie in der Grafik zu erkennen ist, sollen in der Säule „Anbindung des Donauroums“ der Güterverkehr und dessen Kapazität verbessert und ausgeschöpft werden. Das Potential der

Binnenschifffahrt soll genutzt und die Verbindungen mit anderen Flusseinzugsgebieten ausgebaut werden. Dabei sind die Modernisierung und die Erweiterung der Infrastruktur, wie beispielsweise durch Häfen und Brücken, entscheidend. Im zweiten pillar wird auf die Themen Wasser und Risiken sowie biologische Vielfalt Bezug genommen. Laut Europäischer Kommission (vgl. Europäische Kommission 2010c: 5) ist ein regionales Konzept für die Bereiche Naturschutz, Raumplanung und Wasserwirtschaft erforderlich. Säule drei beschäftigt sich mit Themen wie Bildung und Qualifikationen, Forschung und Innovation, Unternehmen und Beschäftigungsmarkt. Dabei spielen die Vernetzung, die Zusammenarbeit und die Kooperation der einzelnen Staaten eine bedeutende Rolle. In dieser Säule wird aber auch auf die marginalisierten Bevölkerungsgruppen, wie die Roma-Gemeinschaften, Bezug genommen. Ihre Lebensbedingungen sollen verbessert werden (vgl. Michaelis 2012: 30). Die letzte Säule thematisiert die Verbesserung von Strukturen und Kapazitäten für Entscheidungsprozesse. Darüber hinaus sollen Korruption, organisierte und schwere Kriminalität bekämpft werden. In Bereichen wie Warenschmuggel und Menschenhandel sollen die Rechtsstaatlichkeit gestärkt und wirksame Aktionen durchgeführt werden (vgl. Europäische Kommission 2010c: 12).

Bezüglich der Schwerpunktthemen ist außerdem darauf hinzuweisen, dass diese im Zusammenhang mit anderen Politikfeldern zu sehen sind. Damit wird ein integrierter Ansatz gefördert. So wirkt sich beispielsweise eine Abschwächung des Klimawandels auf Verkehr, Energie, Tourismus usw. aus und diese wiederum wieder auf den Klimawandel (vgl. Europäische Kommission 2010d: 3).

5.2 Umsetzung

Im Aktionsplan werden aber nicht nur die Säulen und Schwerpunktthemen festgelegt, sondern auch die Aktionen und Maßnahmen, sowie Projektbeispiele. Damit schreitet der Aktionsplan „vom Wort zur Tat“ (Europäische Kommission 2010d: 3).

Auch hier sind die Aktionen für die Zielerreichung des Schwerpunktthemas zuständig und erfordern das Eingreifen der Akteure. Sie können zur Lösung eines Problems beitragen (vgl. Setzen 2011: 65). Eine mögliche Aktion wäre „*Förderung von Kreativität und Unternehmensinitiative*“ (Europäische Kommission 2010d: 4). Wie auch in der Ostseestrategie, werden den Aktionen Projektbeispiele zugeordnet, die die nächste „Ebene“ im Aktionsplan bilden.

In der Mitteilung zur Donauraumstrategie wird beschrieben, was unter Projekten genauer zu verstehen ist. Laut der Europäischen Kommission sind Projekte konkrete Vorhaben, die zu einem bestimmten Zeitpunkt anlaufen und enden. Ein Projekt braucht eine/n ProjektleiterIn, ein/e PartnerIn und im Allgemeinen eine Finanzierung. Sowohl die Aktionen, als auch die Projekte weisen einen unterschiedlich langen Zeitraum auf. So sind einige langfristig, andere kurzfristig angelegt. Die Europäische Kommission legt darüber hinaus gewisse Faktoren bezüglich der Aktionen und der Projekte fest. Diese sollten beispielsweise die Prioritäten unterstützen und auch angehen, sie sollten eine Wirkung auf die Makroregion haben und sie sollten realistisch sein. Dazu sollten sie auch kohärent sein und sich gegenseitig ergänzen (vgl. Europäische Kommission 2010d: 4 f.).

Die Maßnahmen und die Projekte können im Laufe der Jahre aktualisiert, ausgetauscht oder verändert werden. So bleibt der Aktionsplan mit den jeweiligen Prioritäten dynamisch und immer in Bewegung (vgl. Europäische Kommission 2010d: 5).

Die 11 Schwerpunktthemen werden von zwei sogenannten Priority Area Coordinators (PACs) umgesetzt und koordiniert. Diese kommen jeweils aus einem Mitgliedsland (Abbildung 5 in der rechten Spalte) und können „Engagement, Akzeptanz und Sachverstand für den gesamten Donauraum nachweisen“ (Europäische Kommission 2010c: 13). So sind beispielsweise zwei Koordinatoren aus Bulgarien und Rumänien zuständig für das Themenfeld 3, Förderung von Kultur & Tourismus, des Kontakts zwischen den Menschen. Dabei ist auffällig, dass sowohl EU-Mitgliedstaaten als auch Nicht-EU-Mitgliedstaaten die Schwerpunktthemen koordinieren. Die PACs stehen in Verbindung mit den Projektpartnern und koordinieren und fördern diese. Sie sollen die Umsetzung der Projekte gewährleisten. Weiters berichten die PACs über Schwierigkeiten und Fortschritte an die Kommission. Die PACs werden von einer sogenannten Steering Group unterstützt. Diese besteht aus Mitgliedern aller teilnehmenden Staaten.

Bei der Umsetzung nimmt die Europäische Kommission eine primär koordinierende Rolle ein. Sie berichtet beispielsweise anderen EU-Institutionen von Fortschritten der Strategie und organisiert die jährlichen Foren, an denen die Länder, die EU-Institutionen und Akteure wie Zivilgesellschaft, Regierungsstellen etc. teilnehmen. Grundlage der Berichte sind unter anderem die Informationen der jeweiligen Schwerpunktbereichskoordinatoren (PACs) (vgl. Setzen 2011: 55). Auf europäischer Ebene wird die Donauraumstrategie von einer sogenannten High-Level-Group unterstützt (vgl. Österreichische

Raumordnungskonferenz- ÖROK o.J.) Diese ist unter anderem für den Aktionsplan zuständig. Sie diskutiert und entscheidet nicht nur über den Aktionsplan, sondern auch über die Strategieziele. Die High-Level-Group besteht aus Vertretern aller EU-Mitgliedstaaten. Nichtmitgliedstaaten werden gegebenenfalls zu den Sitzungen der Hochrangigen Gruppe eingeladen (vgl. Europäische Kommission 2010c: 13).

Wenn es um die Umsetzung der Strategie geht, ist das „Drei Nein“-Prinzip von zentraler Bedeutung. Dieses Prinzip kennzeichnet, wie bereits im ersten Teil der Arbeit erwähnt, die makroregionalen Strategien der Europäischen Union. Wie bei der Ostseeraumstrategie sollen auch bei der Donaauraumstrategie keine neuen EU-Mittel, keine neuen EU-Rechtsvorschriften und keine neuen EU-Institutionen entstehen. Bezüglich der EU-Mittel geht es vielmehr darum, vorhandene Mittel effizienter zu nutzen und umzuverteilen. Jedoch können internationale, nationale, regionale und private Mittel zur Verfügung gestellt werden (vgl. Europäische Kommission 2010c: 14). Auch die Durchführung soll von bestehenden Einrichtungen übernommen werden.

Den Kern der Strategie bildet die Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften und die Politik der EU. Sie „fördert die bessere Umsetzung der EU-rechtlichen Verpflichtungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt und der Umwelt.“ (Europäische Kommission 2010c: 15). Außerdem soll die Donaauraumstrategie mit ihrer Vision für den Donaauraum, die Vorhaben für Europa 2020 unterstützen (vgl. Europäische Kommission 2010c: 15).

Finanzierung

Die Donaauraumstrategie beziehungsweise deren Projekte können von vorhandenen EU-Mitteln, beispielsweise den EU-Strukturfonds (ERDF, ESF, ELER und EEF), dem Instrument for Pre-Accession Assistance (IPA) und den ENPI Mitteln (European Neighbourhood Policy Instrument) finanziert werden. Auch die internationalen Finanzinstitute wie die European Investment Bank (EIB), die European Bank for Reconstruction and Development (EBRD), der European Investment Fund (EIF) und das Council of Europe Development Bank (CEB) sind mögliche Finanzgeber. Für die Staaten des westlichen Balkans ist der Western Balkans Investment Framework eine Möglichkeit, Zuschüsse und Kredit zu koordinieren und zu bündeln (vgl. Europäische Kommission 2010d: 8). Weitere potentielle Finanzierungsmöglichkeiten liefern die privaten Banken und private Geber (z.B. Institutionen).

Für die unterschiedlichen Themenbereiche und deren Projekte bestehen außerdem noch spezielle Finanzierungsmöglichkeiten. So gibt es das Life+ Finanzierungsprogramm, welches Projekte mit Umweltaspekten finanziert.

Im Zusammenhang mit den Finanzierungsmöglichkeiten ist darauf hinzuweisen, dass die EU-Förderperiode von 2007 bis 2013 andauert. Inwieweit sich die Vorgaben für diese Periode aufgrund der in 2011 verabschiedeten Donaoraumstrategie ändern lassen, ist nicht eindeutig. Darüber hinaus ist nicht klar, welchen Einfluss die Situation an den Finanzmärkten und die Euro-Krise auf die Finanzausstattung der Donaoraumstrategie haben (vgl. Setzen 2011: 67, 75).

5.3 Chancen und Herausforderungen

Die gemeinsame Bewältigung der Herausforderungen und das Zusammenführen der Menschen und Völker, könnten eine Chance der Donaoraumstrategie sein. Die verstärkte Zusammenarbeit könnte einen Beitrag zu einer Wiedervereinigung Europas leisten und ein Zusammenwachsen fördern. Die Donau wird so zu einem identitätsstiftenden Fluss gemacht. Dies ist jedoch keine leichte Aufgabe, benötigt Zeit und selbstverständlich auch die Bereitschaft der einzelnen Akteure (vgl. Barsi-Pataky 2012: 9). Darüber hinaus bietet der Donaoraum ein reiches kulturelles und natürliches Erbe und ein enormes Entwicklungspotential ist auszumachen (vgl. Europäische Kommission 2010c: 5).

Katharina Schlick setzt sich mit den Chancen und Nutzen der Donaoraumstrategie ausführlich auseinander. Sie führte zahlreiche Interviews durch. Die Möglichkeit, die Kooperationen, die Zusammenarbeit und Abstimmungen zwischen den Staaten zu fördern und zu verbessern, wurde von vielen Befragten als Chance angesehen. Außerdem sehen viele der Befragten die möglichen Synergieeffekte als eine Chance (vgl. Schlick 2012: 103 ff.).

Auch die strategische Bedeutung der Donaoraumstrategie ist nicht zu unterschätzen. So kann die Donau das Tor zum Schwarzmeerraum, zum Südkaukasus und zu Zentralasien sein (vgl. Europäische Kommission 2010c: 3). Die Ausweitung und Verbesserung der Verkehrsanbindungen spielen ebenso eine wichtige Rolle, wie die Transportperspektiven Europas mit dem östlichen Mittelmeer und der Güterverkehr in Richtung Zentralasien. Die geopolitische Situation der Region ermöglicht es, Europa mit anderen Teilen der Welt zu

verbinden. „Damit kommt quasi der « Rest der Welt» als Perspektive ins Spiel.“ (Busek 2012: 35)

Auch wenn sich die Donaoraumstrategie in erster Linie an die EU-Mitgliedstaaten richtet, so hat sie auch für die Nicht-EU-Mitglieder eine strategische Bedeutung. So könnte in der Republik Moldau der Bau eines Hafens eine entscheidende Rolle für die Verbindung Schwarzes Meer-Atlantik haben und dies zu einer Belebung der Wirtschaft führen (vgl. Busek 2012: 35). Ebenfalls für die Ukraine, die große Infrastrukturvorhaben mit Hilfe der Europäischen Union umsetzen will, ist die Donaoraumstrategie von Interesse. Außerdem ist die Strategie „ein Mosaikstein zur Heranführung der Ukraine an die EU“ (Dörrenbächer 2012: 17). Sollten aber die Finanzierungsmöglichkeiten nicht in Aussicht gestellt werden, könnte sich das Interesse seitens der Ukraine legen (vgl. Dörrenbächer 2012: 17). Ein anderes Beispiel ist Bosnien-Herzegowina. Große Teile des Landes orientieren sich nach Westeuropa und die Donaoraumstrategie bietet einen ergänzenden Rahmen der regionalen Zusammenarbeit. Dennoch prägen interne Schwierigkeiten das Land. Sollten diese aufgearbeitet werden, könnte die Donaoraumstrategie „eine gute und flexible Plattform sein, um an einer gemeinsamen Zukunft des Landes in Europa zu arbeiten.“ (Flessenkemper 2012: 23)

Wie bereits an den Beispielen Ukraine und Bosnien-Herzegowina angedeutet, kann mit Hilfe der Donaoraumstrategie ebenfalls der Integrations- und Erweiterungsprozess der EU vorangetrieben werden. Dan Lazea schreibt, „that the EUSDR could play a role in reinforcing the credibility of the membership perspective of certain participating countries.“ (Lazea 2011: 44)

Andere Unklarheiten betreffen die Inhalte und Umsetzung der Strategie und werden unter anderem von Florian H. Setzen näher erläutert. Unklar ist beispielsweise, ob und wer über die Zugehörigkeit zur Donaoraumstrategie entscheidet. Wie bereits erwähnt, sind nicht nur Anrainerstaaten an der Strategie beteiligt, sondern auch Staaten mit Zuflüssen zur Donau. Darüber hinaus steht die Strategie anderen „Partnern in der Region“ offen. Der geografische Geltungsbereich der Donaoraumstrategie ist demzufolge nicht eindeutig auszumachen (vgl. Setzen 2011: 68 f.).

Bezüglich der vorgeschlagenen Ziele in der Mitteilung der Europäischen Kommission ist unklar, wie verbindlich diese sind und wie realistisch die Erreichung der Ziele ist. Nicht wirklich klar ist außerdem, ob es bei Nicht-Erreichung der Ziele Formen von Sanktionen

gibt. Wer würde in diesem Falle sanktioniert? Die nationalen Kontaktstellen oder die PACs? Bezüglich der PACs ist anhand der öffentlichen Dokumente nicht ersichtlich, wer diese ernannt oder gewählt hat (vgl. Setzen 2011: 72 f.).

Neben diesen Unklarheiten besteht bereits ein gewisser Widerspruch zwischen dem „Nein“ zu neuen Institutionen und der Umsetzung. Neben dem jährlichen Forum wurden bereits die PACs und die High-Level Group gebildet. Da die High-Level Group aus Vertretern aller EU-Mitgliedstaaten besteht, ist darüber hinaus deren Interesse an der Donaunraumstrategie unterschiedlich zu bewerten. Setzen macht dies folgendermaßen deutlich „ [m]it welcher Motivation sollte ein portugiesischer [...] Vertreter in der „Hochrangigen Gruppe“ zu deren Treffen reisen, außer mit der, darauf zu achten, dass der Donaunraum gegenüber den übrigen EU-Regionen nicht bevorteilt wird?“ (Setzen 2011:74) Setzen macht in diesem Zusammenhang auf ein Konkurrenzdenken und auf die unterschiedliche „Kategorisierung“ beteiligter Staaten aufmerksam.

Hier sind besonders die Nicht-EU-Mitgliedstaaten und ihre Rolle in der Donaunraumstrategie von Interesse. In einem Schreiben geht das Staatsministerium Baden-Württemberg auf Fragen bezüglich der Nicht-EU-Mitgliedstaaten ein. So zum Beispiel auf die Frage, ob die sechs Nicht-EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen berücksichtigt werden, wie die acht Mitgliedstaaten. Das Staatsministerium macht darauf aufmerksam, dass bei den PACs sowohl EU-Mitgliedstaaten als auch Nicht-EU-Mitgliedstaaten beteiligt sind. Weiters wird darauf hingewiesen, dass bei den Finanzierungsmöglichkeiten aus EU-Mitteln für Vorhaben und Projekte „selbstverständlich“ Unterschiede zwischen den EU-Staaten und Nicht-EU-Staaten bestehen (vgl. Landtag von Baden-Württemberg 2011: 3). Eine weitere Frage bezieht sich auf die möglichen Probleme, welche bei der Umsetzung vor allem für Nicht-EU-Mitgliedstaaten bestehen. Hier wird auf die unterschiedlichen rechtlichen Standards und den „unterschiedlichen Entwicklungsstand infolge des Transformationsprozesses“ (Landtag von Baden-Württemberg 2011: 3) Bezug genommen. Darüber hinaus wird auf problematische politische Entwicklungen wie die Inhaftierung Julia Timoschenkos und den Kosovo-Konflikt hingewiesen. Des Weiteren wird hervorgehoben, dass Unterschiede zwischen den Nicht-EU-Mitgliedstaaten bestehen, da sie einen unterschiedlichen Status auf dem Weg in die EU haben.

Doch nicht nur innerhalb der Staaten kann ein Konkurrenzdenken aufkommen. Vor allem bei den bestehenden Institutionen und Einrichtungen im Donaunraum könnte sich Unmut

ausbreiten. Die Donaoraumstrategie könnte von diesen als überflüssig erachtet werden, da sie keine zusätzliche Finanzierungsquellen, sondern eher weitere Kontroll- und Koordinationsorgane schafft (vgl. Setzen 2011: 74). Kompetenzüberschneidungen mit unklaren Arbeitsaufteilungen könnten resultieren (vgl. Setzen 2012: 12).

Der Donaoraum ist darüber hinaus eine sehr heterogene Region und seine Länder weisen unterschiedliche historische, politische, kulturelle und wirtschaftliche Bedingungen auf (vgl. Setzen 2012: 12).

Betrachtet man beispielsweise das BNE je Einwohner der einzelnen Mitgliedsstaaten in PPP-\$ (purchasing power parity→Kaufkraftparität) von 2011, so ist zu erkennen, dass es einen erheblichen Unterschied zwischen beispielsweise Deutschland mit 40170\$ und der Republik Moldau mit 3670\$ gibt (Redaktion Weltalmanach 2012: 528 ff., 719).

Die Region ist weiters durch eine kulturelle und ethnische Vielfalt gekennzeichnet und wurde durch Völkerwanderungen, Großreiche, Weltkriege und den Zerfall Jugoslawiens geprägt. Es entstanden inter-ethnische und zwischenstaatliche Konflikte und Spannungen, die auch teilweise in der Gegenwart noch andauern (vgl. Deimel 2011: 137). Es bestehen noch ungeklärte Grenz- und Territorialfragen, wie am Beispiel des slowenisch-kroatischen Grenzstreits an der Bucht von Piran, oder der Beziehung zwischen Serbien und dem Kosovo sichtbar ist (vgl. Deimel 2011: 138, 140).

Auch zwischen Rumänien und der Ukraine besteht bezüglich eines vierten Donauarms mit Mündung in das Schwarze Meer, ein Konflikt (vgl. Busek 2012: 35). Durch diese Spannungen besteht die Möglichkeit, dass sich die notwendigen Partner nicht zusammensetzen wollen, da sie das aufgrund ihrer Vergangenheit nie getan haben (vgl. Busek 2012: 34). Dies würde eine Zusammenarbeit erschweren.

Was die Zusammenarbeit ebenso erschweren könnte, sind die häufigen Regierungswechsel und die unterbrochene Kontinuität in den Kontaktstellen (vgl. Setzen 2011: 74).

Weitere spezifische Herausforderungen können der Mitteilung der Europäischen Kommission entnommen werden (vgl. Europäische Kommission 2010c: 4 f.). Diese macht auch deutlich, dass die Herausforderungen am besten gemeinsam angegangen werden (vgl. Europäische Kommission 2010c: 5).

Status quo und Ausblick

Zurzeit befindet sich die Donaoraumstrategie in der Implementierungsphase. Am 8. April 2013 erschien der erste Jahresbericht. Dieser sollte bereits zu Beginn des Jahres erscheinen und umfasst nun 11 Seiten. Nach einer kurzen allgemeinen Einleitung, werden in dem Fortschrittsbericht vor allem Projekte vorgestellt. Diese Projekte sollen die Errungenschaften der Strategie besonders gut veranschaulichen. In einem weiteren Kapitel sollen die Gebiete genannt werden, welche noch größere Aufmerksamkeit erfordern. Gewonnene Erkenntnisse werden zusammengefasst und Empfehlungen für die Zukunft ausgesprochen. Die jeweiligen PACs haben zuvor im Juni 2012 ihre jeweiligen Fortschrittsberichte veröffentlicht. In diesen wird über Maßnahmen, Aktionen und Herausforderungen berichtet, sowie deren Fortschritt festgehalten. Darüber hinaus werden konkrete Projekte genannt (vgl. Österreichische Raumordnungskonferenz- ÖROK: 2013). Ende November 2012 fand das erste jährliche Forum der Donaoraumstrategie in Regensburg statt und erste Resultate wurden vorgestellt sowie auf wichtige Meilensteine Bezug genommen. In Regensburg trafen sich rund 600 Stakeholder und Workshops der jeweiligen Schwerpunktthemen wurden organisiert, Projekte vorgestellt. Es wurde deutlich gemacht, welche Bedeutung die Donaoraumstrategie für die EU hat und mit welchen Herausforderungen zu kämpfen ist (vgl. Österreichische Raumordnungskonferenz- ÖROK 2013). Die Etablierung von gezielten Projekten sowie die Bekanntmachung der Strategie in der Bevölkerung scheinen von spezieller Bedeutung. Denn nur durch die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, hat die Donaoraumstrategie eine Chance, erfolgreich umgesetzt zu werden. Dafür ist es jedoch notwendig, die Transparenz bei der Umsetzung zu fördern und Informationen für die Zivilgesellschaft bereit zu stellen. Selbstverständlich sind dafür auch die finanziellen Mittel von entscheidender Bedeutung. Es bleibt abzuwarten, welchen Stellenwert die Donaoraumstrategie bei der Vergabe der Finanzmittel in der neuen Förderperiode hat.

Seit dem sind keine Veränderungen in der Mitteilung oder dem Aktionsplan vorgenommen, beziehungsweise nicht zugänglich gemacht worden.

Im Juni 2013 haben die PACs jedoch wieder einen Fortschrittsbericht geliefert. Es wird auf Herausforderungen, Veränderungen und Maßnahmen Bezug genommen.

6 Vergleich Ostseestrategie und Donaunraumstrategie

Nachdem beide Strategien kurz skizziert wurden, soll nun ein Vergleich folgen. Dabei soll unter anderem auf die Entstehungsgeschichte, auf die Ziele, Rahmenbedingungen und inhaltliche Aspekte eingegangen werden.

Betrachtet man die Entstehungsgeschichte der beiden Strategien, ist auffällig, dass die Ostseestrategie länger brauchte, um angenommen zu werden. Die Ostseestrategie entstand in rund vier Jahren. Bei der Donaunraumstrategie vergingen zwischen der Strategieidee (2008) und ihrem Entwurf (2010) dagegen nur rund zwei Jahre (vgl. Schymik 2011b:122). Die längere Zeitspanne bei der Ostseestrategie lässt sich durch die erstmalige Erarbeitung einer makroregionalen Strategie erklären. Viele Fragen und Unklarheiten bezüglich der Ausgestaltung und Umsetzung mussten geklärt werden. Von den erarbeiteten Lösungen konnte die Donaunraumregion profitieren (vgl. Schymik 2011b: 122). Wie bereits erwähnt, zögerten im Ostseeraum erst viele Staaten, an diesem „Experiment“ teilzunehmen. Dies war im Donaunraum nicht der Fall. Die Mitgliedstaaten zeigten von „Anfang an den notwendigen politischen Willen zur Realisierung einer makroregionalen Strategie.“ (Schymik 2011b: 122).

An beiden Strategien beteiligen sich Staaten, welche im Zuge der Osterweiterung 2004 der EU beigetreten sind. Sie verbinden aber nicht nur EU-Staaten, sondern auch Nicht-EU-Mitgliedstaaten. Die Donaunraumstrategie schließt diesbezüglich mehr Nicht-EU-Mitgliedstaaten (nach dem Beitritt Kroatiens-nur mehr fünf) ein, wohin gegen bei der Ostseestrategie lediglich Russland oder Norwegen mit den EU-Staaten kooperieren. Bei diesen Ländern handelt es sich um Staaten, welche geringe oder nur wenige Aussichten auf eine EU-Integration haben. Da unterscheiden sich die beiden Strategien stark voneinander. Trotz der Mitwirkung der Nicht-EU-Mitgliedstaaten, dominieren in beiden Strategien die Mitgliedstaaten (vgl. Schymik 2011b: 119). Deutschland nimmt in beiden Strategien eine zentrale Rolle ein. So sind sowohl in der Ostsee- als auch in der Donaunraumstrategie mindestens zwei Bundesländer vertreten. Bei beiden Strategien werden „reiche“ und nicht wohlhabende Staaten mit eingeschlossen. Im Rahmen der Donaunraumstrategie ist diese Kluft wohl noch stärker bemerkbar, was eine zusätzliche Herausforderung für die Zusammenarbeit darstellt. Die Ostseeregion beherbergt rund 85 Millionen Einwohner, die Donaunraumregion mehr als 100 Millionen. Der geografische Geltungsbereich der

Strategien ist in beiden Strategien eher schwammig definiert. In der Ostseestrategie wird nach Themenbereichen unterschieden, wohin gegen bei den Staaten im Donaauraum das Wassereinzugsgebiet und Zuflüsse zur Donau von Bedeutung sind. Darüber hinaus ist die Fläche der Makroregion Ostsee gemessen an der Landfläche deutlich größer, als die Donauregion. Allerdings ist die Fläche dünner besiedelt (vgl. Schymik 2011b: 121).

Betrachtet man den Aufbau der Strategien, sind vorerst kaum Unterschiede zu erkennen. Beide Strategien legen eine Mitteilung und einen dazugehörigen Aktionsplan vor. Der Aktionsplan wird bei beiden Strategien in Säulen, Schwerpunktthemen, Aktionen, Maßnahmen und Projekte gegliedert. Besondere Bedeutung kommt den sogenannten Flaggschiffprojekten zu, die beide Strategien vorweisen. Alle Ziele und Aktionen in beiden Strategien sollen darüber hinaus einen Beitrag zur Europa 2020 Strategie leisten. Die Mitteilung sowie der Aktionsplan wurden bei der Ostseestrategie nach einem Sachstandsbericht verändert und angeglichen. Auffallend waren die Einführung von Indikatoren und Zielvorstellungen. Konkrete Indikatoren fehlen im Aktionsplan der Donaustategie. Indikatoren sind jedoch von zentraler Bedeutung, um Fortschritte und Handeln nachvollziehen und begründen zu können. Warum diese wichtigen Tools im Aktionsplan der Donaauraumstrategie fehlen, ist fraglich. Im Aktionsplan der Ostseestrategie werden neben den 3 Zielen 17 Schwerpunktthemen genannt, welche von 5 horizontalen Aktionen unterstützt werden. In der Donaauraumstrategie gibt es 4 Ziele und 11 Schwerpunktthemen. Die horizontalen Aktionen fehlen hier. Ein Unterschied hinsichtlich der Koordinierung der Schwerpunktthemen ist auszumachen. Bei der Ostseestrategie sind auch Organisationen für die Koordinierung zuständig. Bei der Donaauraumstrategie sind es ausschließlich Länder. Es mag ein Vorteil sein, wenn eine Organisation eines Landes bereits mit dem Themenschwerpunkt vertraut ist und somit effektiver handeln könnte. Warum die Donaauraumstrategie diesem Modell nicht folgt, bleibt ebenfalls offen.

Das Spektrum der Ziele ist in beiden Strategien sehr komplex und der Versuch, alle möglichen Politikfelder abzudecken, scheint hier vorherrschend zu sein. Die Ziele unterscheiden sich in den Strategien zwar nur geringfügig. Fokus legen beide Strategien auf die Politikfelder Umwelt, Infrastruktur, Wirtschaft und Sicherheit (vgl. Schymik 2011b: 119), allerdings ist der Umweltaspekt bei der Ostseestrategie sehr viel stärker berücksichtigt, als in der Donaauraumstrategie. Dies hat zum einen damit zu tun, dass die Thematisierung der Umweltprobleme in der Ostsee eine Vorgabe des Europäischen Rats

bei der Erarbeitung der Ostseestrategie war. Zum anderen wurde zeitgleich die Integrierte Meerespolitik der EU verabschiedet, zu der die Ostseestrategie einen Beitrag leisten soll (vgl. Schymik 2011a: 15). So wird sich der Erfolg der Ostseestrategie vorwiegend an der Entwicklung des ökologischen Zustands der Ostsee messen (vgl. Schymik 2011a: 16). Die Donaoraumstrategie hingegen zielt mehr auf den Ausbau der Verkehrs- und Energieinfrastruktur ab. Anhand der geplanten Projekte, sind vor allem der Bau von Straßen, Brücken und Schiffbarkeit von Bedeutung. Einen weiteren Unterschied gibt es im Bereich Sicherheit. Die Ostseestrategie legt den Fokus eher auf maritime Sicherheit und auf Katastrophenschutz. Im Rahmen der Donaoraumstrategie wird dagegen verstärkt Wert auf die Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und auf die Kontrolle bzw. Überwachung der Außengrenzen der EU Wert gelegt. Dieser Aspekt wird zwar geringfügig von der Ostseestrategie anvisiert, wird aber auf die Küstenabschnitte vor Sankt Petersburg und Kaliningrad beschränkt (vgl. Schymik 2011a: 16). Sich gegen die „Gefahren“ aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten schützen zu wollen, scheint in beiden Strategien zumindest ein indirektes Ziel zu sein. Trotzdem sollen die Kooperationen mit Drittstaaten intensiviert werden. Auch strategische Überlegungen werden in beiden Strategien angeführt. So kann oder soll die Donaoraumstrategie Tor zum Schwarzmeerraum oder zum Südkaukasus sein. Bei der Ostseestrategie ist es das Tor nach Asien. Die Ausbreitung des europäischen Machtgefüges über die EU Grenzen hinweg, wird deutlich. Die Möglichkeit, neue Absatzmärkte generieren zu können, mag für die Akteure beider Strategien eine Rolle spielen.

Beide Strategien bauen auf bereits existierende Kooperationen in den jeweiligen Regionen auf. Im Ostseeraum sei hier vor allem auf HELCOM, die nördliche Dimension und den Ostseerat hingewiesen. Im Donaoraum ist die Internationale Kommission zum Schutz der Donau mit dem Fokus auf wasserspezifische Themen (Hochwasserschutz, Wasserbewirtschaftung etc.) aktiv. Auch die Politik des transeuropäischen Verkehrs- und Energienetzes (TEN) besteht bereits und wirkt sich auf die Mitgliedstaaten beider Strategien aus. Auch wenn es um eine bessere Harmonisierung und das Ausschöpfen von Synergien geht, muss hier die Frage gestellt werden, ob sowohl Ostsee, als auch Donaoraumstrategie nicht Gefahr laufen, die Arbeit der bestehenden Institutionen zu beeinträchtigen oder gar zu behindern. Zusätzliche regelmäßige Treffen und einen ständigen Informationsaustausch zu gewährleisten, erweist sich ebenfalls als schwierig. Es scheint darüber hinaus schwierig, dass durch solche Strategien die Zusammenarbeit mehr

oder weniger gezwungenermaßen herbeigeführt wird. Sich diesen Strategien zu entziehen, scheint allerdings keine Möglichkeit darzustellen, da unter anderem die Hoffnung auf finanzielle Unterstützung seitens der EU von zentraler Bedeutung zu sein scheint. Man könnte sich fragen, ob hinsichtlich des realistischen Outputs die bestehenden Kooperationen nicht ausreichen? Wie unterscheidet sich deren bisherige Projektumsetzung von denen im Rahmen der Strategien? Diese Frage zu beantworten ist nicht leicht. Fest steht, dass die mediale Wirkung der EU Strategien sicherlich hilfreich sein können, um die nötige Aufmerksamkeit für Projekte in der Öffentlichkeit zu erhalten.

Dass der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt innerhalb und zu Nachbarstaaten verbessert werden soll, wird neben der Europäischen Kohäsions- und Strukturpolitik und den geförderten Programmen wie INTERREG bzw. der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit auch in der Europäischen Nachbarschaftspolitik und anderen bisherigen Initiativen der Europäischen Union angestrebt. Die ins Leben gerufenen makroregionalen Strategien müssen sich nun in dieses Geflecht einbinden lassen. Überlappungen in Kompetenzbereichen und unter Umständen abweichende Zielvorstellungen können resultieren.

Ebenso müssten die länderspezifischen Vorgaben den Zielen, Indikatoren und Leitsätzen der Strategien teilweise angepasst werden. Dies schreit förmlich nach zusätzlicher Belastung für die zuständigen Organisationen und Institutionen. Obwohl es in beiden Strategien die „drei No’s“ gibt, scheint es für die Umsetzung der Ziele fast unumgänglich zu sein, bestehende Gesetze abzuändern oder neu einzuführen (Beispiel: Verbot von Phosphat als Zusatzstoff in Reinigungsmitteln) (vgl. Schymik 2011a: 17). Schymik macht dies am Beispiel der Ostseestrategie und dem Bereich Umweltpolitik noch deutlicher. So wird die Verschmutzung der Ostsee unter anderem darauf zurückgeführt, dass die Agrarflächen im Wassereinzugsgebiet überdüngt werden. Um dieser Umweltbelastung entgegenzuwirken, wäre ein Eingriff in die Gesetzgebung der Gemeinsamen Agrarpolitik unabdingbar (vgl. Schymik 2011a: 16).

Ein weiteres „No“ stellt die zusätzliche Finanzierung dar. Vorhandene Mittel sollen besser genutzt und ausgeschöpft werden. Bei den Finanzierungsquellen unterscheiden sich die Strategien ebenfalls nur geringfügig. Beide Strategien werden aus den Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, dem Europäischen Sozialfonds, dem Europäischen Fischereifonds, der Europäischen Investitionsbank, um nur einige zu nennen, finanziert. Beide Strategien wurden in der Förderungsperiode 2007-2013 ins Leben

gerufen. Die Mittel für diese Förderperiode sind zu einem Großteil bereits abgerufen oder verbraucht (vgl. Schymik 2011a: 17). Während die Ostseestrategie eventuell noch die zwei Jahre Vorsprung für sich nutzen kann, könnte für die Donaoraumstrategie wenig übrig bleiben. Ist eine finanzielle Ausgestaltung überhaupt möglich, wenn alle Bereiche und somit Projekte bedient werden sollen und müssten? Es stellt sich dann die Frage, nach welchen Kriterien die Projektfinanzierung abläuft und wie selektiv sie ist. Welche Projekte haben Vorrang und was bedeutet dies für andere Projekte? In Bezug auf die Ziele der Staaten und derer Strategieziele, kann man sich fragen, in welchem Sinne die Projektanträge eingereicht und evtl. umgesetzt werden. Da die Europäische Kommission für die Überwachung der Strategien verantwortlich ist, kann davon auszugehen sein, dass auch die Interessen der Europäischen Union (ausschließlich) im Vordergrund stehen. Wie werden aber die Nicht- EU-Mitgliedstaaten dabei abschneiden? Es liegt auf der Hand, dass Projekte in diesen Staaten nur gefördert werden, wenn sie den Vorstellungen der EU entsprechen und der EU von Nutzen sind.

Die Finanzierung der beiden makroregionalen Strategien kann nur schwer nachvollzogen werden. Obwohl keine zusätzlichen finanziellen Mittel aufgewendet werden sollen, wurde dies nicht unbedingt eingehalten. Zusätzliche EU-Gelder werden noch fließen, auch im Rahmen der „technischen Unterstützung“. Dazu zählen Organisations- und andere Kosten, welche für Meetings der Schwerpunktkoordinatoren, der Arbeitsgruppen oder jährliche Foren aufgewendet werden. Wie hoch die Kosten jedoch für die einzelnen Staaten sind, bleibt unklar und kann stark variieren. Dies hängt davon ab, welche und in welcher Höhe die Kosten aus dem Staatshaushalt über staatliche Förderprogramme gedeckt werden. Neben der staatlichen Ebene, gibt es natürlich auch noch die lokale oder regionale Ebene. Wie viel wird aus städtischen Mitteln für die jeweiligen makroregionalen Strategie-Aufgaben aufgewendet? Dabei handelt es um öffentliche Mittel. Darüber hinaus lassen sich auch private Mittel ausmachen, welche ebenfalls individuell in jedem Staat erhoben werden müssten. Die Kosten, welche für die Strategien in den einzelnen Staaten anfallen, bedürfen also einer sehr sorgsamem Auseinandersetzung.

Laut Carsten Schymik beläuft sich der finanzielle Gesamtrahmen für die Ostseeregion auf rund 50 Milliarden Euro. Für den Donaoraum dagegen auf rund 95 Milliarden Euro und er ist somit erheblich höher (vgl. Schymik 2011a: 17)³ Diese Daten können jedoch schon veraltet oder Änderungen unterzogen worden sein.

³ Carsten Schymik bezieht sich dabei auf Angaben der Europäischen Kommission und einer Pressemitteilung

Dadurch, dass es schwer ist, die Ausgaben der Strategien gegenüberzustellen, soll jedenfalls versucht werden, dies mit der Anzahl der laufenden Projekte zu tun. Im Bericht zum Mehrwert der makroregionalen Strategien wird darauf hingewiesen, dass es im Ostseeraum 100 Vorzeigeprojekte und viele weitere Spin-off Projekte gibt, „während mehr als 400 Projekte im Wert von insgesamt 49 Mrd. EUR im Rahmen der EU-Strategie für den Donaauraum geprüft werden, von denen 150 bereits durchgeführt wurden (vgl. Europäische Kommission 2013: 4 f).

Insgesamt kann noch angemerkt werden, dass es den Anschein macht, als ob sich rund um die Donaauraumstrategie mehr Diskussionen und Auseinandersetzungen entwickelt haben, als um die Ostseestrategie. Auch der Thematisierung der makroregionalen Strategien an sich, scheint besonders mit der Einführung und Umsetzung der Donaauraumstrategie stärkere Bedeutung beigemessen worden zu sein. Vor allem auch kritische Perspektiven kommen verstärkt zum Ausdruck. Obwohl zwar bereits einige Studien beider Strategien existieren, fehlen vergleichende Analysen. Die Auseinandersetzung in diesem Rahmen stellt somit eine Herausforderung dar.

Trotz der fehlenden vergleichenden Studien löste die Etablierung makroregionaler Strategien einen Trend aus. Es scheint, als ob immer mehr Regionen sich als Makroregion etablieren und gegenüber anderen nicht zu kurz kommen wollen. Um den Mehrwert der makroregionalen Strategien zu bewerten, hat die Europäische Kommission Ende Juni 2013 einen Bericht veröffentlicht, auf den bereits hingewiesen wurde .

Bericht zum Mehrwert makroregionaler Strategien und Ausblick

Diese sehr aktuelle Quelle bezüglich der makroregionalen Strategien erlaubt einen zusammenfassenden Überblick und lädt zu einer Diskussion über mögliche weitere makroregionale Strategien ein. Er liefert einen Überblick über das Konzept der makroregionalen Strategien als solches, der Mehrwert der bestehenden Strategien soll bewertet und Empfehlungen gegeben werden (vgl. Europäische Kommission 2013: 2). Grundlage des Berichtes sind andere Berichte, Befragungen, unabhängige Bewertungen und Literaturrecherchen. Dabei wurden mehr als 100 Akteure befragt. Welche dies genau sind, bleibt offen. Öffentlicher und transparenter Zugang zu den jeweiligen Fragen und Antworten besteht nicht. Offen bleibt auch, welche konkreten Auswirkungen die makroregionalen Strategien überhaupt haben. Der Bericht liefert einige Ergebnisse von Befragungen, welche beispielsweise die Zusammenarbeit der teilnehmenden Länder

betrifft. So sind mehr als 75% der Meinung, dass der Prozess die Zusammenarbeit stärkt. Außerdem sollen mehr als 60% der Befragten der Ansicht sein, dass bestehende Koordinierungsmechanismen verbessert werden. (vgl. Europäische Kommission 2013: 6 f.). Da die Zusammenarbeit der Staaten eine Herausforderung darstellt, sollen auch hier fast 80% der Befragten für den Donaoraum der Ansicht sein, dass die Strategie die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten verbessert hat (vgl. Europäische Kommission 2013: 8). Wenn es um das politische Engagement geht, sind die Einstellungen zur Strategie für den Ostseeraum weniger positiv, als im Donaoraum. Herausforderung bleiben immer noch die unzureichenden Mittel für die Nicht-EU-Mitgliedstaaten. Es wird darauf hingewiesen, dass versucht wird, mit den Nachbarstaaten außerhalb der EU-Grenzen, auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten. Inwiefern dies wirklich der Fall ist, ist schwer zu beurteilen.

Abgesehen von einigen Zahlen, welche nicht wirklich nachvollziehbar sind, werden im Bericht aber nur geringfügig neue Informationen geliefert. Es wird vor allem auf den Nutzen der Strategien eingegangen und einige Herausforderungen werden hervorgehoben.

Dieser Bericht soll als Grundlage für die Überlegung weiterer makroregionaler Strategien dienen. Offen bleibt, ob es ähnliche Berichte vor der Ostsee- und Donaoraumstrategie gab, beziehungsweise ob diese für die Öffentlichkeit zugänglich sind. Fraglich bleibt außerdem, ob ein ernüchternder Bericht wirklich die Vorbereitungen für weitere makroregionale Strategien verzögert oder sogar gestoppt hätte. Vielmehr scheint kein Zweifel zu bestehen, dass die weiteren Strategien auch umgesetzt werden. Ob ein negativer Bericht weitere Pläne „über Bord geworfen“ hätte, ist zweifelhaft. Auffällig ist auch, dass der Bericht im Juni 2013 veröffentlicht wurde, eine erste Mitteilung für die Meeresstrategie für das Adriatische und Ionische Meer allerdings schon im Dezember 2012 erschien. Fraglich bleibt dabei, wie die einzelnen makroregionalen Strategien tatsächlich voneinander lernen und profitieren (wollen). Neben der Meeresstrategie für das Adriatische und Ionische Meer, existieren bereits schon zahlreiche Arbeiten zu einer Alpenraumstrategie. Ob und wann diese verabschiedet werden soll, bleibt allerdings offen.

7 Exkurs: Nachhaltigkeit

In der Auseinandersetzung beider EU-Strategien wird auffallend oft Wert auf Nachhaltigkeit gelegt. Auf den 101 Seiten des aktuellen Aktionsplans der Ostseeraumstrategie wird das Wort „sustainable“ knapp 200-mal verwendet. So sollen beispielsweise die Flagship Projekte *nachhaltig* sein, die Strategien zu *nachhaltigem* Wachstum verhelfen oder *nachhaltige* Strategien entwickelt werden (vgl. Commission of the European Communities 2013: 16, 21 52). Im Aktionsplan der Donaauraumstrategie, welcher 100 Seiten umfasst, wird beispielsweise 83 Mal das Wort „nachhaltig“ mit den jeweiligen Abänderungen (nachhaltiger, Nachhaltigkeit, nachhaltiges etc.) verwendet. Es wird deutlich, wie häufig der Begriff heutzutage verwendet und mit unterschiedlichen Themenbereichen verknüpft wird. So ist im Aktionsplan die Rede von „nachhaltige Lösungen“, „nachhaltige Verkehrsträger“, „nachhaltigem Wachstum“, oder „nachhaltige Finanzmittel“ um nur einige Beispiele zu nennen (vgl. Europäische Kommission 2010d: 7, 10, 16). Dieser Exkurs soll einen Überblick über dieses Phänomen geben und gegebenenfalls zu einer kritischen Auseinandersetzung mit diesem Konzept und dessen heutiger Verwendung anregen.

Begriffsgeschichte

Der Begriff der „Nachhaltigkeit“ ist sehr populär und in nahezu allen Themenbereichen zu finden. Besonders in der Wirtschaft genießt er große Aufmerksamkeit und wird als „Innovationstreiber“ gesehen. „Die zunehmende Diskussion über globale Umweltprobleme [...] hat diesen Trend noch verstärkt und weiter geprägt.“ (Spindler 2010: 1). In vielen Reden über Zukunft ist „Nachhaltigkeit“ sowie „nachhaltige Entwicklung“ ein Slogan und Schlüsselbegriff für Politiker, auch bei Juristen und Wissenschaftlern ist dieser Begriff sehr beliebt und viel diskutiert (vgl. Spindler 2011.: 1, Grober 1999: 1). Nachhaltigkeit stellt somit kein Nischenthema mehr dar (vgl. Spindler 2011: 2). So geben in einer deutschen Studie von 2010 43 % der 2008 Befragten an, dass sie den Begriff „nachhaltige Entwicklung“ schon gehört haben. Vor 10 Jahren waren dies lediglich nur 13 % (vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/Umweltbundesamt 2010: 12, 40). Der Begriff hat sich weltweit fest etabliert und wurde zu einem „Mode- und Fremdwort“ (Spindler 2011: 2). Dieter Nohlen weist auf die diffuse Verwendungspraxis dieses Begriffes hin und stellt fest, dass

„nachhaltig“ jedem beliebigen Substantiv vorangestellt wird (wie z.B. nachhaltige Wirtschaft, nachhaltige Fiskalpolitik etc.). Nohlen meint außerdem, dass der Begriff „nachhaltig“ gemocht und mit unterschiedlichem Inhalt gefüllt und verwendet wird (vgl. Nohlen 2002: 585). „Die oft unbedarfte und breite Verwendung des „Containerbegriffes“ [...] Nachhaltigkeit macht ihn zu einem schillernden Begriff, über den es sich lohnt nachzudenken.“ (Spindler 2011: 1)

Also woher kommt dieser Begriff und was verbirgt sich hinter ihm?

Laut Markus Vogt, wird gegen Ende des 18. Jahrhunderts der Terminus „nachhaltig“ bzw. „nachhalten“, (abgeleitet vom Substantiv „Nachhalt“), nachgewiesen. „Nachhalt“ bezeichnete früher jene Vorräte, die für Notzeiten zurückgelegt wurden. Dies war vor allem bei Jägern und Sammlern der Fall (vgl. Vogt 2009: 116, vgl. Spindler 2011: 2 f.).

Wurzeln hat der Begriff auch in der deutschen Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts. In einem Werk von Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz wird der Gedanke der Nachhaltigkeit niedergeschrieben. In seinem Buch „Sylvicultura Oeconomica“ aus dem Jahr 1713 plädiert er einen „Anbau des Holzes anzustellen, daß es eine continuirliche beständige und nachhaltige Nutzung gebe.“ (Carlowitz 2000: 105) Hans Carl von Carlowitz forderte somit eine Holzwirtschaft, bei welcher immer nur so viel Holz geschlagen wird, wie durch eine Wiederaufforstung auch nachwachsen kann (vgl. Spindler 2011: 3). Inspiriert wurde er durch eine lange Europa-Reise, bei der er erfuhr, dass die Ressource Holz überall in Europa knapp wurde und dies ein Problem darstellte (vgl. Grober 1999: 3). In seinem Werk beschreibt er nützliche Baumarten und liefert Vorschläge „zur langfristigen Überwindung des Holzmangels“ (Grober 2010: 114). Er kritisiert darin außerdem das Denken seiner Zeit, welches auf kurzfristigen Gewinn ausgerichtet ist (vgl. Grober 2010: 114). Sein Werk „Sylvicultura Oeconomica“, welches in Leipzig erschien, erlangte große Bedeutsamkeit und der Gedanke der Nachhaltigkeit wurde bei Forstleuten der Goethe-Zeit Element ihrer Wissenschaft. Hochschulen begannen sich mit diesem Konzept zu befassen und es weiter auszuarbeiten (vgl. Grober 1999: 6). Und auch weltweit fanden die deutsche Forstwirtschaft und das Konzept der Nachhaltigkeit ihren Einklang. Absolventen der Forsthochschulen waren in Indien, in den USA, Russland und Skandinavien tätig und machten „sustained yield forestry“ zunehmend bekannt (vgl. Grober 1999: 6).

Der Begriff der Nachhaltigkeit hat sich in den Jahren über den forstwirtschaftlichen Kontext hinaus entwickelt und wurde durch Dennis Meadows Bericht „Grenzen des Wachstums“ 1972 neu überdacht (vgl. Spindler 2011: 6, Grober 1999:6). Dieser „Bericht markiert den Beginn der jüngeren wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit nachhaltiger Entwicklung“ (Pufé 2012: 31).

Grenzen des Wachstums

Der Bericht mit dem Titel „Grenzen des Wachstums“ oder englisch „Limit to Growth“ aus 1972 entstand aus einer Initiative und mit der Unterstützung des Club of Rome und liefert die Ergebnisse von Forschungsarbeiten des Massachusetts Institute of Technology. Der Club of Rome ist ein informeller Zusammenschluss von derzeit über 100 individuellen Mitgliedern und Assoziationen, welcher „1968 in der Accademia dei Lincei in Rom gegründet [wurde], um die Ursachen und inneren Zusammenhänge der sich immer stärker abzeichnenden kritischen Menschheitsprobleme zu ergründen.“ (Meadows u.a. 1987: 9, vgl. Club of Rome o.J.)

In dem Bericht konzentrierten sich 17 Forscher und Forscherinnen auf fünf Trends mit weltweiter Wirkung: Beschleunigte Industrialisierung, rapides Bevölkerungswachstum, Unterernährung, Ausbeutung von Rohstoffreserven und Zerstörung des Lebensraums (vgl. Meadows u.a. 1987: 15). Mit Hilfe eines älteren Modells von Jay W. Forrester stellten sie ein mathematisches Weltmodell auf, indem die Ursachen der Entwicklungsrichtungen, ihre Wechselwirkungen und die resultierenden Folgen für den Zeitraum eines Jahrhunderts erfasst werden. Sie waren sich jedoch der Unvollständigkeit, der Vereinfachung und der Verbesserungsfähigkeit dieses Modells bewusst (vgl. Meadows u.a. 1987: 15).

Es wurden Computersimulationen angefertigt und die Szenarien des Planeten aufgezeigt. Festzustellen war, dass die Trends exponentiell verlaufen und ein katastrophaler Abfall der Weltbevölkerung und des Lebensstandards bei anhaltenden Trends innerhalb von 50 bis 100 Jahren auszumachen sind (vgl. Pufé 2012: 32). Dieses Wachstum würde die Menschheit in eine Katastrophe führen (vgl. Sietz/Sonnenberg/Wrenger 2008: 10).

Meadows und die anderen Forscher und Forscherinnen kommen unter anderem zu dieser Schlussfolgerung:

Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht. (Meadows u.a. 1987: 17)

Wie Ulrich Grober in seinem Buch „Die Entdeckung der Nachhaltigkeit“ eindrücklich beschreibt, wird der Begriff „nachhaltig“ zum ersten Mal in seiner modernen, erweiterten Bedeutung in „Grenzen des Wachstums“ erwähnt (vgl. Grober 2010: 220). Mehr noch, die Grundgedanken des klassischen Nachhaltigkeitsdenkens erscheinen erneut und sie bleiben nicht auf den Wald beschränkt. „Eine neue Stufe der Begriffsbildung von Nachhaltigkeit beginnt. Jetzt geht es um *Erdpolitik*.“ (Grober 2010: 227)

Der Begriff der Nachhaltigkeit erhielt damit eine weitere Ausdehnung seiner Bedeutung. Plädiert wird für einen weltweit ökologischen und wirtschaftlichen Gleichgewichtszustand, der auch in Zukunft aufrechterhalten werden kann (vgl. Meadows u.a. 1987:17, Pufé 2012: 32).

Kritiker des „Grenzen des Wachstums“ sind und waren unter anderem Ökonomen, wie Robert Solow. Sie unterstützten die pessimistischen Einstellungen des Berichts nicht. Ihrer Meinung nach entsteht durch technischen Fortschritt und Substitutionsprozesse langfristig kein Problem der Verfügbarkeit von Ressourcen (vgl. Döring 2004: 3).

Der Brundtland-Bericht und nachhaltige Entwicklung

Bei der Anwendung des Begriffs „Nachhaltigkeit“ spielt auch ein Bericht der World Commission on Environment and Development eine zentrale Rolle. Diese Kommission wurde 1983 von den Vereinten Nationen als unabhängige Sachverständigenkommission gegründet. Es wurden drei Hauptziele gesetzt: die Analyse von umwelt- und entwicklungspolitischen Problemstellungen und Lösungsvorschlägen, die Erarbeitung von Vorschlägen für neue Formen der internationalen Zusammenarbeit und das Wecken von Verständnis und Bereitschaft zum Handeln bei Personen, Organisationen etc. (vgl. Hauff 1987:4). Sie wurde damit beauftragt, einen „Perspektivbericht zu langfristig tragfähiger, umweltschonender Entwicklung im Weltmaßstab bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus zu erarbeiten.“ (Pufé 2012: 35) Unter dem Titel „Our common future“ wurde der Brundtland-Bericht 1987 veröffentlicht. Der Brundtland-Bericht, benannt nach der Vorsitzenden Gro Harlem Brundtland aus Norwegen, machte den Terminus „nachhaltige Entwicklung“ bekannt und führte erstmals die Begriffe „nachhaltig“ und „Entwicklung“ zusammen. Der Brundtland-Bericht definiert „nachhaltige Entwicklung“ als

development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs. (World Commission on Environment and Development 1987: 43)

Diese Definition ist am weitesten anerkannt und wird in der Literatur oft zitiert (vgl. Pufé 2012: 36). Nach dieser Definition von „nachhaltiger Entwicklung“ bedarf es einer Entwicklung, welche den nachfolgenden Generationen die gleichen Möglichkeiten bietet, wie sie die jetzige Generation genießt (vgl. Bethge/Steurer/Tscherner 2011: 21). Das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ gilt seit dem Brundtland-Bericht als „theoretischer Entwicklungspfad“, welcher auf lange Sicht die menschlichen Grundbedürfnisse befrieden kann und gleichzeitig mit den natürlichen Grenzen des Planeten vereinbar ist (vgl. Bethge/Steurer/Tscherner 2011: 20). Viele Vorschläge und Empfehlungen wurden erarbeitet. So auch die Empfehlung einer Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung (vgl. Hauff 2002: 7). Diese „Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung“ fand im Juni 1992 in Rio de Janeiro statt und gilt als Symbol der gemeinsamen Verantwortung aller Staaten der Erde.

Rio de Janeiro 1992

An dieser weltweiten Konferenz nahmen über 10 000 Delegierte aus 178 Staaten teil. Besonders der Anteil an Nichtregierungsorganisationen (rund 2400) war groß. Die Rio-Konferenz, auch Rio-Gipfel genannt, war die größte Umwelt- und Entwicklungskonferenz der Welt. Sie fand genau 20 Jahre nach der ersten Umweltkonferenz in Stockholm 1972 statt (vgl. Pufé 2012: 42). Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Rio-Gipfels tagten 12 Tage und ihr „Ziel war es, die Weichen für eine weltweite, nachhaltige Entwicklung zu stellen“ (Pufé 2012: 43). Sechs wichtige Dokumente wurden verabschiedet und weltweit wurde das Leitbild „Nachhaltigkeit“ anerkannt (vgl. Vogt 2009: 119). Es wurde nicht nur anerkannt, es fand durch die Rio-Konferenz auch Einzug in die Politik (vgl. Pufé 2012: 44). Durch die Rio-Konferenz wurde das Prinzip der Nachhaltigkeit Leitbild der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik (vgl. Bauer 2008). Eines der sechs Dokumente ist die „Agenda 21“. Sie gilt als das wichtigste Ergebnis der Rio-Konferenz.

Agenda 21

In diesem Dokument werden in 4 Abschnitten und 40 Kapiteln über 120 Initiativen angeführt, welche bis zum Jahr 2000 eingeleitet werden sollten. Die Bereiche umfassten die Verringerung des Energieverbrauchs, die Biodiversität, den Klimawandel, die Endlichkeit vieler Ressourcen bis hin zu der wirtschaftlichen Entwicklung in „armen“ Ländern (vgl. Bethge/Steurer/Tscherner 2011: 27). Es wurden also Handlungsaufträge ausgearbeitet, welche eine Verschlechterung der Umweltsituation abwenden sollen.

Zusätzlich sollten diese Aufträge eine nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen gewährleisten (vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1997: 1). Gerichtet war dieses Aktionsprogramm an Städte und Gemeinden, an Firmen, an Bürgerinnen und Bürger und andere gesellschaftliche Gruppen. Sie wurden aufgefordert, „entsprechende Prozesse voranzutreiben, die zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen.“(Sietz/Sonnenberg/Wrenger 2008: 14) Um viele Ziele der Agenda zu erreichen, wurde vor allem auf die lokale Ebene und die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger Wert gelegt (vgl. Schmidt 2005: 89). Hinzuzufügen ist an dieser Stelle außerdem, dass die Agenda 21 und ihre enthaltenen Aufträge für die Regierungen nicht verbindlich sind (vgl. Sietz/Sonnenberg/Wrenger 2008: 14, Schmidt 2005: 80).

Überwacht wird die Erfüllung der Verpflichtungen aus der Agenda 21 von einer eigens der Rio-Konferenz eingerichteten Commission on Sustainable Development (CSD) (vgl. Nuschler 2006: 383).

Weltgipfel in Johannesburg 2002

Im Februar 2002 fand der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (World Summit on Sustainable Development, kurz WSSD) statt. Diese nach Rio größte Nachfolgekonzferenz diente dazu, eine Bilanz von den in Rio de Janeiro ausgearbeiteten Zielen zu ziehen. Was wurde erreicht und was muss noch in der Zukunft geschehen, um eine nachhaltige Entwicklung weltweit umzusetzen (vgl. Sietz/Sonnenberg/Wrenger 2008: 17)? Dies waren die zentralen Fragen dieses Gipfels. Neue Ziele und Prioritäten wurden ausgemacht und in einen Aktionsplan aufgenommen. Zum ersten Mal wurden auch quantifizierbare Ziele, wie die Millenniumsziele, eingeführt. Nach zehn Jahren wurden jedoch große Defizite bei der Umsetzung der Agenda 21 festgestellt. Nichtsdestotrotz wurden auch ermutigende Projekte vorgestellt. In einer „Johannesburg Declaration on Sustainable Development“ wurden die Ergebnisse des Weltgipfels festgehalten (vgl. Sietz/Sonnenberg/Wrenger 2008: 17).

Die Dimensionen der Nachhaltigkeit

In der gängigen Literatur werden drei Dimensionen der Nachhaltigkeit beschrieben. So findet man eine ökologische, eine ökonomische und eine soziale Dimension. Diese sollen nun im Folgenden näher erläutert werden. Dabei ist jedoch darauf hinzuweisen, dass es unterschiedliche Herangehensweisen in der Literatur gibt und sich die inhaltlichen Punkte der einzelnen Dimensionen nicht immer decken.

Die ökonomische Dimension

„Die ökonomische Dimension von Nachhaltigkeit konzentriert sich im Sinne der Kapitalerhaltung auf die langfristigen Erträge, die aus der Nutzung vorhandener Ressourcen erwachsen.“ (Bauer 2008) Es geht um die Nutzung eines Systems, sodass der wirtschaftliche Fortbestand und die wesentlichen Eigenschaften einer Organisation oder eines Unternehmens erhalten bleiben (vgl. Pufé 2012: 98). Einen wesentlichen Einfluss auf nachhaltige Entwicklung hat die menschliche Wirtschaftsweise. Der Umgang mit Ressourcen, wie Energie- und Materialressourcen, bilden den „Rohstoff“ des Wirtschaftens und zunehmend drängt sich die Frage auf, wie das unbegrenzte quantitative Wirtschaftswachstum mit einer nachhaltigen Entwicklung verträglich ist (vgl. Grunwald, Kopfmüller 2012: 57 f.).

Die ökologische Dimension

Die ökologische Dimension ist die wohl am meist diskutierte Dimension. Oftmals wird sie auf den Klimawandel oder die CO₂-Emissionen reduziert. Ihr Spektrum ist jedoch weitaus komplexer. „Ökologische Nachhaltigkeit beschreibt die Nutzung eines Systems in einer Weise, dass dieses in seinen wesentlichen Eigenschaften dauerhaft erhalten bleibt und so sein Fortbestand gesichert wird.“ (Pufé 2012: 97) Bei der ökologischen Dimension muss zwischen Quellen und Senken unterschieden werden. Quellen umfassen „erneuerbare“ und „nicht-erneuerbare“ Ressourcen, welche von Menschen genutzt werden können. „Senken sind Systeme unserer Erde, die Abfälle und Schadstoffe aufnehmen.“ (König 2011: 48) Die Umwelt stellt die Senke dar, bei der durch unterschiedliche Prozesse (wie z.B. bei der Metallgewinnung) Schadstoffe in sie gelangen. Diese und andere Schadstoffe können nicht oder nur in einem geringen Maße abgebaut werden. Diese Schadstoffe können eine Veränderung von biogeochemischen Kreisläufen bewirken (vgl. König 2011: 48). Ihre Ablagerungen beeinträchtigen außerdem die Funktionsweise des Ökosystems. Julian König nennt einige Eingriffe des Menschen in die Natur, welche als nicht-nachhaltig und durchaus problematisch anzusehen sind. So zum Beispiel die Überfischung, die Rodung von Wäldern, die Zerstörung von Korallen, die Nutzung von Süßwasser in einigen Regionen der Welt. Diese und andere Phänomene haben Einfluss auf das Ökosystem und führen zum Biodiversitätsverlust und zu einer Reduzierung des „natürliche[n] Kapitalstock[s]“ (König 2011: 50). Oftmals werden „nachhaltige“ Aktivitäten nur auf die

ökologische Dimension reduziert und lassen die soziale oder ökonomische Dimension außer Acht (vgl. Bethge/Steurer/Tscherner 2011:21).

Die soziale Dimension

Eine zentrale Rolle der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit nehmen Gerechtigkeitsprinzipien und die Befriedigung der Grundbedürfnisse für die heutige und die nächsten Generationen ein (vgl. König 2011: 50). Es geht vor allem um die inter- als auch um die intragenerative Gerechtigkeit. Intergenerative Gerechtigkeit beschreibt die Gerechtigkeit zwischen Jung und Alt, sowie zu künftigen Generationen, also die Gerechtigkeit zwischen verschiedenen Generationen. Intragenerative Gerechtigkeit hingegen beschreibt die Gerechtigkeit innerhalb einer Generation. Berücksichtigt werden dabei der soziale Status, die Religion, die Herkunft oder politische Einstellung (vgl. Pufé 2012: 115).

Weiters geht es bei sozialer Nachhaltigkeit um Verteilungsgerechtigkeit sowie den Zugang zu Chancen und Ressourcen sowohl in den einzelnen Ländern, als auch im globalen Kontext (vgl. Bauer 2008). Doch nicht nur die Verteilungsprobleme zwischen Regionen sollen betrachtet werden. Ebenfalls berücksichtigt werden in dieser Dimension die Verteilungsprobleme zwischen Geschlechtern, Altersgruppen, sozialen „Schichten“, sowie der kulturellen Integration von Zugehörigkeiten (vgl. Pufé 2012: 99). Laut Julian König ist soziale Nachhaltigkeit auch unter anderem von dem Zugang zu Sozialleistungen und Beschäftigung abhängig. Diese Aspekte sind jedoch hinsichtlich der Gerechtigkeitsprinzipien und der Befriedigung der Grundbedürfnisse mit einbezogen. Iris Pufé beschreibt Probleme wie Terrorismus, Zwangsmigration, die Kluft zwischen Arm und Reich und Diskriminierung als nicht-nachhaltig (vgl. Pufé 2012: 99).

„Diese Dimensionen der Nachhaltigkeit sind alle eng miteinander verknüpft, sodass aus einer holistischen Perspektive nur ihre Schnittmenge nachhaltig sein kann.“ (König 2011: 46) Sie bedingen sich gegenseitig und stehen in einem interdependenten Verhältnis (vgl. Bethge/Steurer/Tscherner 2011: 21).

Mohssen Massarrat beschreibt neben den drei üblichen Dimensionen der Nachhaltigkeit zwei weitere Dimensionen, die kulturelle und die politische Dimension (vgl. Massarrat 2006: 147 ff.). Er ist der Meinung, dass diese zwei Bereiche bei der Politik der Nachhaltigkeit von fundamentaler Bedeutung sind. Aus diesem Grund müssen diese zwei

Dimensionen erst einmal in ein Analyse-Modell eingliedert werden, um dann daraus politische Strategien entwickeln zu können (vgl. Massarrat 2006: 147).

Nachhaltigkeitsmodelle

Das Konzept der Nachhaltigkeit wird in der Literatur auf unterschiedlichste Weise grafisch dargestellt.

Dabei ist zu beobachten, dass häufig die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Ökonomie, Ökologie und Soziales) berücksichtigt werden und in Form von Modellen veranschaulicht werden. Ein Modell dient dazu, die Wirklichkeit in Form eines Abbildes darzustellen. Dies soll nun anhand von zwei Nachhaltigkeitsmodellen gezeigt werden (vgl. Pufé 2012: 109).

Das sogenannte Drei-Säulen-Modell gilt als eine der ersten grafischen Darstellungen von Nachhaltigkeit. „Nachhaltigkeit“ bildet das Dach und steht über den drei Säulen Ökonomie, Ökologie und Soziales. Durch das Nebeneinanderstehen der Säulen kann eine Gleichrangigkeit dieser Themen zum Ausdruck gebracht werden (vgl. Ott/Döring 2004 36). Diese Darstellung von Nachhaltigkeit wird aber auch kritisiert. Iris Pufé macht deutlich, dass das „Gebäude“ Nachhaltigkeit auch stehen bleibt, wenn eine oder sogar zwei Säulen entfernt werden (vgl. Pufé 2012: 111).

Im sogenannten Magischen Dreieck, soll kein Bereich einem anderen unter- oder übergeordnet werden. Dieses magische Dreieck ist eine Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsdreiecks. In diesem gleichschenkligen Dreieck werden die verschiedenen Aspekte von Nachhaltigkeit vereinigt, in dem sich Ökologie, Soziales und Ökonomie gegenüber stehen. Die einzelnen Dimensionen bilden ein Ganzes und stehen nicht länger nebeneinander (vgl. Pufé 2012: 112 f.).

Das Nachhaltigkeitsdreieck wurde unter anderem noch zu einem integrierenden Nachhaltigkeitsdreieck weiter entwickelt. Weitere Darstellungen bieten auch das Schnittmengen-/Dreiklangmodell der Nachhaltigkeit oder Diefenbachers Zauberscheiben der Nachhaltigkeit (vgl. Pufé 2012: 111 f., Spindler 2011: 16 f.). Auf diese Modelle soll hier jedoch aus Platzgründen nicht genauer eingegangen werden.

Alle Modelle, Konzepte und Ansätze basieren laut Pufé auf gewissen Prinzipien. Sie formuliert sieben handlungsleitende Prinzipien, welche „als leuchtende Sterne über jeder Nachhaltigkeitsentscheidung prangen“ (Pufé 2012: 115) sollten:

- 1) „Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit“⁴
- 2). „Prinzip der intragenerationellen Gerechtigkeit“⁴
- 3) „Prinzip der Ganzheitlichkeit und Integration“⁴(→keine der drei 3 Dimensionen hat Vorrang)
- 4) „Prinzip der Glokalität“⁴
- 5).“ Prinzip der Partizipation, Verantwortung und Stakeholder-Beteiligung“⁴
- 6) „Prinzip der präventiven Langfristorientierung“⁴ (→ Prävention und Vorbeugung statt Reaktion und Krisenbehebung)
- 7) „Charakter eines normativen Leitbildes“⁴(→ Nachhaltigkeit ist ein ethisch-moralisches, sowie handlungsleitendes Prinzip und eine regulative Idee).

Schwache und starke Nachhaltigkeit

Wenn es darum geht, in welcher Intensität die drei Dimensionen verfolgt werden oder wie stark sie gewichtet werden, kann zwischen zwei Positionen unterschieden werden, zwischen der schwachen und der starken Nachhaltigkeit (vgl. Pufé 2012: 102).

Die schwache Nachhaltigkeit basiert auf Ideen der neoklassischen Ökonomie, in der nach permanentem Wachstum gestrebt wird und die Maximierung des „Nutzen“ verfolgt wird (vgl. Pufé 2012: 102, Döring 2004: 4). Vertreter der schwachen Nachhaltigkeit sind davon überzeugt, dass das Naturkapital durch Sachkapital unbegrenzt substituiert, also ersetzt, werden kann (vgl. Döring 2004: 4). Danach können „Einbußen durch Verminderung des Naturbestandes [...] durch eine Vermehrung von Kapitalgütern menschlichen Ursprungs [...] ausgeglichen werden.“ (Grunwald/Kopfmüller 2006: 37) In dieser Position besteht eine anthropozentrische Sichtweise, bei der der Mensch im Zentrum des Universums und die Befriedigung seiner Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen (vgl. Pufé 2012: 102). Naturkapital ist innerhalb der schwachen Nachhaltigkeit nur einer von mehreren Faktoren, die zum Wohlstand der Menschen beitragen (vgl. Ott/Döring 2004: 105). Zu den Vertretern der schwachen Nachhaltigkeit kann der schon oben erwähnte Robert Solow gelten.

⁴ Pufé 2012:115 f., Eigene Darstellung

Das Konzept der starken beziehungsweise der strikten Nachhaltigkeit ist verbunden mit der ökologischen Ökonomie. Die ökologische Ökonomie ist eine Teildisziplin der Ökonomik und diskutiert die ökologischen Grenzen der Ressourcennutzung (vgl. Döring 2004: 3). Der US-Amerikaner Herman E. Daly zählt zu einem der Vertreter der starken Nachhaltigkeit. Im Prinzip geht es bei starker Nachhaltigkeit darum, dass das Naturkapital konstant aufrechterhalten werden soll und das Naturkapital nicht durch Sachkapital ersetzt werden kann (vgl. Döring 2004: 4, Bethge/Steurer/Tscherner 2011:22). So müssen beide Kapitalarten erhalten und entwickelt werden (vgl. Grunwald/Kopfmüller 2006: 38). Es herrscht eine ökozentrische Sichtweise, bei der es zu gewährleisten gilt, die ökologischen Systeme unter allen Umständen zu schützen und zu erhalten (vgl. Pufé 2012: 104). Bei dieser Position stehen unter anderem Prävention und Antizipation von Umweltbelastungen im Vordergrund.

Beide Extreme sind laut Armin Grunwald und Jürgen Kopfmüller jedoch nicht realisierbar. Eine vollständige Substituierbarkeit ist nur beschränkt möglich. So können nur einzelne natürliche Funktionen durch künstliches Kapital ersetzt werden. Außerdem übernimmt das natürliche Kapital unentbehrliche Funktionen (z.B. Photosynthese) (vgl. Grunwald/Kopfmüller 2006: 38). Anhand der Nutzung von nicht erneuerbaren Ressourcen machen Grunwald und Kopfmüller auch klar, dass die Position der starken Nachhaltigkeit zu einem Paradox führen kann. So dürfte zum Beispiel Erdöl nicht genutzt werden, da es nach der Nutzung verloren geht und den heutigen bzw. den nächsten Generationen gar nicht zur Verfügung steht (vgl. Grunwald/Kopfmüller 2006: 39).

Kritik, Probleme und Herausforderungen

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung beinhaltet durchaus auch Kritikpotential. So wird beispielsweise die Ökonomisierung ökologischer Probleme angeführt. Menschen als Teil des ökologischen Systems und ihre Wahrnehmungen werden dabei vernachlässigt. Ein anderer Kritikpunkt liegt darin, dass sich das Konzept der nachhaltigen Entwicklung an den Kriterien der westlichen Welt orientiert. Lokale Kriterien und Realitäten werden dabei weniger berücksichtigt (vgl. Bethge/Steurer/Tscherner 2011: 29). Ebenfalls zu kritisieren ist die Ungenauigkeit des Begriffs.

Da Nachhaltigkeit oft als Leitbild gesehen wird und somit ein Zielsystem darstellt, taucht ein Problem auf. Wie soll Nachhaltigkeit beurteilt werden? Indikatoren sind zwar innerhalb der ökologischen Dimension durchaus vorhanden. Geht es aber jedoch um soziale,

kulturelle und politische Aspekte, sind diese nur unzureichend in Messsysteme integriert (vgl. Baumgartner 2008: 8). „Gerade ein solches Bewertungssystem ist aber notwendig, da politische Entscheidungen neben Zielvorstellungen auf Ist-Analysen und Trendbestimmungen basieren (wollen und) müssen.“ (Baumgartner 2008: 8) Da die Diplomarbeit das Ziel hat, den nachhaltigen Tourismus zu beleuchten, soll auf diese Problematik erst im nächsten Teil der Arbeit genauer eingegangen werden.

8 Nachhaltiger Tourismus

„Nachhaltigkeit“ hat sich in Folge der Rio-Konferenz 1992 in den verschiedenen Bereichen der Umweltpolitik, der Regionalentwicklung sowie der wirtschaftlichen Entwicklung eingefunden. So auch im internationalen Tourismus (vgl. Baumgartner 2008: 7). Die möglichen negativen ökologischen, sozialen und ökonomischen Auswirkungen des Massentourismus und das grenzenlose Wachstum von Tourismus rückten stärker ins Visier und alternative Formen gewannen an Bedeutung. Die Tourismusedwicklung wurde immer stärker als nicht-nachhaltig angesehen (vgl. Sharpley 2009/2010: 3).

In der bereits angesprochenen Agenda 21 von 1992 wird Tourismus jedoch noch nicht berücksichtigt. Allerdings könnten die Prinzipien von Rio auch in dem Bereich des Tourismus gelten. 1995 fand eine Weltkonferenz zu nachhaltigem Tourismus statt. Über 1000 TeilnehmerInnen (RegierungsvertreterInnen und internationale Organisationen) trafen sich auf Einladung der United Nations World Tourism Organization (UNWTO) und des World Travel and Tourism Council und verabschiedeten die sogenannte Lanzarote-Erklärung. In dieser Erklärung wurde festgehalten, „welche Kriterien Tourismus beinhalten muss, um einen nachhaltigen Beitrag für die Erhöhung der Lebensqualität, aber auch für den Erhalt der Gesellschaft, der Natur und der Kultur leisten zu können.“ (Troppenz et al. 2005: 8)

Zwei Jahre später, also 1997, fand auf den Malediven eine UNWTO Konferenz statt, bei der Tourismus- und UmweltministerInnen des asiatisch-pazifischen Raums die „Deklaration über nachhaltigen Tourismus“ unterzeichneten. Wichtig dabei waren folgende Punkte: Bewusstmachung von Nachhaltigkeit, Beibehalten der Diversität, Verminderung von Abfall und Energieverbrauch, Naturschutz und Erhöhung des Lebensqualität durch nachhaltigen Tourismus (vgl. Troppenz et al. 2005: 8).

Ein weiterer Meilenstein des Konzeptes des nachhaltigen Tourismus ist die Berliner Erklärung von 1997. In dieser Ministerkonferenz zur biologischen Vielfalt und zu nachhaltigem Tourismus wurde die Definierung von Regeln und Richtlinien gefordert, welche die Interessen der Naturerhaltung und des Tourismus in Einklang bringen. Diese sollen zu einer nachhaltigen Tourismusedwicklung und somit zur Umsetzung der Ziele in der Agenda 21 beitragen (vgl. Bundesamt für Naturschutz 2011).

Darüber hinaus erhielt die im Zuge der Rio-Konferenz gegründete Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) -welche die Ziele der Agenda 21 überwacht- beim Rio+5 Kongress 1997 den Auftrag, sich im Rahmen der jährlichen Treffen auch mit „Nachhaltigem Tourismus“ zu beschäftigen. Aus diesem Auftrag entstand 1999 in Zusammenarbeit mit der UNWTO der Global Code of Ethics for Tourism (vgl. Spindler 2011: 8). Dieser Kodex stellt auf Basis der Prinzipien der Nachhaltigkeit „Spielregeln“ für die Beteiligten in der Tourismusbranche (unter anderem Reisende, Politik, Tourismuswirtschaft, Medien) auf. In neun Abschnitten werden nachhaltigkeitsrelevante Themen aufgegriffen und Grundsätze formuliert (vgl. Baumgartner 2008: 7).

Wenn es um eine Definition zu nachhaltigem Tourismus geht, wird des Öfteren auf die der UNWTO Bezug genommen. Sie definiert nachhaltigen Tourismus als

Tourism that takes full account of its current and future economic, social and environmental impacts, addressing the needs of visitors, the industry, the environment and host communities. (United Nations Environment Programme, World Tourism Organization 2005: 12)

Dies ist nur eine mögliche Definition von nachhaltigem Tourismus. Es herrscht in der gängigen Literatur keine Einigkeit über „nachhaltigen Tourismus“ und seine Bedeutung ist vage (vgl. Sharpley 2009/2010: 4). In der Literatur erscheinen zudem noch andere Begriffe, die oftmals mit nachhaltigem Tourismus gleichgesetzt werden. So ist unter anderem die Rede vom Naturtourismus, vom sanften oder alternativen Tourismus, grünem Tourismus, Ökotourismus etc.. Christian Baumgartner setzt sich ausführlich mit den unterschiedlichsten Definitionen von Ökotourismus auseinander und kommt zu dem Schluss, dass der Gedanke des Ökotourismus als erster Schritt auf dem Weg zum „Nachhaltigen Tourismus“ zu verstehen ist (vgl. Baumgartner 2008: 19).

Christian Baumgartner liefert sieben Prämissen des Nachhaltigen Tourismus und nimmt Bezug auf die bereits erwähnten Dimensionen der Nachhaltigkeit (vgl. Baumgartner 2008: 31). Auf einige soll kurz eingegangen werden.

Abb. 6: Die sieben Prämissen des nachhaltigen Tourismus

Nachhaltiger Tourismus
<ul style="list-style-type: none">• Intakte Natur- und Lebensräume sowie Umweltmanagement-Systeme sind die Voraussetzung für den Tourismus der Zukunft sowohl in ländlich-peripheren Räumen wie in intensiv genutzten touristische Zielgebiete. (Die ökologische Dimension)• Tourismus ist integrierter Teil einer nachhaltigen, regionsspezifisch vernetzten Wirtschaft. (Die ökonomische Dimension)• Das Image von Urlaubsregionen wird geprägt von selbstbestimmter kultureller Dynamik. (Die kulturelle Dimension)• Gute Arbeitsbedingungen und soziale Zufriedenheit der Bevölkerung schaffen Qualität im Tourismus. (Die soziale Dimension)• Mitdenkende Tourismusregionen berücksichtigen Bedürfnisse spezieller Gästegruppen.• Der Mensch steht als Gestalter der Tourismuspolitik im Mittelpunkt – die gesamte Bevölkerung hat Zugang zu allen Informationen und ist gleichberechtigt in alle Entscheidungsprozesse miteingebunden. (Die intergenerative Dimension)• Die Tourismus-Quellgebiete der Ballungsräume sowie übergeordneter politischer Systeme übernehmen Mitverantwortung für die touristischen Effekte in den Destinationen. (Die institutionelle Dimension)

Quelle: Baumgartner (2008), S. 31

Die erste Prämisse betrifft die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit. So müssen Management-Systeme, welche die Umwelt- und sozialen Faktoren berücksichtigen, für Betriebe, Gemeinden und Regionen entwickelt werden. Außerdem müssen infrastrukturelle Einrichtungen und ökologische Maßnahmen auf ihre Nutzbarkeit überprüft werden (vgl. Baumgartner 2008: 31). Bezüglich der zweiten Prämisse führt Baumgartner als Beispiel die Kooperation zwischen der Landwirtschaft und dem Tourismus an. Oftmals erhalten Landwirte durch den Tourismus eine zusätzliche Einnahmequelle (vgl. Baumgartner 2008: 32). In der dritten Prämisse mit Fokus auf die kulturelle Dimension steht die Integration des Tourismus in die lokale Kultur im Vordergrund. Bei sogenannten „Schaubräuchen“ leben beispielsweise manche Einheimische von den zuschauenden Touristen. Es muss den Einheimischen jedoch auch die Möglichkeit gegeben werden, ihre kulturellen Riten und Bräuche „unter Ausschluss von Fremden leben zu können.“(Baumgartner 2008: 33)

Richard Sharpley liefert, wie Baumgartner, ebenfalls Prinzipien des nachhaltigen Tourismus und kommt zu dem Schluss, dass diese Prinzipien nur in Projekten in einem kleinen Rahmen und auf lokaler Ebene anzuwenden sind. Er schreibt „the principles of sustainable tourism are a ‚micro solution to a macro problem‘. (Sharpley 2009/2010: 6)

Indikatoren und Messbarkeit von nachhaltiger Entwicklung im Tourismus

Ebenso wichtig wie verschiedene Kriterien und Grundprinzipien, sind die Indikatoren. Diese sind, wie Christian Baumgartner sagt, unumgänglich um politische Aktivitäten messen zu können. Die Erarbeitung dieser Indikatoren ist jedoch nicht leicht, da zum einen

die Nachhaltigkeit im Tourismus regional betrachtet werden muss und zum anderen, Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Dimensionen bestehen.

Nichtsdestotrotz existieren einige Indikatorensysteme. Die UNWTO liefert beispielsweise einen Indikatorenkatalog für Nachhaltigkeit im Tourismus, welcher auf eine größtmögliche Anzahl von Destinationen anzuwenden sein soll. Dieser, 2004 erschienene Katalog, besteht aus einzelnen Indikatoren, welche 40 Nachhaltigkeitsaspekte aufgreifen (vgl. UNWTO o.J.a).

Einen anderen Indikatorenkatalog liefert Christian Baumgartner. Aufgrund der Übersichtlichkeit und der Nachvollziehbarkeit, soll dieser in der Arbeit exemplarisch erläutert werden. In der folgenden Abbildung werden seine Schlüsselindikatoren in Bezug auf die jeweilige Dimension erfasst. Anschließend wird auf einige der Schlüsselindikatoren näher eingegangen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Baumgartner durchaus noch andere Indikatoren in seinem Buch „Nachhaltigkeit im Tourismus“ liefert, diese aber aus Platzgründen in dieser Diplomarbeit nicht erwähnt werden können.

Abb. 7: Schlüsselindikatoren nachhaltiger Tourismus

Ökologie
<ul style="list-style-type: none">•Durchgängige Erreichbarkeit der Region mit öffentlichen Verkehrsmitteln•Existenz eines den touristischen Bedürfnissen angepassten ÖPNV-Systems.•Abfallvermeidungsstrategien für Konsumenten•Flächenbezogene Dichte der Aufstiegshilfen•Unterstützung der Region für angepasste Landwirtschaft zur Verbesserung der Einkommenssituation und damit langfristigen Sicherung der Kulturlandschaft
Ökonomie
<ul style="list-style-type: none">•Zusammensetzung des Tourismussektors nach Umsätzen•Maßnahmen zur klaren Imagebildung•Wiederkommensrate der Gäste•Stimulierung lokaler Wirtschaftskreisläufe durch Förderung und Erhaltung von traditionellem umweltschonendem Handwerk und natur- und umweltverträglicher Land- und Forstwirtschaft
Sozio-kultur
<ul style="list-style-type: none">•Anteil der MitarbeiterInnen im Tourismus, die regelmäßige Weiterbildung erhalten.•Verhältnis der Grundpreise zum nationalen Durchschnitt.•Erhaltung und Förderung der regionalen Architektur.•Situation des Vereinslebens und anderer ' regional typischer Kommunikations- und Infrastruktur'
Institutionell
<ul style="list-style-type: none">•Regelmäßige Berichterstattung seitens der Verantwortlichen an Gäste, Betriebe und BürgerInnen sowie offener Zugang zu Informationen über Zustand und Maßnahmen im Bereich Nachhaltigkeit im Tourismus.•Information der TouristInnen bereits vor der Anreise bzgl. der Möglichkeiten umweltgerechter Mobilität und regionaler Initiativen im Bereich Nachhaltigkeit.•Institutionalisierte Beteiligungsverfahren.•Mitgliedschaften in oder Kooperationen mit Netzwerken, Organisationen und Initiativen im Bereich Umweltschutz und Nachhaltigkeit.

Quelle: eigene Darstellung nach Baumgartner (2008)

Im Bereich Ökologie stellt die Existenz eines ÖPNV-Systems für Baumgartner einen Schlüsselindikator dar. ÖPNV steht für Öffentlicher Personennahverkehr und soll garantieren, dass die Gäste in ihrem Urlaub ohne PKW ausreichend mobil sind. Damit kann, wie in der Agenda 21 gefordert, ein Schritt zur Senkung von fossilen Treibstoffen unternommen werden. Die Daten sind anhand von Befragungen und öffentlich bekannten Maßnahmen in der jeweiligen Region verfügbar (vgl. Baumgartner 2008: 169). Ein anderer Schlüsselindikator im Bereich der Ökologie sind die Abfallvermeidungsstrategien für Konsumenten. Gästen soll die Möglichkeit gegeben werden, Abfälle zu vermeiden bzw. diese den Recyclingkreisläufen zuzuführen (vgl. Baumgartner 2008: 171).

Ein klares Image ist im ökonomischen Bereich entscheidend. Durch ein Image kann sich eine Region von anderen unterscheiden. Beispiele dafür sind Themenkooperationen wie „Themenstraßen“ oder „Themenregionen“. Ein weiterer Schlüsselindikator ist die Wiederkommensrate bei Gästen. Genauer genommen ist es der Anteil der Gäste, die in einem Zeitrahmen von fünf Jahren ein- oder mehrmals (in diese Region) wiederkommen. Hier liegt der Zielwert zwischen 33 und 66 Prozent. Die Daten können den Statistiken der Betriebe oder den Gästemeldeblättern entnommen werden (vgl. Baumgartner 2008: 179).

Baumgartner liefert auch im soziokulturellen Bereich einige Schlüsselindikatoren. So zum Beispiel die Erhaltung und Förderung der regionalen Architektur. Die Verwendung von regionaltypischer Architektur bewirkt, dass die Bevölkerung sich mit dieser identifizieren kann. Dabei ist wichtig, dass lokale Bauweisen verwendet und regionale Handwerksbetriebe einbezogen werden (vgl. Baumgartner 2008: 184).

Schlüsselindikatoren im institutionellen Rahmen sind Baumgartner zufolge beispielsweise die regelmäßige Berichterstattung der Verantwortlichen an Gäste, Betriebe und BürgerInnen. Auch ein offener Zugang zu Informationen, welche den Zustand und die Maßnahmen im Bereich des nachhaltigen Tourismus betreffen, ist von zentraler Bedeutung. Diese transparente Informationspolitik stärkt die Möglichkeiten, sich öffentlich mit dem Thema auseinander zu setzen und mitbestimmen zu können. Regelmäßige Berichterstattungen in Form von jährlichen Berichten, Aushängen, oder via Internet wären mögliche Maßnahmen (vgl. Baumgartner 2008: 186).

Wenn es um die Bewertung der Nachhaltigkeit im regionalen Tourismus geht, liefert Christian Baumgartner ein sogenanntes Ampelmodell. Für die jeweiligen Bereiche (Ökologie, Ökonomie, Soziokultur und Institutionelles) werden Übersichten angefertigt.

Befinden sich alle vier Übersichten im grünen Zustand, kann von Nachhaltigkeit im regionalen Tourismus gesprochen werden. Abstufungen sind ebenfalls möglich und werden als „überwiegend nachhaltig“, „wenig nachhaltig“ und „nicht nachhaltig“ bezeichnet. „Wenig nachhaltig“ wird beispielsweise gekennzeichnet durch einen Bereich im roten oder mehreren Bereichen im gelben Zustand im Vergleich zum grünen Zustand (vgl. Baumgartner 2008: 214). Hier macht Baumgartner jedoch darauf aufmerksam, dass es bei der Bewertung „nachhaltig“ durchaus noch verbesserungswürdige Aspekte geben kann. Er weist außerdem darauf hin, dass es nicht möglich ist, für alle Indikatoren quantitative Zielwerte festzusetzen. Dies gilt vor allem für kulturelle Aspekte. Darüber hinaus ist eine quantitative Bewertung, welche die unterschiedlichen Regionen miteinander vergleicht, nicht möglich (vgl. Baumgartner 2008: 212).

Tourismus und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

Tourismus stellt im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, z. B. bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), ein wichtiges Handlungsfeld dar. Auf der Website der GIZ ist zu lesen, dass Tourismus hohe Zuwachsraten aufweist und er in „Entwicklungsländern“ und besonders in strukturschwachen Regionen (durch Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten) zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Armutsbekämpfung beitragen kann (vgl. GIZ o.J.a,b). Es geht jedoch nicht nur um die ökonomischen Faktoren. So ist es auch wichtig, dass natürliche Ressourcen schonend genutzt werden. Darüber hinaus soll das kulturelle Erbe respektvoll behandelt werden. Die GIZ ist im Auftrag der deutschen Bundesregierung in rund 50 Tourismusprojekten [Stand Oktober 2013] aktiv. Themenschwerpunkte bilden der Umwelt- und Naturschutz, Öko- und Sozialstandards, sowie die wirtschaftliche Entwicklung und die Armutssenkung (vgl. GIZ o.J.a,b). Darüber hinaus unterstützt die GIZ den Ausbau von Infrastruktur, die Entwicklung von Reisedestinationen und auch die Fachkräfteausbildung. Weiters wird Unterstützung in der Öffentlichkeitsarbeit und Politikberatung geleistet. In ihren Projekten wird gezeigt, wie auf die ökologischen, kulturellen und politischen Herausforderungen eingegangen wird. Ein Beispiel bildet das Donaukompetenzzentrum, in dem touristische Produkte entlang der Donau entwickelt werden (vgl. GIZ o.J.b).

Nachhaltiger Tourismus in der Europäischen Union

Lange Zeit existierte keine Tourismuspolitik auf europäischer Ebene. Dies änderte sich erst mit dem Vertrag von Maastricht 1992, infolgedessen ein Aktionsplan für die Förderung

von Tourismus eingerichtet wurde (vgl. Baumgartner 2008: 46). In den folgenden Jahren wurde Tourismus in den Aktionsprogrammen mehr oder weniger berücksichtigt. Eine „Tourism sustainability group“ wurde 2004 ins Leben gerufen. Deren Aufgabe war es, einen Input für den Prozess des nachhaltigen europäischen Tourismus zu leisten. Sie entwickelte einen Aktionsrahmen, der 2007 veröffentlicht wurde (vgl. UNWTO o.J.b).

2007 hat die Europäische Union eine „Agenda für einen nachhaltigen und wettbewerbsfähigen europäischen Tourismus“ veröffentlicht. „Ihre Ziele sind wirtschaftlicher Wohlstand, sozialer Ausgleich und Zusammenhalt sowie Schutz der Umwelt und der Kulturgüter.“ (Europa 2008) Um diese Ziele zu erreichen schlägt die Europäische Kommission gewisse Grundsätze vor. Einige sollen hier genannt werden; Einbeziehung aller Interessensgruppen, kontinuierliche Überwachung, Nutzung des besten verfügbaren Wissens, Festlegung und Beachtung von Kapazitätsgrenzen (vgl. Europa 2008). Die Europäische Kommission lädt alle Tourismusakteure (Unternehmen, Touristen, staatliche Ebenen, Organisation etc.) ein, sich an der Umsetzung der Agenda zu beteiligen. Durch zahlreiche Initiativen will sich die Europäische Kommission des Weiteren dafür einsetzen, dass Erfolgsrezepte für einen nachhaltigen Tourismus weitergegeben werden (vgl. Europa 2008).

Neben der Europäischen Kommission beschäftigt sich auch die Generaldirektion „Unternehmen und Industrie“ mit nachhaltigem Tourismus. Die Generaldirektion hat unter anderem zum Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken (vgl. Europäische Kommission 2012i). Einen Industriezweig bildet der Tourismus, der gleichzeitig einen wichtigen Sektor in der europäischen Wirtschaft darstellt.

Zertifizierungen und Gütesiegel

Die Europäische Union liefert Gütesiegel, welche touristische Unternehmungen auf Grundlage eines Kriterienkatalogs bewerten. Solche Gütesiegel sollen unter anderem eine Kaufentscheidungshilfe für Verbraucher sein und Transparenz fördern, zum anderen schaffen die Anbieter Wettbewerbsvorteile und „Motivation zu verstärkten Umweltschutzbemühungen“ (Baumgartner 2008: 71). Ein Gütesiegel der Europäischen Union ist das EU Ecolabel (das Europäische Umweltzeichen). Dieses wird an Produkte und Dienstleistungen vergeben und das Spektrum ist breit. So werden nicht nur Elektrogeräte, Lacke etc. gekennzeichnet, sondern auch Beherbergungsbetriebe und Campingplätze. Ausgenommen sind Nahrungsmittel, Getränke, Arzneimittel und medizinische Geräte.

„Mit dem EU Ecolabel soll der Verbraucher die Möglichkeit haben, umweltfreundlichere und gesündere Produkte und Dienstleistungen identifizieren zu können“ (EU Ecolabel o.J.).

Abb. 8: Das EU Ecolabel



Quelle: EU Ecolabel (o.J.)

Das EU Ecolabel wurde 1992 von der Europäischen Kommission etabliert und ist nun in allen 27 EU Staaten sowie Norwegen, Liechtenstein und Island anerkannt (vgl. EU Ecolabel o.J.). Im Bereich der Beherbergungsbetriebe sind zahlreiche Kriterien festgelegt, welche die Umweltbelastungen möglichst gering halten sollen. Es wird dabei zwischen obligatorischen und fakultativen Kriterien unterschieden. Sie umfassen zahlreiche Bereiche, so zum Beispiel Energie, Wasser und Abfall. Zudem soll beispielsweise das Personal geschult und die Gäste ausreichend informiert werden. Bevor das Umweltzeichen vergeben werden kann, werden Prüfungen vor Ort durchgeführt (vgl. Europäische Union 2009: 4 ff.).

Neben dem Umweltzeichen der EU gibt es jedoch noch zahlreiche andere Gütesiegel, welche sich an touristischen Leistungsträgern orientieren und das jeweilige Angebot nach unterschiedlichsten Kriterien bewerten. Die Situation der Zertifizierungssysteme und Gütesiegel für nachhaltige Tourismusangebote ist neben der großen Vielfalt, auch von einer Unübersichtlichkeit geprägt (vgl. Lund-Durlacher 2007:146). Schon die unterschiedlichen Bezeichnungen wie Labels, Güte(-siegel), Zertifizierungen und Zeichen stiften so oftmals mehr Verwirrung als Nutzen (vgl. Lund-Durlacher 2007:154). Dagmar Lund-Durlacher macht außerdem darauf aufmerksam, dass die Öffentlichkeitsarbeit der meisten Zertifizierungssysteme bisher nicht erfolgreich war und die Bekanntheit für ein nachhaltiges touristisches Angebot gering sei. Ein weiterer Kritikpunkt sei außerdem, dass auf Grund der verbundenen Kosten kleinere Unternehmen benachteiligt werden und sich somit den Zertifizierungssystemen nicht anschließen. Kritisiert werden kann zudem auch die Tatsache, dass häufig die ökologischen Kriterien im Vordergrund stehen und

sozioökonomische Aspekte selten erfasst werden. Hier ist jedoch ein Wandel bemerkbar (vgl. Lund-Durlacher 2007: 155).

Kritik, Probleme und Herausforderungen

Nicht nur die Zertifizierungen im Bereich des nachhaltigen Tourismus können kritisiert werden. Wenn es um die Kritik des nachhaltigen Tourismus an sich geht, sind die Überlegungen des bereits erwähnten Richard Sharpley interessant. Sie sollen nun näher erläutert werden.

Richard Sharpley bezeichnet nachhaltigen Tourismus als Mythos und liefert in seinem Text einen Überblick, warum nachhaltige Entwicklung und Tourismus nicht vereinbar sind. Zum einen bezieht er sich auf den zeitlichen Rahmen. Nachhaltige Entwicklung ist auf die Zukunft ausgerichtet, wohingegen Tourismus eher auf kurzfristigen Überlegungen basiert. Unwahrscheinlich ist ihm zufolge außerdem, dass Gerechtigkeit, wie sie bei nachhaltiger Entwicklung gefordert wird, im Tourismus zu finden ist. Die Tourismusstrukturen, die resultierenden Abhängigkeiten und die oftmals dominierende lokale Elite, machen einen gerechten Zugang zu den Vorteilen von Tourismus eher unmöglich (vgl. Sharpley 2009/2010: 11). Weiters stellt Sharpley fest, dass „Entwicklung“ im touristischen Kontext eher auf wirtschaftliches Wachstum abzielt. Einkommen, Devisen und Beschäftigung werden oftmals durch Tourismus gefördert. Weniger sicher ist jedoch, wie die Befriedigung der Grundbedürfnisse oder Selbstständigkeit (wie bei nachhaltiger Entwicklung beansprucht) durch Tourismus erreicht werden können (vgl. Sharpley 2009/2010: 11).

Richard Sharpley macht in seinem Text darauf aufmerksam, dass Ökotourismus (hier: als eine Form des nachhaltigen Tourismus) bei Autoren wie Adams und Cater als ein westliches Konstrukt angesehen wird. Sie kritisieren, dass die Praxis des Ökotourismus von westlichen Interessen dominiert ist und einer westlichen Hegemonie entspringt (vgl. Sharpley 2009/2010: 8). Sharpley kritisiert weiter, dass „most sustainable tourism policies fail to recognise local (destinational) variations in terms of both local community developmental needs and local opportunities for tourism development“ (Sharpley 2009/2010: 9)

Zhenhua Liu betrachtet vor allem die Forschung des nachhaltigen Tourismus kritisch. Er schreibt in seinem Text „Sustainable Tourism Development: A critique“, dass nachhaltige Entwicklung zu einem Schlagwort geworden ist und auch die Überlegungen zu

nachhaltigem Tourismus oft lückenhaft, fehlerhaft und nicht zusammenhängend sind (vgl. Liu 2003: 459).

Es sei abschließend darauf hinzuweisen, dass Tourismus, als einer der fortschrittlichsten Wirtschaftssektoren, ein ökonomisches Interesse an der Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts hat. Die Natur ist ein entscheidender Produktionsfaktor im Tourismus. Somit ist Tourismus auf eine intakte Umwelt und ein nachhaltiges Wachstum angewiesen. Die „In-Wert-Setzung“ der Natur ist somit für die Akteure im Tourismus von besonderer Bedeutung und ein Antrieb für umweltschützende Maßnahmen. Jedoch könnte man den Eindruck gewinnen, dass es häufig an Handlungsbereitschaft fehlt und das „Primat der (kurzfristigen) Ökonomie“ vorherrscht (vgl. Spindler 2011: 18).

Fazit

Nach dem nun das Prinzip der Nachhaltigkeit und der Begriff des nachhaltigen Tourismus näher untersucht wurden, lässt sich erkennen, dass weltweit zahlreiche Konventionen und Abkommen geschlossen wurden, die diese Prinzipien aufgreifen. Aufgrund der Komplexität und der Wechselwirkung zwischen den drei Dimensionen (Ökologie, Ökonomie und Soziales) sind geeignete Kriterien und Indikatoren schwer herauszuarbeiten. Die Schwierigkeit der Messbarkeit und ihres Gebrauchs ist bei der Verwendung von unterschiedlichsten Zertifizierungssystemen erkennbar und ermöglicht es, eine Vielzahl von diesen zu etablieren. Da in den letzten Jahrzehnten „Nachhaltigkeit“ zu einem Modewort geworden ist und auch sanfter, grüner oder eben nachhaltiger Tourismus zunehmend ins Augenmerk rückt, besteht die „Gefahr“, dass nicht nur Unternehmen, sondern auch Organisationen und Institutionen die moralische Ebene der Nachhaltigkeit für ihre Zwecke missbrauchen. Somit bleiben die Inhalte der Nachhaltigkeit weiter unzureichend beleuchtet oder werden sogar verzerrt. Ein vorsichtiger Gebrauch des Gegenstandes ist somit von Nöten. Besonders die Anwendung in der Praxis stellt eine große Herausforderung dar, was im Bereich des nachhaltigen Tourismus besonders deutlich wird. Interessant bleibt, wie in Zukunft an diesen Herausforderungen geforscht und gearbeitet wird.

Auf den folgenden Seiten soll auf die Rolle des (nachhaltigen) Tourismus in der Ostsee- und der Donauraumstrategie eingegangen werden. Neben der Betrachtung der offiziellen Dokumente (Mitteilung und Aktionsplan) soll jeweils ein Projekt vorgestellt werden, welches Bezug zum nachhaltigen Tourismus aufweist. Anhand beider Projekte wird die Vielschichtigkeit des Tourismus deutlich.

9 (Nachhaltiger) Tourismus in der Ostseestrategie

(Nachhaltiger) Tourismus in der Mitteilung

Sowohl in der Mitteilung von 2009 als auch in der überarbeiteten Mitteilung von 2012 wird die Förderung von (nachhaltigem) Tourismus kaum thematisiert. In der Mitteilung von 2009 wird Tourismus, im Ziel der „leicht zugänglichen und attraktiven Region“, lediglich als Möglichkeit gesehen, die Kontakte zwischen Menschen zu stärken (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009: 9). Außerdem befasst sich ein Schwerpunktbereich mit der Erhaltung und dem Ausbau des Ostseeraums. In diesem Zusammenhang sollen Maßnahmen im Bereich Bildung, Tourismus und Gesundheit erzeugt werden (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009: 9).

In der überarbeiteten Mitteilung von 2012 ist von Tourismus keine Rede. Diese ernüchternde Bilanz lässt vermuten, dass der Förderung von Tourismus im Rahmen der Ostseestrategie keine Bedeutung beigemessen wird.

Analysiert man jedoch den Aktionsplan von 2010 und von 2013 wird klar, dass die Förderung von nachhaltigem Tourismus trotzdem von Bedeutung ist und in verschiedenen Aktionen zu finden ist.

(Nachhaltiger) Tourismus im Aktionsplan

Im Aktionsplan von 2010 wird deutlich, wer sich des Schwerpunktthemas Tourismus annimmt. Deutschland, genauer Mecklenburg- Vorpommern, koordiniert diesen Bereich. Erwähnt wird, dass Tourismus zur Entwicklung der Region beitragen kann. Im Aktionsplan selbst wird Tourismus im Bereich von nachhaltiger Entwicklung des ländlichen Raums thematisiert. Projekte im Naturtourismus (ohne genaue Definition) sollen dabei unter anderem im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums die Menschen zusammenführen (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2010: 53). Segeltourismus soll darüber hinaus in Schleswig-Holstein (mit 5,5 Mio. Euro) gefördert werden (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2010: 57). Unter dem Schwerpunktthema „Erhaltung und Ausbau der Attraktivität des Ostseeraums, insbesondere durch Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Jugend, Tourismus, Kultur und Gesundheit“ wird erstmals nachhaltiger Tourismus erwähnt. Eine Aktion soll sein, das Potential eines nachhaltigen Fremdenverkehrs hervorzuheben und zu

optimieren (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2010: 69). Bei dieser Aktion soll eine umweltfreundliche Tourismusstrategie auf der Ebene der Ostseeregion (inklusive Russland) entwickelt werden. „Diese Strategie könnte die Angleichung der Standards umfassen, die Entwicklung ähnlicher Projekte in verschiedenen Regionen, gemeinsames Marketing der Region und die Zusammenarbeit bei Projekten.“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2010: 69). Wie diese Strategie jedoch konkret aussehen soll, ist fraglich. Für die Ausarbeitung von Strategien für einen nachhaltigen Tourismus sollen auf Daten der Datenbank YepaT und der Kulturkontakt Nord zurückgegriffen werden. YepaT ist eine Datenbank, bei der laufende und beendete Projekte, welche von EU Programmen kofinanziert werden, aufgeführt werden. Mit Hilfe dieser Datenbank soll ein Erfahrungsaustausch stattfinden und grenzüberschreitende Kontakte ermöglicht werden. Darüber hinaus wird die Möglichkeit gegeben, Dokumente und Publikationen verschiedener Tourismusprojekte zu erhalten (vgl. YepaT o.J.) Eine weitere Aktion befasst sich mit der Vernetzung und der Etablierung eines Clusters zwischen Interessensvertretern der Tourismusindustrie. Grundlage für diese Aktivitäten bilden der Ostsee-Tourismuspapier aus 2008 und das Ostsee-Tourismusforum in 2009. Hier wurde vereinbart, in verschiedenen Bereichen die Zusammenarbeit zu verstärken. So soll eine gemeinsame Werbetätigkeit, eine Internetplattform und die Weiterentwicklung von Produkten aus der Ostseeregion anvisiert werden (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2010: 69).

Neben der verstärkten Zusammenarbeit der Interessensvertreter, sollen im Rahmen der Ostseestrategie nachhaltige Tourismuspakete im ländlichen Raum und in den Küstenregionen etabliert werden. Als Beispiel werden „Urlaub auf dem Bauernhof, Lebensmitteltourismus, Wandern, Wintersport“ und Naturtourismus genannt (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2010: 71). Dabei wird erwähnt, dass das Know-How von Akteuren aus dem Tourismussektor, aus Forschung und Entwicklung, sowie aus dem lokalen und öffentlichen Sektor einbezogen werden soll. Eine weitere Aktion befasst sich mit der „Erleichterung des Betriebs von ökologisch nachhaltigen Fähren und Kreuzfahrtschiffen auf der Ostsee“. Anbieter von Passagierschiffverkehrsleistungen sollen dabei Programme erarbeiten und zusammenführen (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2010: 72).

Der Aktionsplan von 2013 ist im Gegensatz zur Version aus 2009 aussagekräftiger und liefert konkrete Aktionen und Flagship Projekte (Commission of the European Communities 2013: 143 ff.):

“Action: Facilitate networking and clustering of tourism stakeholders”⁵

Potentielle Flagschiffprojekte:

“Network of regional tourism innovation centres for Baltic Sea Region”⁵

“Action: Mobilise the full potential for sustainable tourism of the Baltic Sea region”⁵

Flagschiffprojekte:

“Facilitate sustainable land excursions of cruise ship operators in the Baltic Sea”⁵

“Promote the cultural and natural heritage”⁵

“Develop strategies for a sustainable tourism”⁵

Potentielles Flagschiffprojekt:

“Attract tourists to rural areas especially the coastal ones”⁵

Im aktuellen Aktionsplan wird darauf aufmerksam gemacht, dass Tourismus für die europäische Wirtschaft von zentraler Bedeutung ist, da in diesem Sektor rund 1,8 Millionen Unternehmen ungefähr 9,7 Millionen Menschen beschäftigen (vgl. Commission of the European Communities 2013: 141). Außerdem stieg in 2011 “the number of international trips in Europe [...] by 4%.” (Commission of the European Communities 2013:141). Auch der maritime und Küstentourismus spielt für die Europäische Union eine wichtige Rolle, sodass sich die Ostseestrategie auch mit diesem Thema beschäftigt. Grund dafür ist außerdem, dass der Zuwachs im Tourismus, der Ostseeregion zu neuem Aufschwung verholfen hat. Ein hoher Zuwachs ist vor allem in den Ländern Estland, Lettland und Litauen zu vermerken. Auch die Ankünfte aus Indien, China und Russland sind enorm angestiegen (vgl. Commission of the European Communities 2013: 141).

Es sei dabei erwähnt, dass Zahlenmaterial und Statistiken mit äußerster Vorsicht zu verwenden sind. Die Richtigkeit von Datenmaterial kann nie gewährleistet werden. In diesem konkreten Fall werden auch keine Quellen angegeben, sodass die Daten nur schwer nachvollziehbar bzw. überprüfbar sind.

⁵ Commission of the European Communities 2013: 143 ff.- Eigene zusammenfassende Darstellung

Ferner ist Tourismus, neben der Landwirtschaft, besonders in ländlichen Gebieten ein Schlüsselsektor, welcher nicht nur Wachstum und Arbeitsplätze schafft, sondern vor allem den Menschen wirtschaftliche Anreize liefert, um in der Region zu bleiben. Ferner können verstärkt Traditionen, kulturelles und natürliches Erbe aufrechterhalten werden. Im Aktionsplan wird auch die Verbindung zur Infrastruktur hergestellt. Tourismus fördert Investitionen in Infrastruktur und im Transportwesen und verhilft somit zu einer territorialen Entwicklung (vgl. Commission of the European Communities 2013: 141).

Auch die Verbindungen zu anderen Sektoren sind für den Tourismus von zentraler Bedeutung. So werden beispielsweise der Informations- und Technologiesektor, der Gesundheitssektor und die Umwelt genannt. Es wird ebenfalls klar gemacht, dass sich die Tourismusbranche immer wieder neu entwickelt und sich verschiedene Trends etablieren. Heutzutage muss der Tourismus nicht nur die Bedürfnisse von älteren Personen und Menschen mit Behinderung, sondern auch von Alleinreisenden befriedigen (vgl. Commission of the European Communities 2013: 141).

In Bezug auf den nachhaltigen Tourismus ist folgendes Zitat interessant; "It [tourism] needs to be developed and consumed sustainably, and it has ideally to be climate-friendly." (Commission of the European Communities 2013: 141)

In diesem Satz wird zwar gesagt, dass Tourismus einer/s nachhaltigen Entwicklung und Verbrauchs bedarf, allerdings soll er „nur“ idealerweise klimafreundlich sein. Ist man sich dem Inhalt des Nachhaltigkeitskonzepts bewusst, so verwundert diese Aussage. Wenn ein Tourismus nachhaltig entwickelt werden soll, sollte es ein „Muss“ sein, Tourismus auch klimafreundlich zu gestalten. Formulierungen wie diese lassen wichtige Lücken in der Durchsetzung entstehen und die Ernsthaftigkeit wird in Frage gestellt. Dies erstaunt besonders, da der Umweltaspekt in der Ostseestrategie einer, wenn nicht sogar der wichtigste Aspekt der Strategie ist.

In einer weiteren Passage des Aktionsplans wird hingegen darauf verwiesen, was Tourismus sein soll: er soll nachhaltig, innovativ und unternehmerisch sein. Innovativ muss er deshalb sein, weil die Verwendung von social media und Internetplattformen auch in dieser Branche „keinen Halt“ gemacht haben und die Nachfrage nach themenspezifischen, hoch qualitativen Angeboten im Bereich Kultur, Sport, Natur und „edutainment“ steigt (vgl. Commission of the European Communities 2013: 141).

Grundsätzlich sind die Schwerpunkte im Aktionsplan von 2013 gleich geblieben. Der Aktionsplan von 2013 ist jedoch strukturierter und die Themenbereiche sind leichter auszumachen. Auch in dem Aktionsplan von 2013 wird die Verbindung zwischen Kultur und Tourismus hervorgehoben. So soll das kulturelle Erbe gefördert werden. Dafür sollen laufende Initiativen und Trendentwicklungen im Ostseeraum-Tourismus beobachtet werden. Touristische Produkte sollen entwickelt und für den Markt verfügbar gemacht werden. Dafür ist die Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Partnern von Bedeutung. Das bereits bestehende Projekt *Enjoy Baltic South!* soll auf die gesamte Region ausgeweitet werden (vgl. Commission of the European Communities 2013: 145). *Enjoy Baltic South!* ist ein grenzüberschreitendes Projekt, welches von Polen, Deutschland und Litauen implementiert wurde. Es hat zum Ziel, das Image und die Wettbewerbsfähigkeit der South Baltic Region als eine attraktive Tourismusdestination zu fördern. Es wird außerdem angestrebt, die Region im globalen Tourismusmarkt sichtbarer zu machen. Dafür sollen zunächst touristische Produkte entwickelt und diese in einem zweiten Schritt auf bestimmte Märkte lanciert werden (vgl. Enjoy South Baltic o.J.).

Rainer Kosmider hat sich mit Tourismus im Rahmen der Ostseestrategie auseinandergesetzt und erklärt, dass Tourismus nur ein kleiner Ausschnitt des Aktionsplans darstellt (vgl. Kosmider o.J.:62). Er verweist auf die Nördliche Dimension und die Northern Dimension Partnership on Culture. Diese fördern den Kulturtourismus und die cultural und creative industries, welche für den Schwerpunktbereich Tourismus eine wichtige Rolle spielen. Weiters geht er auf die Rolle Mecklenburg-Vorpommerns ein, welche, wie bereits erwähnt, die Priority Area Tourismus koordiniert. Ihm zufolge ist Mecklenburg-Vorpommern in Deutschland die führende Region im maritimen Tourismus. Darüber hinaus ist der Ostseeraum für Mecklenburg-Vorpommern von enormer Bedeutung, da es von Investitionen, vom Außenhandel, vom Verkehr oder Umweltschutz profitiert. (vgl. Kosmider o.J.: 64). Dies sind Gründe, warum sich Mecklenburg-Vorpommern bei der Erarbeitung der Ostseestrategie aktiv eingebracht hat und sich somit auch für die Rolle als Priority Area Coordinator beworben hat. In diesem Zusammenhang macht Kosmider auch klar, dass im Ostseeraum die Resonanz der Regionen und Organisationen auf diese Tätigkeit eher verhalten war (vgl. Kosmider o.J.: 65). Kosmider hält es für notwendig, die Zusammenarbeit im Bereich Tourismus zu verbessern. Der Tourismussektor ist noch stark fragmentiert und segmentiert. Eine abgestimmte Zusammenarbeit, Clusterbildung und eine höhere Professionalität sind notwendig. Zwar

gibt es bereits einzelne Projekte oder Netzwerke, wie die Baltic Sea Tourism Commission oder die Initiative „Cruise Baltic“, allerdings sind keine Querverbindungen oder gemeinsame Slogans erkennbar. „Jeder macht seins.“ (Kosmider o.J.: 66) Aus diesem Grund soll das touristische Potential der Ostseeregion als Ganzes im Vordergrund stehen. Ein Wandel im kleinteiligen Denken und Darstellen muss einsetzen (vgl. Kosmider o.J.: 68). Dabei macht er auf die Herausforderung aufmerksam, dass es zwar einige übergreifende gemeinsame Ansätze (bezüglich Statistiken, Marketing, oder Standards) gibt, allerdings auch viele Punkte in nationaler und regionaler Zuständigkeit liegen. Dabei spielen der Ausbau der Infrastruktur, die Ausbildung von Fachkräften oder der Zugang zu Finanzmitteln eine entscheidende Rolle (vgl. Kosmider o.J.: 69). Für Kosmider stellt die Etablierung einer einheitlichen Marke für den Ostseeraum eine weitere Herausforderung dar. Wie überzeugt letztendlich alle Akteure von so einer gemeinsamen Herangehensweise sind, lässt sich nicht an „reichen Wortbeiträgen“, sondern auch an finanziellen Beiträgen zeigen. „Finanzielle Beiträge sind das sichtbarste Zeichen, dass die Stakeholder vom Mehrwert gemeinsamer Herangehensweisen, Produkte und Marketingmaßnahmen überzeugt sind.“ (Kosmider o.J.: 71) Wie stark die Mitwirkung am Aktionsplan ist, wird sich im Laufe der Zeit zeigen. Ergebnisse können jedoch nur am Handeln gemessen werden und nicht nur am Reden (vgl. Kosmider o.J.: 71). Dabei soll noch einmal auf die Flexibilität des Aktionsplans hingewiesen werden. „Was sich als nicht umsetzbar erweist, gleich ob aus mangelndem Willen oder fehlenden Möglichkeiten, muss perspektivisch im Aktionsplan modifiziert oder gestrichen werden.“ (Kosmider o.J.: 68)

Kosmider macht, wie oben kurz angerissen, in seinem Beitrag „Ostseestrategie und Tourismus“ auf verschiedene Netzwerke und Projekte im Ostseeraum aufmerksam. Ein Projekt, welches er auch nennt, ist das Agora 2.0 Projekt.

9.1 AGORA 2.0

AGORA 2.0 ist ein Projekt, welches dem Flagship project „Develop strategies for a sustainable tourism“ der Ostseeraumstrategie zugeordnet wird. Es ist außerdem ein Projekt des Baltic Sea Region Programme 2007-2013 der Europäischen Union, welches die regionale Entwicklung durch transnationale Kooperation fördert (vgl. University of Greifswald 2009a).

AGORA 2.0 hat sich zum Ziel gesetzt, die gemeinsame Identität der Baltic Sea Region, basierend auf dem kulturellen und natürlichen Erbe, zu stärken und die Kooperation der

einzelnen Stakeholder zu verbessern. Darüber hinaus sollen mit Hilfe dieses Projektes die kulturellen und natürlichen Schätze der Ostseeregion ins Bewusstsein der BewohnerInnen und BesucherInnen gebracht und vermarktet werden. Die Schätze sollen außerdem als Standortfaktoren zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region beitragen (vgl. s.pro | sustainable projects o.J.).

In das Projekt sind 22 Partner aus 8 Ländern⁶ eingebunden, wobei Russland und die Kaliningrad Region als dazugehörige Akteure an dem Projekt mitwirken. Partner sind vorwiegend Institute mit Tourismusschwerpunkt, aber auch Verbände und Stiftungen. Die Leitung übernimmt die Universität Greifswald (Institut für Geografie und Geologie) in Deutschland. Das Projekt wurde im Zeitraum Januar 2010 bis Dezember 2012 umgesetzt und sein Budget belief sich auf 2.8 Millionen Euro (vgl. University of Greifswald 2009a, s.pro | sustainable projects o.J.).

Um die obengenannten Ziele zu erreichen, werden drei große Aufgabenfelder oder Workpackages gebildet. Das erste Themengebiet beschäftigt sich mit der Etablierung des Heritage Tourism Information Service (BASTIS). Dieses erfasst Daten und Studienergebnisse, welche kostenlos und einfach den involvierten Akteuren, wie Tourismusorganisationen und kleinen oder mittelständischen Unternehmen (KMU), bereitgestellt werden (vgl. s.pro | sustainable projects o.J., Meliss/Steingrube o.J.).

Um das kulturelle Erbe in das Bewusstsein der Menschen zu bringen, hat das Projekt außerdem das Heritage Scout System entwickelt, welches Naturschätze erfasst. Diese haben das größte Potential, eine gemeinsame Identität zu verstärken. Ein Katalog sammelt die vielversprechendsten Orte und Güter (vgl. s.pro | sustainable projects o.J.). Neben diesen Aktivitäten wurde auch die Wahl der sechs Baltic Sea Region Wonders ins Leben gerufen. Diese Wunder wurden im Rahmen eines öffentlichen Online- Votings gewählt und sind unter <http://www.6-bsr-wonders.net/> [Zugriff 28.10.2013] zu finden. Auch diese Wahl soll die kulturellen und natürlichen Schätze der Region vermarkten und auf sie aufmerksam machen (vgl. s.pro | sustainable projects o.J.).

Das dritte Themenfeld setzt sich aus fünf transnationalen Projektgruppen zusammen, welche aus 2-3 Partnern verschiedener Ländern bestehen. Diese Gruppen haben einen spezifischen Themenschwerpunkt beispielsweise „Schlösser und Museen“ oder „Wälder“, welche in mindestens 3 Baltic Sea Regionen aufzufinden sind. Die Gruppen fertigen zum

⁶ Belarus, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden

jeweiligen Thema SWOT Analysen an und machen bzw. nutzen Besucherumfragen, um innovative touristische Produkte zu entwickeln (vgl. Meliss/Steingrube o.J.).

Neben diesen drei Hauptthemenfeldern zählen das Projektmanagement und der Informationsaustausch sowie die Kommunikation zu den weiteren ständigen Aufgaben der Partner. Der ständige Informationsaustausch und die Kooperation der Akteure sind für das Projekt von zentraler Bedeutung (vgl. Meliss/Steingrube o.J.). Das Projekt „AGORA“ wurde so genannt, da das griechische Wort „agora“ einen Marktplatz beschreibt, auf dem sich 500 v.Chr. Menschen getroffen haben, um sich auszutauschen. Auch in diesem Projekt sollen Ideen, Erfahrungen und Wissen ausgetauscht werden (vgl. University of Greifswald 2009b).

Das Projekt Agora 2.0 basiert übrigens auf Erfahrungen aus dem Projekt „AGORA – Network Sustainable Tourism Development in the Baltic Sea Region“, welches von Juli 2005 bis Dezember 2007 lief und zu einem INTERREG III B Projekt zählt (University of Greifswald 2009a).

Mit der Beschreibung des Projekts AGORA 2.0 sollte nahegelegt werden, dass eine gemeinsame Identität auch im Zusammenhang mit Tourismus im Rahmen einer makroregionalen Strategie gefördert wird. Wie im theoretischen Teil dieser Arbeit schon erwähnt, kann eine Region identitätsstiftend wirken und auch der Tourismus kann seinen Beitrag dazu leisten. Wie jedoch auch eingangs beschrieben wurde, ist es fraglich, ob in diesem Projekt von einer Konstruktion von Identität die Rede ist. Das Projekt hat außerdem gezeigt, dass die Verknüpfung zu den kulturellen Schätzen für den Tourismus von zentraler Bedeutung ist. Diese Verbindung wird auch in der Donauraumstrategie eine Rolle spielen. AGORA 2.0 hat ebenfalls gezeigt, dass nachhaltige Konzepte für die Entwicklung von Tourismus wichtig sind. Dieses Projekt erscheint besonders interessant, da keine konkreten Ausflugsangebote für BesucherInnen (Wanderungen, Unterkünfte etc.) vermarktet oder neue Tourismusattraktionen geschaffen werden. Das bereits bestehende Erbe wird vielmehr hervorgehoben und beworben. Damit eine wirtschaftliche Nutzung des Potentials auch sichergestellt werden kann, muss auf eine nachhaltige Vorgehensweise geachtet werden. Auch die gemeinsame Koordination wird durch das Projekt deutlich. Die Kooperationen im Tourismus auszubauen wird von AGORA 2.0 anvisiert, da nicht nur zahlreiche Partner an dem Projekt teilnehmen, sondern auch gemeinsam Themenschwerpunkte ausgearbeitet werden müssen. Auch die Öffentlichkeit wird durch das Online-Voting mit einbezogen.

10 (Nachhaltiger) Tourismus in der Donaunraumstrategie

Bevor auf die Rolle des (nachhaltigen) Tourismus in den Dokumenten der Donaunraumstrategie eingegangen wird, soll auf einen Beitrag von Elena Teutsch hingewiesen werden. Sie liefert einen Überblick über Chancen und Nutzen der Donaunraumstrategie mit Bezug auf Tourismus und zeigt Interessen, Projekte sowie Aktivitäten auf. Ihr Fokus liegt im mittleren und unteren Abschnitt der Donau. Besonders wird das Donau Delta von ihr hervorgehoben, welches auch in der Donaunraumstrategie erwähnt wird. Teutsch macht klar, dass Zentral- und Südosteuropa ein großes touristisches Potential entlang der Donau hat. Zu nennen sind unter anderem zahlreiche Schlösser, Kirchen, schöne Landschaften und Naturparks (vgl. Teutsch 2011: 100). Darüber hinaus schreibt sie, dass in den letzten zwei Dekaden bereits die Wettbewerbsfähigkeit im Tourismus stark vorangetrieben wurde. Allerdings waren nicht alle Anstrengungen erfolgreich. Grund dafür war das Fehlen von Investitionen in Bereichen wie die Entwicklung, Modernisierung oder Sanierung der Infrastruktur. Diese mangelnden finanziellen Mittel waren auch im Unterhaltungsangebot und in der Qualität des Tourismussektors spürbar (Tigu et al. zit. nach Teutsch 2011: 100). Sie macht klar, dass die Tourismusentwicklung der mittleren und unteren Donau von internen und externen Faktoren abhängt. Sie fertigte eine SWOT Analyse an, auf die im Folgenden Bezug genommen wird.

Eine Stärke dieser Region sei die „neue“ und unentdeckte Region. Eine weitere Stärke ist die Diversität der Attraktionen der Region und die zahlreichen kulturellen und natürlichen Elemente (vgl. Teutsch 2011: 100). Neben diesen Stärken zeigt Teutsch auch einige Schwächen auf. So ist die Region kein homogenes Urlaubsziel und es fehlt an einem klaren Image der Donauregion. Weiters erwähnt sie illegale Entwicklungen in geschützten Gebieten. Darüber hinaus sind die schlechte Infrastruktur (Unterkünfte, Erreichbarkeit oder die Trinkwasseraufbereitung) und die industrielle und öffentliche Verschmutzung eine Schwäche der Region. Neben diesen Themen zeichnet sich die Region durch eine geringe grenzüberschreitende Kooperation, eine unzureichende Tourismuswerbung und eine geringe Wettbewerbsfähigkeit in Tourismusangeboten aus (vgl. Teutsch 2011: 100). Wie es zu einer SWOT Analyse gehört, werden auch Chancen und Risiken von Teutsch genannt. Chancen liegen im grünen Tourismus, in dem Schifftourismus, dem Ausbau von grenzüberschreitenden Kooperationsprogrammen oder in der Nachfrage an „neuen“

Produkten und Angeboten. Weiters besteht die Möglichkeit von den Erfahrungen „westlicher“ Donauländern zu profitieren. Sie erwähnt außerdem die Chance der Unterstützung seitens der Europäischen Union und des medialen Interesses (vgl. Teutsch 2011: 101). Risikoreich könnten Konflikte zwischen verschiedenen Organisationen oder auch mögliche politische und/oder ökonomische sowie ökologische Probleme sein. Ein weiteres Risiko stellen der Rückgang von traditionellen Aktivitäten und der Klimawandel dar (vgl. Teutsch 2011: 101).

Trotz ihrer Stärken sind die Regionen der mittleren und unteren Donau mit hohen Erwartungen seitens der internationalen Touristen konfrontiert. Die Qualität muss demzufolge größtenteils erhöht werden. Dieses Problem besteht ebenfalls in der Infrastruktur. Aus diesem Grund besteht Hoffnung, dass im Rahmen der Donaunraumstrategie sich verschiedene Dinge möglicherweise ändern. Gefahr besteht dabei jedoch, dass das Konzept der Nachhaltigkeit nicht ausreichend verstanden wird und eine nachhaltige Entwicklung außer Acht gelassen wird (vgl. Teutsch 2011: 101 f.)

Wie bereits erwähnt, stellt das Donau Delta für Teutsch ein wichtiges Gebiet dar, welches im Rahmen des nachhaltigen Tourismus betrachtet werden soll. Das Donau Delta liegt in Rumänien und in der Ukraine. Dieses bedrohte Ökosystem ist seit 1993 ein UNESCO Weltkulturerbe und als Feuchtgebiet mit einer starken Biodiversität von internationaler Bedeutsamkeit. Neben zahlreichen Tieren und Pflanzen sind auch verschiedene ethnische Gemeinden ansässig (vgl. Teutsch 2011: 102). Während des Kommunismus wurde das Gebiet zur landwirtschaftlichen Nutzfläche umgewandelt. Ein starker Biodiversitätsverlust war die Folge. Doch auch heute bedrohen verschiedene ökonomische Tätigkeiten wie das Fischen, Jagen, Tierhaltung/Tierzucht das Donau Delta. Darüber hinaus bedrohen die Riedernte und der Tourismus das Gebiet (vgl. Teutsch 2011: 102). Auch wenn einige Initiativen im Donau Delta aktiv waren, hat sich die Situation der dort lebenden Menschen nicht verbessert. Auch der unkoordinierte Tourismus mit schlecht ausgebildeten Arbeitskräften konnte die Situation nicht verbessern (vgl. Teutsch 2011: 102). Ein Projekt der Naturefriends International hat unter anderem die Diskussion über eine Tourismusedwicklung im Donau Delta angeregt. Ohne auf das Projekt genauer einzugehen, wurde zwar einiges erreicht, allerdings stellt sich die Kooperation zwischen der Ukraine und Rumänien als schwierig dar. „Tensions at the political level and the fact that Romania joined the EU in 2007 were factors which made cross border cooperation and communication more difficult“ (Teutsch 2011: 104). Die Kooperation zwischen den

verschiedenen Staaten sowie aber auch die private und öffentliche ist von zentraler Bedeutung. Vor allem die Länder der oberen und der unteren Donau können ihre Zusammenarbeit verstärken. Bereits entwickelte Angebote, wie beispielsweise Fahrradwege, können im unteren Teil der Donau erweitert werden. Teutsch macht dabei darauf aufmerksam, dass auf lange Sicht gesehen, die Staaten der Donau nur mit einer gemeinsamen Strategie wettbewerbsfähig werden können. Zum Beispiel gegenüber anderen Regionen wie der Ostseeregion (vgl. Teutsch 2011: 106). Abschließend schreibt außerdem Teutsch, dass der Tourismus dabei helfen kann, eine Identität im Donautal aufzubauen. Dabei sei es jedoch von Nöten, Projekte erst auf die Staaten im mittleren und unteren Donauteil zu beziehen, damit diese die Infrastruktur und Qualitätsstandards erreichen. Sie macht dabei noch einmal deutlich, welche Chancen der Tourismus hat und wie dadurch neue Jobs und Einkommen erreicht werden können (vgl. Teutsch 2011: 107).

Diese einleitenden Worte machen auf bestimmte Chancen und Herausforderungen in der Umsetzung des nachhaltigen Tourismus bereits aufmerksam. Diese werden auch in den Dokumenten der Europäischen Union zum Vorschein kommen. Aus diesem Grund wird nun auf die Rolle des nachhaltigen Tourismus in der Donaunraumstrategie eingegangen.

(Nachhaltiger) Tourismus in der Mitteilung

Die Förderung des Tourismus ist eines der Ziele der Donaunraumstrategie. Diese Vorhaben werden der ersten Säule „Anbindung an den Donaunraum“ zugeordnet. Das Schwerpunktthema „Förderung von Kultur und Tourismus, des Kontakts zwischen den Menschen“ bildet die Priority Area 3 und wird von Bulgarien (durch das Ministry of Economy, Energy und Tourism) und Rumänien (durch das Ministry of Regional Development and Tourism) koordiniert. In der Mitteilung der Europäischen Kommission wird zunächst noch explizit auf die Förderung des nachhaltigen Tourismus im Rahmen der Donaunraumstrategie hingewiesen. Es ist die Rede von einem „nachhaltige[n] Konzept für die Aufwertung und Bekanntmachung“ im Donau Delta und im Donaunraum (Europäische Kommission 2010c:8). Tourismus wird dabei oft mit den kulturellen Besonderheiten verknüpft und die Schönheit der Natur wird hervorgehoben. Deutlich wird dies in der Mitteilung; „ihr außergewöhnlich schönes Naturerbe [macht] die Region attraktiv.“ (Europäische Kommission 2010c: 8) Als mögliches Ziel wird in der Mitteilung die „verbesserte[n] Reisezeiten für wettbewerbsfähige Zugverbindungen zwischen den Großstädten im Personenverkehr“ (Europäische Kommission 2010c: 9) genannt. Damit

wird deutlich, dass die Förderung des Tourismus allein schon durch die Zuordnung zur Säule „Anbindung an den Donaauraum“ mit dem Ausbau von Infrastruktur verbunden ist. Außerdem sind die Ziele der Donaauraumstrategie mit den Vorhaben von Europa 2020 gekoppelt, da auch dort der „grüne Tourismus“ gefördert wird (vgl. Europäische Kommission 2010c: 15). Hier ist jedoch nicht klar, was unter „grünem“ Tourismus verstanden wird.

(Nachhaltiger) Tourismus im Aktionsplan

Sieht man sich nun auch den Aktionsplan genauer an, ist die Rede vom nachhaltigen Tourismus. „Moderner, nachhaltiger Tourismus hat [...] ein starkes Potential in der Region.“ (Europäische Kommission 2010d:7). Der Aktionsplan beschreibt die Ziele der Donaauraumstrategie ausführlicher als die Mitteilung und so wird auch das Ziel der Förderung des Tourismus näher erläutert. Im Aktionsplan stehen Vorhaben und Projektbeispiele, die sich teilweise mit anderen Aktionen im Aktionsplan überschneiden. Es werden lediglich Aktionen und Projektbeispiele, also mögliche Projekte, beschrieben, welche größtenteils noch nicht umgesetzt wurden.

Wie in der Mitteilung, wird auch im Aktionsplan auf die Besonderheit der Donauregion mit ihrem „kulturellen Erbe“ und den „zahlreichen touristischen Perlen“ Bezug genommen (vgl. Europäische Kommission 2010d: 27). Entscheidend ist, dass der Tourismus im Aktionsplan gelegentlich auch als Fremdenverkehr bezeichnet wird, welcher in einem immer größeren Umfang zu einem Wachstum der Region beiträgt. Bei diesem Ziel sollte der Nachhaltigkeitsaspekt „grundsätzlich ein wichtiges Kriterium für die Entwicklung des Tourismus in der Region sein“ (Europäische Kommission 2010d: 27). Dies lässt vermuten, dass grundsätzlich zwar die Nachhaltigkeitsprinzipien aufgegriffen werden sollen, dies allerdings kein Muss ist.

Für den Tourismus sollen laut Aktionsplan rund 6.7 Mrd. EUR aufgebracht werden. Davon sollen für die städtische und ländliche Erholung 3.0 Mrd. EUR, für das Natur- und Kulturerbe 1,4 Mrd. EUR, für die Kultur- und Tourismusdienste 1,2 Mrd. EUR, für Kulturelle Infrastruktur 0,6 Mrd. EUR und andere aufgewendet werden (vgl. Europäische Kommission 2010d: 8).

Im Folgenden werden beschriebene Aktionen und Projektbeispiele aus dem Aktionsplan zusammengefasst, um einen Eindruck zu erhalten, wie (nachhaltiger) Tourismus konkret gefördert werden soll.

Die Etablierung von Qualitätslabels bildet beispielsweise eine Aktion. Wie auch schon im Kapitel 8 erläutert, gibt es verschiedene Ökolabels, welche auch in der Donauregion stärker eingeführt werden sollen und somit einen Qualitätstourismus fördern. Diese sollen die Wettbewerbsfähigkeit und die Nachhaltigkeit des Donautourismus in Bereichen wie Unterkünfte, Ausflüge, Reiseveranstalter unterstützen. Beispiel dafür sind das EU Ecolabel für Unterkünfte oder die Kriterien der General Direktion „Unternehmen und Industrie“ für den nachhaltigen Tourismus. Neben den Labels für Unterkünfte, beschreibt eine Aktion auch die Etablierung einer umweltverträglichen Tourismusstrategie für die gesamte Region. So könnte ein Label für die Donauregion mit einem gemeinsamen Marketing eingerichtet werden, welches die Region als europäisches Tourismusziel international repräsentiert. Damit könnte der Zugang zu internationalen Tourismusmärkten ausgebaut und die Donau als Reiseziel bekannter gemacht werden (vgl. Europäische Kommission 2010d: 29 f.) Bekannt gemacht werden könnte die Donau auch durch einen jährlichen Donaukultur- und Tourismustag (vgl. Europäische Kommission 2010d: 30). Eine weitere Aktion ist die Förderung des Wellness-Tourismus in der Region. Dabei soll der Ausbau und das Marketing von Kurorten und Gesundheits- bzw. Wellnesseinrichtungen unterstützt werden (vgl. Europäische Kommission 2010d: 31).

Wie bereits erwähnt, ist die Förderung des Tourismus eng verbunden mit dem Ausbau der Infrastruktur im Donaoraum. So lautet eine konkrete Aktion „Verbesserung der Planung und Infrastruktur für Tourismus“. Ein Projektbeispiel beschäftigt sich mit dem Ausbau einer verkehrs- und kundenfreundlichen Donauregion, die kombinierte Bahn-Rad-Schiffsreisen entlang der Donau anbietet, bei denen die Fahrpläne abgestimmt und angemessene Tarife eingeführt werden (vgl. Europäische Kommission 2010d: 30). Außerdem beschreibt eine Maßnahme den Ausbau der Schiffbarkeit und Hafenanlagen auf der Donau. Kreuzfahrtschiffe und Privatjachten würden daraus ihren Nutzen ziehen, da bessere Anlegemöglichkeiten, bessere Einrichtungen für Passagiere und Freizeiteinrichtungen angestrebt werden (vgl. Europäische Kommission 2010d: 30). Neben der Infrastruktur sollen auch die Verbindungen und die Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Forschung im Tourismusbereich ausgebaut werden. So soll die Zusammenarbeit von Dozenten, Schülern, Studierenden und MitarbeiterInnen im

Tourismussektor gefördert und Beschäftigte in der Tourismusbranche im Programm für lebenslanges Lernen integriert werden (vgl. Europäische Kommission 2010d: 30).

Wie bereits in der Mitteilung angedeutet, ist die Förderung des Tourismus nicht nur eng mit dem Ausbau der Infrastruktur verbunden, sondern auch mit der kulturellen Vielfalt und den Menschen unterschiedlicher Herkunft in der Region. Ein „interkultureller Ansatz“ und der Austausch sowie die Zusammenarbeit mit Personen unterschiedlicher Herkunft, können die wirtschaftliche Entwicklung und die Attraktivität einer Region erhöhen. Dazu gehört beispielsweise die Zusammenarbeit im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sowie von internationalen Ausstellungen und Veranstaltungen (vgl. Europäische Kommission 2010d: 29).

Die Verbindung zwischen Kultur und Tourismus wird auch bei Betrachtung einer weiteren Aktion deutlich. So soll in Hinblick auf den Tourismus „das materielle und immaterielle Erbe wiederhergestellt, erhalten, entwickelt und gefördert werden“ (Europäische Kommission 2010d: 31). Schlösser können wiederhergestellt und alte Handwerke sowie traditionelle Festlichkeiten wiederbelebt werden. Eine Donau-Kulturstraße zu verwirklichen ist somit ein mögliches Projektbeispiel.

Ein Projektbeispiel beschäftigt sich mit der Überwachung von aufkommenden Reisezielen und sensiblen Gebieten. Konkret wird auf das Donaudelta eingegangen. Es sollen Kontrollmethoden zur Erhebung von Daten für die Tourismusstatistik entwickelt werden. Außerdem werden dabei Aktivitäten und Motive erfasst und Besuchermanagementsysteme an ökologischen Brennpunkten (wie im Donaudelta) eingerichtet (vgl. Europäische Kommission 2010d: 30).

Die wohl für die Diplomarbeit wichtigste Aktion trägt den Namen „Förderung von nachhaltigem Tourismus“. Dieser soll durch die Förderung von Bahn-/Bus-/Rad-/Schiffsangeboten umgesetzt und mit touristischen Attraktionen, wie dem Besuch von Natur und Kulturstätten, kombiniert werden (vgl. Europäische Kommission 2010d: 31). Die Verbindung zwischen Kultur und Tourismus ist hierbei wieder zu erkennen. Der Aktionsplan liefert nur ein Projektbeispiel für diese Aktion; „Unterstützung von grünen Wegen und Fahrradtourismus“. Es wird in diesem Zusammenhang auch deutlich gemacht, dass der Fahrradtourismus eine Form des nachhaltigen Tourismus sei und einen „Beitrag zur grenzüberschreitenden Entwicklung europäischer Regionen leisten [kann].“ (Europäische Kommission 2010d: 31). Außerdem wird erwähnt, dass der Fahrradtourismus

eine wachsende Bedeutung einnimmt und in Form regionaler und internationaler Fahrradrouen in der Region umgesetzt wird. Dabei spielt der geschichtliche Aspekt eine Rolle, da Radwege, wie der Iron Curtain Trail entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs verlaufen.

Es ist erkennbar, dass nachhaltiger Tourismus hierbei vor allem auf den ökologischen Faktor der Mobilität reduziert wird. Dabei spielt der Fahrradtourismus die Hauptrolle. Außerdem wird weniger auf neue Projektideen aufmerksam gemacht, sondern mehr auf bereits existierende Wege und Routen verwiesen. Es bleibt außerdem offen, in wieweit die Schiffsangebote nachhaltig gestaltet werden können (vgl. Europäische Kommission 2010d: 31).

(Nachhaltiger) Tourismus im PA3 Report vom Juni 2012

Nachdem nun die Mitteilung und der Aktionsplan in Bezug auf die Priority Area 3 näher untersucht wurden, soll jetzt der erste Bericht aus 2012 genauer beleuchtet werden. Dieser Bericht gilt als Zwischenbericht, in dem die Fortschritte, Probleme und Ziele beschrieben werden.

Neben den Koordinatoren aus Bulgarien und Rumänien, besteht die Steering Group aus drei Repräsentanten aus jedem Land, wobei ein Repräsentant im Kulturbereich und einer im Tourismusbereich angesiedelt ist. Die dritte Person repräsentiert das Außenministerium des jeweiligen Landes (Anonymus o.J.a: 1).

Laut dem Bericht, gab es bereits 5 PAC (Priority Area Coordinator) Treffen in 2011 und 2 PAC Treffen bis zum Erscheinen des Berichts im Juni 2012. Bei diesen Treffen wurden zunächst technische Details und organisatorische Belange, die die Zusammenarbeit zwischen den PACs betreffen, diskutiert. Außerdem wurde die Agenda für ein Kick-off Meeting ausgearbeitet und ein „Operation Plan“ entworfen. Des Weiteren wurden Informationen aus sieben Ländern (Österreich, Bulgarien, Kroatien, Deutschland, Ungarn, Slowakei und Serbien) zusammen getragen, da diese Informationen bezüglich ihrer nationalen Politiken im Tourismus und Kulturbereich bereitstellten (Anonymus o.J.a: 2).

Neben den PAC Treffen gab es auch drei Steering Group Treffen. Bereits nach dem die Mitglieder ihre Interessen im Zusammenhang mit der Donaunraumstrategie beim ersten Treffen zum Ausdruck gebracht haben, wurden beim zweiten Treffen die „Rules of Procedure for the SG, the targets of PA3 and the Labelling Criteria for EUSDR projects“

ausgearbeitet. Die Ziele der PA 3 wurden konkretisiert und lauten nun (Anonymus o.J.a: 4 f.):

- “1. „Develop a Danube Brand for the entire Danube Region based on already existing work.”
2. „Support the implementation of a harmonized monitoring system, dedicated to tourism, able to provide complete and comparable statistical data in all the 14 states part of EUSDR.”
3. “Develop new and support existing Cultural Routes relevant in the Danube Region.”
4. “Develop green tourist products along the Danube Region.”
5. “To create a ‘Blue Book’ on Danube cultural identity.”
6. “Ensure the sustainable preservation of cultural heritage and natural values by developing relevant clusters and networks of museums, interpretation and visitors centers within the Danube Region.”
7. “Promoting exchange and networking in the field of contemporary arts in the Danube Region.” “(Anonymus o.J.a: 4 f.)

Neben den Priority Area Coordinator und der Steering Group sind sogenannte “observers” involviert, welche für das Danube Competence Center, das Council of Danube Cities and Regions, das Baden Württemberg CODCR, die Danube Tourist Commission, das Collegium Hungaricum, die UNWTO und die Europäischen Kommission tätig sind (vgl. Anonymus o.J.a.: 5).

Herausforderungen

Die im Report genannten Herausforderungen betreffen zum einen die Teilnahme an den Steering Group Treffen und zum anderen die Projekte und deren Finanzierung. Bezüglich der Steering Group Treffen wird beschrieben, dass es nicht nur bei den Treffen an sich eine schwache Teilnahme, sondern auch beim Entscheidungsfindungsprozess gibt. Nur 8-9 Ländern steuern aktiv zur Erreichung der Ziele und zur Bewältigung des Kommunikationsprozess bei, welcher qualitative Entscheidungen hervorbringt. In diesem Zusammenhang wird erwähnt, dass die ökonomischen Bedingungen zwar nicht gerade günstig sind, eine aktive Beteiligung jedoch erwünscht ist (vgl. Anonymus o.J.a.: 10). Es wird außerdem auf den „strong expert and technical support from observer organizations who contribute enormously to the decision-making process“ hingewiesen (Anonymus o.J.a: 10). Dieses Zitat lässt vermuten, dass weniger die Mitgliedstaaten der

Donauraumstrategie am Entscheidungsprozess beteiligt sind, als externe Beobachter aus u.a. UNWTO, Europäische Kommission.

Bezüglich der Finanzierung wird klar gemacht, dass zum Zeitpunkt des Berichts 38 Finanzinstrumente in Form von Darlehen, Anleihen und Bürgschaften für die gesamte Donauregion zur Verfügung stehen. Zudem wird erläutert, dass die finanziellen Mittel nicht nur unter den vier verschiedenen „Säulen“ unterschiedlich verteilt sind, sondern auch unter den verschiedenen Ländern (Unterschiede gibt es vor allem zwischen Mitgliedstaaten und Nicht-Mitgliedstaaten) (vgl. Anonymus o.J.a: 10). Im Bericht wird außerdem darauf aufmerksam gemacht, dass sich zum Zeitpunkt des Berichts (Juni 2012) 88% der Projekte noch in „Idee“ oder „Vorbereitungsphase“ befanden. Dies macht deutlich, dass ein starker „initial support“ für die Projektideen gebraucht wird. Außerdem muss Hilfe bei der Vorbereitung der Projekte, beim Prozess der Projektanträge und beim Erfüllen der EU Richtlinien bereitgestellt werden. Um Überschneidungen mit dem JASPERS Unterstützungsprogramm zu vermeiden, werden Projekte berücksichtigt, welche eine Budgetkapazität von weniger als 25 Millionen Euro haben (vgl. Anonymus o.J.a:10 f.).

Verlauf und Arbeitsfortschritt bei der Förderung des nachhaltigen Tourismus

In einem weiteren Schritt erläutert der Bericht die einzelnen Fortschritte und Meilensteine je nach Ziel. Dieser Abschnitt ähnelt dem Aktionsplan, jedoch werden Projekte konkreter angeführt und präzisiert. Auch wenn es interessant wäre alle Ziele zu betrachten, soll ausschließlich auf das Ziel „Develop green tourist products along the Danube Region“ und genauer die Aktion, den nachhaltigen Tourismus zu fördern („to promote sustainable tourism“), untersucht werden. Hierbei werden die unterschiedlichen Maßnahmen und Projekte angeführt.

Dabei soll zum einen ein Fahrradrouthenetzwerk etabliert werden. Es sollen die bereits bestehenden Routen verbunden und touristische Attraktionen in den jeweiligen Routenabschnitten etabliert werden. Dabei sollen auch themenspezifische Routen eine Rolle spielen. Projekte könnten sich demzufolge mit dem Aufbereiten der bestehenden Routen oder mit dem Ersetzen bzw. Erweitern der Beschilderung beschäftigen. Darüber hinaus können neue Routen etabliert werden um das Netzwerk zu erweitern (vgl. Anonymus o.J.a: 20). Neben dem Fahrradrouthenetzwerk sollen Wanderrouten entstehen. Auch hier soll ein Netzwerk etabliert werden, welches ein komplexes touristisches Angebot mit einschließt. Ähnlich wie bei den Fahrradrouthen, sollen Projekte dafür sorgen,

dass bestehende Routen ausgebaut, erneuert und die Beschilderungen und Informationstafeln verbessert bzw. erneuert werden. Auch hier sollen themenbasierte Routen entstehen, die das Netzwerk weiter verbinden. Verantwortlich für den Aufbau eines Fahrradrouthenetzwerks und Wanderrouthen sind sowohl die Steering Group Mitglieder, die Ministerien, welche für die Verteilung der EU Fonds verantwortlich sind, sowie Partnerorganisationen. Für beide Vorhaben ist eine Deadline mit Datum 31.12.2016 gesetzt worden (vgl. Anonymus o.J.a: 21). Um die Aktion „den nachhaltigen Tourismus zu fördern“ wird eine weitere Maßnahme beschrieben, welche dafür sorgen soll, dass das natürliche und kulturelle Erbe an die Routennetzwerke angebunden wird. Ziel ist es, dass verschiedene Museen, geologische Orte, natürliche „Schätze“ und andere touristische Attraktionen „organic parts of the networks“ werden (Anonymus o.J.a: 21). Projekte könnten sich mit der Herausarbeitung, Identifizierung und Skizzierung von Gebieten beschäftigen, die für mögliche Netzwerkteilnehmer (Museen, kulturellen Institutionen etc.) von Relevanz sind. Darüber hinaus soll eine Datenbank eingerichtet und somit ein weiteres Netzwerk für mögliche Teilnehmer geschaffen werden. Verantwortlich dafür sind die Steering Group Mitglieder, sowie die jeweiligen Ministerien, welche für den Tourismus verantwortlich sind. Die Deadline hierbei ist der 31.12.2017 (vgl. Anonymus o.J.a: 21). Dieses Netzwerk soll in einem weiteren Schritt nun gefördert und beworben werden. Es ist wichtig, dass die verschiedenen Bestandteile nicht isoliert voneinander, sondern als komplexe Einheit funktionieren. Fördernde gemeinsame Kampagnen und eine gemeinsame Marke (Danube Brand) sind notwendig, um thematische Events und deren Koordinierung implementieren zu können (vgl. Anonymus o.J.a: 21). Die Projekte, welche in diesem Zusammenhang beschrieben werden, richten sich zum einen an die Entwicklung einer gemeinschaftlichen Kampagne (beispielsweise durch eine einheitliche Webseite oder durch verschiedene social networking Seiten) und zum anderen an die Gestaltung eines Themas oder Leitmotivs der Events. Als Output soll die Implementierung eines gemeinsamen Image und Werbeaktivitäten gelten und darüber hinaus sollen thematische Events abgehalten werden. Für diese Projekte sind die Steering Group Mitglieder, die Ministerien für Tourismusangelegenheiten, die Organisationen für das Tourismusmarketing, also auch andere Stakeholder, zuständig. Als Deadline wurde der 31.12.2018 festgelegt (vgl. Anonymus o.J.a: 22).

Der Report liefert auch eine Liste von Projekten, welche mit der Aktion „to promote sustainable tourism“ verbunden sind. Zum Zeitpunkt des Berichts werden folgende

Projekte genannt. Ihr Status variiert zwischen preparation phase, application phase und ongoing und ohne genauere Bezeichnung;

- “Green tourism sustainable development in the Ukrainian Danube
 - Danube Hike, Hiking in the Danube Region (ongoing)
 - TOURNET
 - TRANSDANUBE (application phase)
 - Establishment of a biosphere park, Danube, Drava, Mur river (preparation phase)”
- (Anonymus o.J.a: 22)

Es fällt auf, dass sehr wenige präzise Projekte aufgelistet werden. Dies kann sich zwischenzeitlich selbstverständlich geändert haben. Eine Liste von aktuell-laufenden Projekten ist jedoch auf der Homepage der PA3 (zum Zeitpunkt Oktober 2013) nicht zu finden. Um dennoch einen Einblick in die Projektarbeit zu liefern, wurde ein Projekt aus der obenstehenden Liste ausgewählt und soll in einem weiteren Kapitel erläutert werden. Hierbei soll vor allem die Rolle des nachhaltigen Tourismus betrachtet werden.

(Nachhaltiger) Tourismus im PA3 Report vom Juni 2013

In dem aktuellen Bericht von 2013 wird ebenfalls auf bereits Erreichtes hingewiesen. Allgemein wird deutlich gemacht, dass die Priority Area 3 auf einem stabilen und sicheren Weg zur Zielerreichung ist (vgl. Anonymus o.J.b: 2). Dabei wird ebenfalls hingewiesen, dass ein Netzwerk mit unterschiedlichsten Akteuren aufgebaut worden ist. Darunter ist die UNWTO oder auch die GIZ. Positiv wird vermerkt, dass die Priority Area zu den Zielen der Donauraumstrategie, vor allem im Bereich der Förderung von Wachstum und Kohäsion der Region. Es werden Projekte genannt und auch auf die politische sowie technische Unterstützung aufmerksam gemacht (vgl. Anonymus o.J.b: 2). Es wurde an der Verbesserung des Informationsaustausches beispielsweise zwischen PACs und im Rahmen der Steering Group Meetings gearbeitet. Auch an der Anerkennung und der Bewusstseinsbildung wurde gearbeitet (vgl. Anonymus o.J.b: 5). Außerdem sollen Initiativen mit Kulturschwerpunkt verstärkte Aufmerksamkeit erhalten. Klar wird aber auch, wie im letzten Report, dass die finanziellen Mittel immer noch eine Herausforderung darstellen. Besonders deutlich wird dies in den Zielen „to develop a Danube brand for the entire Danube Region” und “to support the implementation of a harmonized monitoring system”, welche eine verstärkte gemeinschaftliche Mühe voraussetzen (vgl. Anonymus o.J.b: 3). Auf diese zwei Ziele wird auch konkreter eingegangen. Ziel 1 wird auf

verschiedene Treffen mit der UNWTO hingewiesen, welche Methoden, Analysen und Vorgehensweisen thematisierten. Im Ziel 2 wurde ebenfalls mit der UNWTO beraten und neben der Durchführung eines Workshops, wurde ein Aktionsplan erarbeitet. Auch auf das Ziel 3 „develop new and support existing Cultural Routes relevant in the Danube Region“ wird kurz Bezug genommen. Es werden Gespräche über eine Weinroute oder eine Romans Emperors‘ Route geführt. Ein neues Projekt unter dem Namen DanubeFOOD wird ebenfalls erwähnt. Bei diesem Projekt soll die Verbindung zwischen Essen und Kultur hergestellt und auch im Rahmen von Touren umgesetzt werden (vgl. Anonymus o.J.b: 7ff.) Auf die anderen Ziele wird so gut wie gar nicht eingegangen, da die Arbeit für diese Ziele erst im zweiten Halbjahr von 2013 anvisiert ist (vgl. Anonymus o.J.: 9). Es werden für Ziel 1 und 2 Roadmaps angeführt, auf welche aber hier nicht näher eingegangen werden sollen. Allgemein ist zu beobachten, dass der neue Bericht sehr viel kürzer und übersichtlicher gestaltet ist. Es macht den Eindruck, dass zahlreiche Treffen stattfanden und somit auch der Austausch der unterschiedlichen Akteure gefördert wurde.

10.1 TRANSDANUBE

Transdanube- Sustainable Transport and Tourism along the Danube (kurz *Transdanube*) ist ein Projekt, welches der Priority Area 3 zugeordnet ist und vom South East Europe Transnational Cooperation Programme (SEE) gefördert wird. Dieses ist wiederum von der Programmperiode 2007-2013 finanziert. Das Projekt wurde im Oktober 2012 gestartet und läuft bis September 2014. *Transdanube* kann ein Projektbudget von rund 2,5 Millionen Euro aufweisen. Dieses teilt sich wie folgt auf:

- “ERDF contribution rate: 85% - total 1,799,053.77 EUR
- IPA contribution rate: 85% - total 216,322.28 EUR
- 20% flexibility rule rate: 8,75% - total 185,095.80 EUR” (Transdanube 2013)

Projektverantwortlich ist das österreichische Umweltbundesamt. Insgesamt sind 49 Projektpartner(-organisationen) an *Transdanube* beteiligt. Davon kann das Projekt 14 Finanzpartner und 35 zusätzliche Partner inklusive Beobachter aus den EU Mitgliedstaaten vorweisen. Serbien und Kroatien sind die einzigen teilnehmenden Nicht-EU-Mitgliedstaaten (vgl. Transdanube 2013).

Diese und folgende Informationen konnten zum einen der Website des Projekts sowie einem darauf veröffentlichten Dokument mit dem Titel „Common Methodology. Handbook for the thematic work in the project *Transdanube*“ entnommen werden.

Transdanube hat zum Ziel, die nachhaltige Mobilität entlang der Donau (einschließlich Zug-, Bus-, Fahrrad- und Schiffsverkehr) zu entwickeln, um das Konzept des nachhaltigen Tourismus in der gesamten Donauregion zu ermöglichen und zu fördern. Es sollen dabei die touristischen Angebote in ökologisch verträgliche Verkehrslösungen mit eingebunden werden (vgl. Umweltbundesamt o.J.). Die Erreichbarkeit und die Verbindung von touristischen Städten und Regionen entlang der Donau anhand von umweltverträglichen Mobilitätskonzepten sind von zentraler Bedeutung. „Ein Schwerpunkt liegt darauf, Möglichkeiten aufzuzeigen und zu entwickeln, um umweltfreundlich in Naturschutzgebiete und andere touristisch interessante Gegenden zu gelangen.“ (Umweltbundesamt o.J.) Damit sollen auch das Bewusstsein, das Wissen und die Förderung von nachhaltiger Mobilität in der Donauregion gesteigert werden.

Die schlechte Erreichbarkeit der Donauregion, sowie das Transportangebot sollen verbessert werden, damit sich die Donauregion unter anderem ökonomisch entwickeln und wachsen kann. Profitieren wird die Region vor allem davon, dass Touristen die Möglichkeit haben werden, die Destinationen auch im Hinterland der Donau zu erreichen. Nachhaltige Transportangebote sollen die Treibhausgase, Emissionen, Lärm und Verschmutzungen reduzieren. Dies steigert, so *Transdanube*, sowohl die Qualität und den Wert der gesamten Region sowie die Lebensqualität der AnwohnerInnen.

Da Tourismus eng mit dem Transportwesen verknüpft ist, verfolgt das Projekt einen sektorenübergreifenden Ansatz. Es macht außerdem deutlich, dass an diesem Projekt regionale, nationale und transnationale Stakeholder involviert sein müssen, um den Erfolg des Projekts zu garantieren.

Das Projekt ist sich über einige Herausforderungen und Probleme bereits bewusst und erläutert diese. Zum einen sind die wichtigsten und bedeutsamsten Städte sowie die touristischen Attraktionen in ihrer Nähe nur mit der Straße verbunden. Regionen sind darüber hinaus auch nicht an internationale Netzwerke angeschlossen oder mit anderen Regionen verbunden. Es herrscht ein Informationsdefizit, was die touristischen Attraktionen und die Transportangebote angeht. Außerdem ist das Bewusstsein für

nachhaltige Mobilität niedrig und es fehlt ein kohärentes Konzept, welches die Regionen verbindet und gleichzeitig den Tourismus berücksichtigt.

In dem Handbuch wird der Handlungsbereich des Projekts näher beschrieben (vgl. Environment Agency Austria 2013: 15):

1) *Transdanube* konzentriert sich nur auf die nachhaltige Mobilität von Personen, nicht auf den Transport von Frachten.

2) *Transdanube* konzentriert sich auf Energieeffizienz und kombinierte Verkehrsträger wie Zug, Bus, Fahrrad und Schiff.

3) *Transdanube* konzentriert sich auf nachhaltigen Tourismus, welcher die derzeitigen und zukünftigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen von Tourismus berücksichtigt.

4) *Transdanube* konzentriert sich auf Besucher die übernachten, sowie Tagestouristen.

5) *Transdanube* konzentriert sich auf touristische Ausflüge und Reisen zu touristischen Attraktionen. Dabei werden keine Geschäftsreisen oder Fahrten zum Arbeitsplatz, Schule oder Einkauf berücksichtigt.

6) *Transdanube* Partner berücksichtigen bei ihrer Auserarbeitung von nachhaltigen Mobilitätsangeboten die gesamte Tourismus-Service-Kette.

7) *Transdanube* konzentriert sich auf Ausflüge von verkehrstechnischen Knotenpunkten zu touristischen Attraktionen in der umliegenden Region (bis zu max. 50 Kilometer) (vgl. Environment Agency Austria 2013: 15).

Das Projekt ist so konzipiert, dass die Regionen auf ihre Gegebenheiten zunächst analysiert werden müssen. Unterschiede zwischen den Regionen im oberen und unteren Flussabschnitt der Donau sind klar zu erkennen. Deshalb muss eine einheitliche Basis erst geschaffen werden. Dafür ist es notwendig, Informationen über das Transport- und das Tourismussystem in den jeweiligen Regionen zu erhalten. Entwicklungspläne, laufende Projekte und finanzielle Gegebenheiten müssen analysiert werden, um in einem weiteren Schritt die Entwicklung von nachhaltigen Transport- und Mobilitätsangeboten voran zu treiben. In dieser Phase wird eine „common vision“ entwickelt, welche die Ansätze in der Entwicklung von nachhaltigen Mobilitätsangeboten zusammenfasst. Diese Vision liefert

ein gemeinsames Verständnis über das Konzept der nachhaltigen Mobilität und Prinzipien, wie das Konzept in die Entwicklung des touristischen Angebots entlang der Donau implementiert werden soll (vgl. Environment Agency Austria 2013: 31 f.). Anhand dieser Vision können in einem nächsten Schritt die regionalen Aktionspläne ausgearbeitet werden. Diese basieren auf den bereits durchgeführten Analysen und sollen in Kooperation mit VertreterInnen aus Tourismus und Transport, anderen Geschäftsbereichen und Stakeholdern sowie mit „local people“ ausgearbeitet werden. Darüber hinaus sollen die Aktionspläne in die bereits existierenden regionalen und nationalen Planungsdokumente integriert werden (vgl. Environment Agency Austria 2013: 37). Sie enthalten eine regionale Strategie, wie nachhaltige Mobilität in der Region umgesetzt werden kann sowie einen Implementierungsplan. Mit diesen Aktionsplänen können dann in einem nächsten Schritt die konkreten nachhaltigen Mobilitätsangebote entwickelt werden. Dabei werden die Prinzipien der nachhaltigen Mobilität berücksichtigt. Bei dieser Phase wird mit Matrizen gearbeitet, die zum einen die Transportmittel berücksichtigen und zum anderen den Status im Planungsprozess. In dieser Phase führen die Partner „feasibility studies, realization concepts (=business cases) and demonstrations of selected pilot actions“ (Environment Agency Austria 2013: 31) durch. In der „feasibility study“ werden Stärken/Schwächen/Möglichkeiten/Gefahren eines geplanten Projekts sowie auch die Einschätzung über den Projekterfolg beschrieben. Sollte dieses Projekt/Aktion als durchführbar gelten, wird ein realization concept angefertigt. Dieser detaillierte Durchführungsplan enthält eine Ausgabeneinschätzung, Finanzierungsmöglichkeiten und Finanzierungsalternativen (vgl. Environment Agency Austria 2013: 70). Sind diese Überlegungen abgeschlossen, geht es zur konkreten Durchführung eines Projektes. Die Mobilitätsangebote sollen verschiedene Kriterien erfüllen. So sollen sie sicher, verlässlich, ansprechend, sozial gerecht, erschwinglich und nachhaltig sein. Darüber hinaus sollen sie einen bequemen und angenehmen Transportservice beinhalten sowie die nötigen Informationen mittels moderner Kommunikationsmedien (wie Ipad, Google Navigation etc.) bereitstellen (vgl. Environment Agency Austria 2013: 42).

Die Erfahrungen in der Implementierungsphase sowohl auf transnationalem sowie auf regionalem Level werden in Handbüchern festgehalten, um damit die Übertragbarkeit der Outputs in andere Regionen (sowie gewünscht) zu gewährleisten. Anhand dessen kann das Konzept der nachhaltigen Mobilität im Tourismus vorgebracht werden (vgl. Environment Agency Austria 2013: 31). Darüber hinaus sollen alle Aktivitäten einem transnationalen/cross-border Ansatz gerecht werden. Wissenstransfer von Know-How,

Informationen in unterschiedlichen Sprachen etc. sollen dabei eine übergeordnete Rolle spielen.

Eine weitere Phase betrifft das Marketing der neuen und der bereits bestehenden Transportangebote. Es werden Marketingstrategien in den jeweiligen Regionen entwickelt, welche den nachhaltigen Tourismus fördern sollen. Mit Grundlage dieser Strategien, sollen in einem nächsten Schritt gezielte Aktivitäten etabliert und implementiert werden. In diesem Bereich spielt die „tourism mobility information system“ eine wichtige Rolle. Es sollen digitale Karten, eine gemeinsame Plattform und ein transnationales Framework entwickelt werden, welche über die touristischen Attraktionen Auskunft geben und vor allem, wie Touristen und BewohnerInnen nachhaltig dorthin gelangen. Weiters sollen Mobilitätspakete etabliert werden, die das Bewusstsein für nachhaltigen Tourismus fördern. Spezielle Angebote wie das Besuchen von zwei Ländern zu einem speziellen Tarif oder ein Danube Transport Ticket, bei welchem die BesucherInnen sowohl Zug/Schiff/Bus so nutzen können, als wäre es eins. Es soll dann auch spezielle Trainings geben, die auf das Entwickeln solcher Pakete spezialisiert sind (vgl. Environment Agency Austria 2013: 61). Marketingaktivitäten wie Beschilderungen, Infokampagnen etc. sollen ebenfalls eingerichtet werden. Auch Informationspunkte soll es geben, damit Touristen nicht nur über das touristische Angebot, sondern auch über die Transportmittel Näheres erfahren. Workshops sollen Angestellte und lokale Arbeitskräfte für dieses Thema sensibilisieren und ihnen die Möglichkeit geben, die gewonnenen Informationen an BesucherInnen weiter zu geben. *Transdanube* will jedoch nicht nur das Bewusstsein der BesucherInnen bzw. der Touristen für nachhaltige Mobilität stärken, sondern auch das der lokalen Bevölkerung. Dafür ist eine Kooperation mit lokalen Stakeholdern von Nöten. Wie bereits in einem früheren Kapitel, ist auch bei *Transdanube* die Zertifizierung wichtig. Spezielle Standards in den unterschiedlichen Bereichen können so für Touristen erkenntlich sein. Diese Zertifizierungen, wie das EU Ecolabel, können dann auch die Bemühungen/den Aufwand der jeweiligen Stakeholder kenntlich machen und ihre Marktposition im Vergleich zu anderen „mainstream“ Destinationen ausbauen (vgl. Environment Agency Austria 2013: 66).

Eine abschließende Grafik veranschaulicht zum einen die Phasen während des *Transdanube* Projekts und zum anderen den Top-Down bzw. Bottom-Up Ansatz. Diese Kombination von Top-Down und Bottom-Up Ansatz soll eine erfolgreiche Implementierung der geplanten Aktivitäten sichern (vgl. Environment Agency Austria 2013: 6).

Abb. 9: Transdanube Projektebenen



Quelle: Environment Agency Austria (2013)

Bei dieser Darstellung fällt auf, dass das Wissen der lokalen Bevölkerung und die Erfahrungen aus früheren Projekten bei der Entwicklung von Transport- und Mobilitätsangeboten einfließen sollen (Bottom- Up). Der Top-Down Ansatz startet bereits bei der Analyse, bei der Vision, bei den Aktionsplänen und bei der Marketingstrategie.

Wie bereits erwähnt, wurde *Transdanube* im Oktober 2012 gestartet und wird bis September 2014 andauern. Die Phase der Analyse sollte von November 2012 bis Ende April 2013 andauern. Zwischenzeitlich sollte Anfang April 2013 die Phase der Angebotsentwicklung und des Marketing beginnen. Über die komplette Projektdauer sind die Stakeholder involviert, finden Evaluierungen statt und das Projektmanagement sowie die Kommunikation/Weitergabe von Wissen/Erfahrungen etc. werden kontinuierlich durchgeführt (vgl. Environment Agency Austria 2013: 19).

Dieses Projekt wurde im Rahmen dieser Diplomarbeit deshalb vorgestellt, weil es verschiedene Punkte umfasst, auf welche bereits Bezug genommen wurde. Mit diesem Projekt wird deutlich, wie Tourismus mit anderen Themenschwerpunkten verknüpft ist. Hier steht die nachhaltige Mobilität im Vordergrund. Dieses Verkehrsprojekt soll die nachhaltige Mobilität fördern und kann somit nicht nur einen Einfluss auf die Erreichbarkeit der Region, sondern vor allem auch auf die Etablierung eines nachhaltigen Tourismus haben. Nachhaltigkeit spielt auch hier eine bedeutsame Rolle und auf die verschiedenen Dimensionen wird versucht, einzugehen. Auch Zertifizierungen und Vermarktungskonzepte sollen in dem Projekt Anwendung finden. Darüber hinaus wird durch das Projekt noch einmal verdeutlicht, wie wichtig die Kooperation zwischen den einzelnen Akteuren ist. Dabei soll auch die lokale Bevölkerung miteingebunden werden.

11 Vergleich (nachhaltiger) Tourismus in der Ostsee- und Donaoraumstrategie

Beide Strategien haben sich das Ziel gesetzt, den (nachhaltigen) Tourismus in den jeweiligen Regionen zu fördern. Für beide stellt der Tourismus eine Möglichkeit für die Entwicklung der Regionen und einen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dar. In der Donaoraumstrategie wird Tourismus unter der Priority Area „Förderung von Kultur und Tourismus und von zwischenmenschlichen Kontakten“ thematisiert. In der Ostseeraumstrategie heißt die Priority Area „Tourism – Reinforcing cohesiveness of the macro-region through tourism“. Anhand der Bezeichnung der Schwerpunktbereiche könnte angenommen werden, dass in der Ostseeraumstrategie Tourismus einen höheren Stellenwert erhält, da dieser eine explizit eigene Priority Area darstellt und nicht wie in der Donaoraumstrategie, mit Kultur und zwischenmenschlichen Kontakten gemeinsam thematisiert wird. Dies wäre jedoch zu kurz gegriffen. Es sind sowohl Gemeinsamkeiten, als auch Unterschiede in beiden Strategien zu erkennen. Obwohl in der Donaoraumstrategie mehr Projektbeispiele und Aktionen bezüglich des Tourismus ausgemacht werden können, kann nicht gesagt werden, dass eine Strategie dem Tourismus einen höheren Stellenwert beimisst, als die jeweils andere. Dafür wäre eine konkrete Anzahl von durchgeführten Projekten von großer Bedeutung und natürlich auch, wie der (nachhaltige) Tourismus in beiden Strategien finanziell gefördert wird. Zuverlässige Daten diesbezüglich können in diesem Rahmen jedoch nicht angeführt werden. Es sollen trotzdem anhand von den Aktionsplänen und den Mitteilungen vergleichende Aspekte herausgearbeitet werden. Dabei wird auf die Aktionen und auf die Projektbeispiele Bezug genommen. Die Betrachtung und genaue Auseinandersetzung der entwickelten Aktionspläne ist hier besonders interessant, da die anvisierten Ziele und Vorstellungen damit schriftlich fixiert wurden. Anhand dieser könnten in der Zukunft Veränderungen und Vergleiche zwischen Erreichtem und Nicht-Erreichtem angeführt werden.

Wie bereits erwähnt, ist die Förderung von Tourismus ein Aspekt beider Strategien. Auch der nachhaltige Tourismus findet in beiden Strategien seine Anwendung. In der Ostseestrategie wird einführend die Bedeutung von Tourismus für die Europäische Union näher gebracht. In einem weiteren Schritt wird auf die Ostseeregion eingegangen. Dabei werden bestehende Initiativen im Ostseeraum genannt und auf den grenzüberschreitenden Charakter hingewiesen. In der Donaoraumstrategie wird einführend lediglich auf den

Donauraum und seine Besonderheiten eingegangen. Ein wesentlicher Unterschied beider Strategien besteht jedoch darin, dass die Ostseestrategie Ziele und Indikatoren definiert. Das Ziel der kooperativen Dimension soll es sein, für alle Ostseestaaten Austausch- und Networkingmöglichkeiten zu tourismusrelevanten Themen zu etablieren. In der politischen Dimension soll das Ziel sein, die Anzahl von verfügbaren Tourismusstrategien und Dokumenten zu erhöhen. Dabei sollen nicht nur allgemeine Strategien, sondern auch Dokumente mit spezifischen Aspekten des Tourismus geliefert werden (vgl. Commission of the European Communities 2013:143). Die Indikatoren der kooperativen Dimension sind die Anzahl von Foren (z.B. Konferenzen, Workshops etc.), an welchen Stakeholder der Ostseestaaten teilnehmen und diese im Dialog einer tourismusbezogenen Kooperation stehen. Für die politische Dimension gilt als Indikator die Anzahl der gemeinsam entwickelten Strategien oder Dokumente bezüglich des Tourismus in der Ostseeregion (vgl. Commission of the European Communities 2013:143). Solche konkreten Ziele mit Indikatoren fehlen in der Donauraumstrategie vollkommen. Allerdings liefert die Donauraumstrategie einen finanziellen Überblick, wie viel Geld dem Tourismus und den jeweiligen Unterthemen zugeteilt werden soll (laut Aktionsplan 6,7 Mrd. EUR). Ein weiterer Unterschied beider Strategien liegt darin, dass bei der Ostseestrategie lediglich das deutsche Bundesland Mecklenburg- Vorpommern für die Priority Area Tourismus zuständig ist. Bei der Donauraumstrategie sind es zwei Staaten- Rumänien und Bulgarien.

In der Ostseestrategie werden auch lediglich zwei Aktionen und 4 konkrete beziehungsweise mögliche Flagship Projekte definiert. Die Donauraumstrategie beschreibt im Aktionsplan dagegen 11 Aktionen, welche allein auf den Tourismus bezogen sind. Dazu liefert die Donauraumstrategie im Aktionsplan 14 Projektbeispiele. Die Ostseestrategie ist dadurch sehr viel „schlanker“ und konzentriert sich auf wenige Aktionen und wenige Flagship Projekte. Die zahlreichen Projektbeispiele der Donauraumstrategie zeigen unterschiedlichste Ideen, wie der Donauraum touristisch aufgewertet werden kann. Da es sich allerdings „nur“ um Projektbeispiele handelt, sind die Ziele, welche in dem PA3 Report festgelegt wurden, eventuell aufschlussreicher (siehe obiger Abschnitt). Darin wird klar, dass eine Marke „Donau“ etabliert und ein „grünes“ Tourismusangebot entwickelt werden soll.

Die Verbesserung des grenzüberschreitenden Austauschs ist sowohl in der Ostseeraum- als auch in der Donauraumstrategie ein wichtiger Faktor. Beide Strategien machen somit auf die Kooperation zwischen verschiedenen Stakeholdern aufmerksam. Der

Erfahrungsaustausch ist für beide sehr wichtig, wobei in der Ostseestrategie dies als Aktion klar gekennzeichnet ist. Darüber hinaus werden in beiden Strategien die Verbindung zwischen Kultur und Tourismus hergestellt, wobei diese Verbindung in der Donaoraumstrategie stärker zum Ausdruck kommt. Grund dafür kann sein, dass Kultur und Tourismus in einer Priority Area zusammengefasst sind. Beide Strategien verankern Kultur und Tourismus in konkreten Aktionen. Die Ostseestrategie entwickelt dafür beispielsweise Datenbanken, welche für verschiedene Akteure zugänglich ist. Die Donaoraumstrategie zielt ebenfalls auf die Bereitstellung statistischer Daten und auf ein harmonisiertes Monitoring System im Bereich Tourismus ab. In der Donaoraumstrategie werden weitere kulturell relevante Aspekte mit dem Tourismusschwerpunkt als klare Ziele definiert. Kulturrouten, eine kulturelle Identität oder der Austausch im Bereich von zeitgenössischen Kunstformen sollen hier gefördert werden.

In der Donaoraumstrategie werden Projektbeispiele genannt, welche die Etablierung von transnationalen Tourismuspaketen zum Ziel haben. Kombinierte Bahn-Rad-Schiffsreisen entlang der Donau beispielsweise. Schiffsreisen sollen sowohl in der Ostseestrategie als auch in Donaoraumstrategie gezielt gefördert werden. Auch die Verbindung zwischen Landausflügen und Schiffsreisen wird bei beiden Strategien anvisiert. Die Donaoraumstrategie zählt im Aktionsplan noch weitere Arten von Tourismus auf, welche gefördert werden (Wellness- oder Aktivitätstourismus z.B.) sollen. Weiters sollen sich im Rahmen der Donaoraumstrategie mögliche Projekte mit der Überwachung von aufkommenden Reisezielen beschäftigen.

Wie konkret nun der *nachhaltige* Tourismus umgesetzt werden soll, unterscheidet sich ein wenig. In der Donaoraumstrategie ist die Einführung von Qualitätslabels eine mögliche Maßnahme. Diese werden in der Ostseestrategie nicht angeführt. Stattdessen sollen in der Ostseestrategie verschiedene Strategien bezüglich des nachhaltigen Tourismus entwickelt und kommuniziert werden. Dies führt uns zu der Auseinandersetzung von Theorie und Praxis von nachhaltigem Tourismus. In Kapitel 7 wurde bereits auf theoretische Überlegungen von nachhaltigem Tourismus hingewiesen. Unterscheiden sich diese von den Zielen der makroregionalen Strategien? Betrachtet man nun die verschiedenen Dimensionen, so kann gesagt werden, dass nahezu alle Dimensionen wenigstens annähernd in die makroregionalen Strategien einbezogen werden. Wie stark jedoch, hängt von den jeweiligen Projekten ab, welche die Ziele der Strategien umsetzen sollen. Die Strategien an sich nehmen aber vor allem auf die kulturelle Dimension und die ökonomische Dimension Bezug. Ein Image soll mit kulturellen Aspekten in den Regionen entwickelt werden.

Problematisch kann dies nur werden, wenn sich die Kultur in den Tourismus integriert. Durch die Vermarktung zahlreicher Tourismusangebote soll die Wirtschaft der Region angekurbelt werden. Wie nachhaltig diese sind, bleibt aber fraglich und kann wohl erst in einigen Jahren bewertet werden. Vor allem soll ein wirtschaftlicher Wohlstand erreicht werden. Dafür ist es von Nöten, dass vor allem die Bevölkerung davon profitiert. Die ökologische Dimension soll in verschiedenen „grünen“ Tourismusangeboten (Fahrradtourismus, Wandertourismus) Anwendung finden und Strategien sollen entwickelt werden. Auf die soziale Dimension wird ebenfalls versucht einzugehen, da die Kooperation mit der lokalen Bevölkerung anvisiert wird und ein Austausch stattfinden soll. Der Austausch auf verschiedenen Ebenen und die Erreichbarkeit von Informationen sollen ebenfalls in den Strategien angestrebt werden. Diese intergenerative Dimension beinhaltet die partnerschaftliche Entwicklung von Projekten, welche ebenfalls anvisiert wird.

Es soll zusätzlich kurz auf die Internetpräsenz beider Strategien bezüglich des Tourismus Bezug genommen werden. Dabei ist auffällig, dass bei der Donauraumstrategie eine Website erstellt wurde, auf welcher alle Priority Areas präsent sind. Wenn man dann auf die Priority Area „Tourism“ gelangt, überrascht eine relativ „spärliche“ Website.⁷ Auf einige Bereiche hat man nur mit einer Vorregistrierung Zugang. Es ist außerdem auffällig, dass auch im Oktober 2013 noch keine Projektliste zu tourismusrelevanten Themen angezeigt werden kann, obwohl sich ein Link „projects“ auf der Website befindet. Es ist lediglich ein Hinweis „in construction“ zu finden. Darüber hinaus findet man unter „News & Announcements“ den Hinweis auf ein Steering Group Meeting, welches bereits am 22. November 2012 stattfinden sollte. Die Website scheint nicht sehr oft aktualisiert oder bearbeitet zu werden. Dies ist problematisch, wenn die Öffentlichkeit über Projekte oder Ähnliches Informationen beziehen möchte und dies aus solchen Gründen nicht möglich ist. Die Ostseestrategie liefert dagegen eine Website, welche weitaus übersichtlicher ist.⁸ Es wird auf aktuelle Veranstaltungen hingewiesen, es gibt einen umfassenden Downloadbereich und reichliche Informationen, die beispielsweise die jeweiligen Flagship Projekte betreffen. Dabei ist auffällig, dass die Ostseestrategie neben den drei bereits existierenden Flagship Projekten ein weiteres Flagship Projekt in Planung hat. Dieses bezieht sich auf den Maritim- und den Küstentourismus. Auch hier scheint es, dass die Ostseestrategie in dieser Hinsicht aktiver ist.

⁷ <http://groupspaces.com/CultureTourism/> [Zugriff 29.10.2013]

⁸ http://www.baltic-sea-strategy-tourism.eu/cms2/BSST_prod/BSST/en/start/index.jsp [Zugriff 29.10.2013]

12 Schlussfolgerungen

Beide Strategien haben genug Elemente geliefert, um einen Vergleich durchführen zu können. Dabei fiel auf, dass die Ziele beider Strategien sehr vielversprechend und breit gefächert sind. Beide Strategien sind sehr komplex und es mag schwer vorstellbar sein, wie viele Personen darin involviert sind. Die Vorsätze der Strategien hören sich sehr positiv an. Auch die Tatsache, dass keine neuen Institutionen, keine neuen Rechtsvorschriften und keine zusätzlichen finanziellen Mittel aufgewendet werden sollen, liefert kaum „Angriffsflächen für rechtliche und politische Einwände.“ (Schymik 2011a: 29) Leider kommt in allen Bereichen zum Vorschein, dass die finanzielle Ausstattung wohl die größte Herausforderung darstellt und Gelder für diverse Meetings und Veranstaltungen zusätzlich aufgebracht werden müssen. Die Problematik der finanziellen Ressourcen kommt auch in der genauen Betrachtung der Fortschrittsberichte des (nachhaltigen) Tourismus in der Donaoraumstrategie immer wieder zum Vorschein. Es zeigt sich außerdem, dass durch die Etablierung verschiedener Gremien (z.B. der Hochrangigen Gruppe) bereits Ansätze neuer Verwaltungsstrukturen gemacht wurden. Durch die Beeinflussung verschiedener Bereiche ist es außerdem fraglich, ob wirklich keine neuen Rechtsvorschriften geschaffen wurden? Auch der Tourismus steht in Verbindung mit Bereichen wie Verkehr, Umwelt oder Landwirtschaft. Veränderungen in rechtlichen Bestimmungen sind nicht auszuschließen. Es muss sich darüber hinaus die Frage gestellt werden, wie hoch der Output sein wird, wenn die (finanziellen) Möglichkeiten weiter eingeschränkt bleiben? Da dadurch auch klarerweise die Umsetzung von Projekten eingeschränkt wird, laufen die Strategien Gefahr, ihre „hohen“ Ziele nicht erreichen zu können. Um zu wissen, inwiefern die Ziele erreicht werden, sollten Fortschritte und Erfolge messbar sein. Dafür sind im Tourismus und in allen anderen Bereichen Richtwerte oder Indikatoren wichtig. In diesem Punkt unterscheiden sich die beiden Strategien voneinander. Indikatoren lassen sich vor allem in der Ostseestrategie ausfindig machen. Dies trifft auch auf den Bereich Tourismus zu.

Im Themenschwerpunkt Tourismus können trotz unterschiedlicher geografischer Bedingungen keine wesentlichen Unterschiede ausgemacht werden. Da beide das Element Wasser verbindet, ähneln sich die touristischen Angebote dahingehend. Beide Strategien versuchen ähnliche touristische Aktivitäten anzubieten. Die Vermarktung dieser touristischen Produkte scheint jedoch in der Donaoraumstrategie stärker zum Ausdruck zu kommen. In beiden Strategien, sollen touristische Aktivitäten gefördert werden, welche als

nachhaltig betrachtet werden können. Auf Nachhaltigkeit wird in beiden Strategien in unterschiedlichsten Bereichen Bezug genommen. Die Anzahl des Gebrauchs in den Aktionsplänen hat dies verdeutlicht. Dabei wird die Präsenz dieses Konzept sichtbar. Wie genau jedoch auf die einzelnen Dimensionen eingegangen wird, bleibt offen. Im Bereich des Tourismus lassen sich die unterschiedlichen Dimensionen jedoch wenigstens ansatzweise erkennen.

Bei der Analyse der Strategien war außerdem zu beobachten, dass die Kooperation zwischen den verschiedenen Staaten zunehmend verstärkt werden soll. Der Erfolg dieses Zieles hat einen erheblichen Einfluss auf andere Teilbereiche. Erstaunlich ist, dass trotz der zahlreichen bestehenden Kooperationen, der Austausch zwischen den Staaten nur bedingt erfolgreich funktioniert. Dabei kann kein wirklicher Unterschied zwischen Ostsee- und Donaoraumstrategie gemacht werden. Beide fokussieren auf die Verbesserung und den Ausbau von Kooperation und Austausch. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch in der Ostseestrategie eine „Kluft“ zwischen wohlhabenden und „ärmeren“ Staaten besteht. Eine Kooperation mit den Nicht-EU-Mitgliedstaaten wird jedoch stärker in der Donaoraumstrategie verfolgt. Diese nähern sich durch die Strategien zwar an die Europäische Union an, allerdings wird sich auch dort, oder gerade dort, die Problematik der finanziellen Ausstattung äußern. Inwiefern die Zusammenarbeit im Donau- oder Ostseeraum durch Strategien allerdings gefördert werden kann und wie dauerhaft diese sind, bleibt offen. Außerdem wird es einige Zeit dauern, bis erste konkrete Erfolge der Zusammenarbeit zu sehen sind.

Betrachtet man die Mitteilungen, so wird deutlich, dass der nachhaltige Tourismus in beiden Strategien kein vorrangiges Ziel darstellt. Es bleibt offen, wie sich dieser im Rahmen der Strategien in den nächsten Jahren und in der nächsten Förderperiode weiter entwickelt. Seine Bedeutung, zu mehr Wohlstand in der Region beitragen zu können und dabei Rücksicht auf die Umwelt zu nehmen, scheint unterschätzt zu werden. Auch der Austausch zwischen verschiedenen Staaten, Menschen und Kulturen kann durch einen nachhaltigen Tourismus gefördert werden. Dies zeigen die Ziele der Priority Areas und derer Projekte. Für beide Strategien ist die Unterstützung aus der (lokalen) Bevölkerung von großer Bedeutung. Tourismus in Verbindung mit Kultur kann dabei einen wertvollen Beitrag leisten. Um diese Unterstützung unterschiedlicher Akteure zu erhalten, müssen jedoch Informationen transparent gemacht werden. Auch die Bereitstellung aktueller Daten und Fakten ist dabei wichtig. Dies scheint, jedenfalls was den Tourismusbereich angeht, in der Donaoraumstrategie vernachlässigt zu werden. Auffällig war in diesem

Zusammenhang auch, dass die Ostseestrategie sich über die Zeit verändert hat. Eine neue Mitteilung und ein neuer Aktionsplan wurden erarbeitet. Warum dies bei der Donaoraumstrategie nicht der Fall ist, bleibt unklar.

Es bleibt spannend zu beobachten, wie sich die makroregionalen Strategien entwickeln und ob bzw. wie sich neue Strategien etablieren. Auch die neue Förderperiode 2014-2020 wird einen Einfluss auf die makroregionalen Strategien haben. Die Frage bleibt jedoch: Können die bestehenden Herausforderungen auch in Zukunft überwunden werden?

Jüngste Entwicklung

Am 22. Oktober 2013 verabschiedete der Europäische Rat in Luxemburg Schlussfolgerungen für den Mehrwert von makroregionalen Strategien. Dabei wird auf verschiedene Dokumente der einzelnen Strategien, sowie auf die *wichtige* Rolle des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission hingewiesen. (vgl. Council of the European Union 2013: 2). In den Schlussfolgerungen wird auf den letzten Bericht der Europäischen Kommission zum Mehrwert makroregionaler Strategien hinweisen und das darin beschriebene Konzept der makroregionalen Strategien begrüßt. Laut Europäischem Rat soll jedoch Kohärenz einen besonderen Stellenwert bei der Weiterentwicklung der makroregionalen Strategien einnehmen. Es wird anerkannt, dass durch die Strategien sowohl ein politischer als auch strategischer Mehrwert erbracht wird, da sie einen Rahmen für unterschiedliche Bereiche bilden. Es werden darüber hinaus Empfehlungen gegeben, welche bei der Etablierung neuer Makroregionen sicherzustellen sind. Außerdem wird auf die Bedeutung von klar definierten Zielen und Indikatoren hingewiesen. Insgesamt wird auf drei Bereiche genauer eingegangen; Ownership und Governance, Umsetzung und Zusammenarbeit. So soll sich vor allem auch der private Sektor stärker beteiligen. Im Bereich der Zusammenarbeit wird auf die Möglichkeit, Synergien zu nutzen, hingewiesen. Außerdem wird die Rolle der Nicht-EU-Mitgliedstaaten beleuchtet. Die Ostseestrategie soll in diesem Bereich verstärkt den Dialog zu Nicht-EU-Mitgliedstaaten herstellen. Interessant ist außerdem, dass auf eine Bearbeitung des Aktionsplans der Donaoraumstrategie verwiesen wird. Weiters wird der Präsentation der neuen EU Strategie für den Adriatischen-Ionischen Raum mit Freude entgegengesehen (vgl. Council of the European Union 2013: 3 ff.). Die Schlussfolgerungen liefern zwar keine wesentlichen neuen Erkenntnisse, allerdings wird auf Schwachstellen hingewiesen, welche auch in der Arbeit thematisiert wurden. Trotz allem wird erneut klar, dass dem Konzept der makroregionalen Strategien wenig Kritik entgegengesetzt wird.

13 Literaturverzeichnis

- ANONYMUS (o.J.a): EUSDR Report June 2012. Priority Area 3. To promote culture and tourism, people to people contacts.
<http://files.groupspaces.com/EUStrategyfortheDanubeRegion/files/511611/hhKExlJr5o9GPW9aOYye/PA+3+Report+June+2012.pdf> [Zugriff 29.10.2013].
- ANONYMUS (o.J.b): EUSDR Report June 2013. Priority Area 3. To promote culture and tourism, people to people contacts.
http://files.groupspaces.com/EUStrategyfortheDanubeRegion/files/903113/i7AXjCuNqoXWyKZuBzta/EUSDR+PA3+report_2012_2013.pdf [Zugriff 29.10.2013].
- AGENTUR FÜR KOMMUNIKATION, ORGANISATION UND MANAGEMENT (2013): . Jährliches Forum zur EU-Ostseestrategie – „Baltic Sea, Baltic Growth, Baltic Environment“.
10.10.2013. <http://www.atenekom.eu/service-und-download/news/newseintrag/4-jaehrliches-forum-zur-eu-ostseestrategie-baltic-sea-baltic-growth-baltic-environment/9bc75e033a7b35e3ee5f785ff3d0baae/> [Zugriff 29.10.2013].
- AUSWÄRTIGES AMT (2013): Die EU-Ostseestrategie. 16.08.2013
http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Reg-Nord/EU-Ostseestrategie/Uebersicht_node.html [Zugriff 29.10.2013].
- BARSI-PATAKY, ETELKA (2012): Die Entstehung und Verabschiedung der EU-Donauraumstrategie. In: Setzen, Florian H. (Hrsg.): Die EU- Donauraumstrategie und die Nicht-EU-Donauräumländer. Was bringt die Strategie Ländern wie Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Moldau und der Ukraine? Europapolitische Schriften des Europa Zentrums Baden-Württemberg-Bd.3, Stuttgart: Europa Zentrum Baden-Württemberg, 9-10.
- BARSI-PATAKY; UDVARHELYI KATA D. (2011): Ein Symbol für Mitteleuropa: Die EU Donauraumstrategie. In: Stratenschulte, Eckart D.; Setzen, Florian H. (Hrsg.): Der europäische Fluss: Die Donau und ihre Regionen als Strategieraum. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 37-51.

- BAUER, STEFFEN (2008): Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Dimensionen und Bedeutung. 06.05.2008. <http://www.bpb.de/izpb/8983/leitbild-der-nachhaltigen-entwicklung?p=all> [Zugriff 06.01.2013].
- BAUMGARTNER, CHRISTIAN (2008): Nachhaltigkeit im Tourismus. Von 10 Jahren Umsetzungsversuchen zu einem Bewertungssystem. Innsbruck: Studienverlag.
- BELINA, BERND; MICHEL BORIS (2007): Raumproduktionen. Zu diesem Band. In: Belina, Bernd; Michel, Boris: Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7-34.
- BETHGE, JAN PER; STEURER, NORA; TSCHERNER MARCUS (2011): Nachhaltigkeit. Begriff und Bedeutung in der Entwicklungszusammenarbeit. In: König, Julian; Thema, Johannes (Hrsg.): Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit. Theoretische Konzepte, strukturelle Herausforderungen und praktische Umsetzung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 15-40.
- BOECKLER, MARC; STRÜVER, ANKE (2011): Geographien des Performativen. In: Gebhardt, Hans u.a. (Hg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag, 663-667.
- BOHLE, DOROTHEE (2000): EU-Integration und Osterweiterung; die Konturen einer neuen europäischen Unordnung. In: Bieling, Hans-Jürgen; Steinhilber Jochen (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 304-330.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (1997): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente. Agenda 21. Bonn: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. <http://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/agenda21.pdf> [Zugriff 29.10.2013].
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT; UMWELTBUNDESAMT (2010): Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. <http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/4045.pdf> [Zugriff 29.10.2013].

- BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (2011): Internationale Richtlinien über biologische Vielfalt und Tourismusentwicklung. 23.09.2011.
http://www.bfn.de/0323_richtlinie.html [Zugriff 29.10.2013].
- BUSEK, ERHARD (2012): Ein Fluß verbindet. In: Europäische Rundschau, 40. Jahrgang, Nummer 1/2012, 31-38.
- CARLOWITZ, HANS CARL VON (2000): Sylvicultura oeconomica. Anweisung zur wilden Baum-Zucht. Nachdruck der Ausg. Leipzig, Braun, 1713, bearbeitet von Klaus Irmer, Angela Kießling. Freiberg: TU Bergakademie.
- CHRISTMANN, GABRIELA (2008): Statement ‚Identität und Raum‘. http://www.irs-net.de/download/aktuelles/RG26_Christmann.pdf [Zugriff 29.10.2013].
- CLUB OF ROME (o.J.): About the Club of Rome. <http://www.clubofrome.org/?p=324> [Zugriff 29.10.2013].
- COMMISSION OF THE EUROPEAN COMMUNITIES (2013): Commission staff working document. Accompanying the Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions concerning the European Strategy for the Baltic Sea Region. Actionplan. February 2013.
http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=78735 [Zugriff 29.10.2013].
- CONZELMANN, THOMAS (2010): Neofunktionalismus. In: Schieder, Siegfried; Spindler, Manuela (Hrsg): Theorien der Internationalen Beziehungen. 3., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Leverkusen: Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills.
- COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION (2013): Council conclusions on added value of macro-regional strategies.
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/139110.pdf [Zugriff 29.10.2013].
- DEIMEL, JOHANNA (2011): Die zwischenstaatlichen, regionalen und ethnischen Spannungen im Donauraum; Ungeklärte Territorial- bzw. Grenzfragen. In: Stratenschulte, Eckart D.; Setzen, Florian H.(Hrsg.): Der europäische Fluss: Die Donau und ihre Regionen als Strategieraum. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 137-152.

DÖRING, RALF (2004): Wie stark ist schwache, wie schwach starke Nachhaltigkeit?,
Wirtschaftswissenschaftliche Diskussionspapiere / Ernst-Moritz-Arndt-Universität
Greifswald, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, No. 08/2004,
https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/22095/1/08_2004.pdf [Zugriff
29.10.2013].

DÖRRENBÄCHER, HEIKE (2012): Die Ukraine- mehr Westorientierung durch die
Donauraumstrategie? In: Setzen, Florian H. (Hrsg.): Die EU- Donauraumstrategie und
die Nicht-EU-Donauraumländer. Was bringt die Strategie Ländern wie Kroatien,
Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Moldau und der Ukraine?
Europapolitische Schriften des Europa Zentrums Baden-Württemberg-Bd.3, Stuttgart:
Europa Zentrum Baden-Württemberg, 17.

ENJOY SOUTH BALTIC (o.J.): About the project Enjoy South Baltic !:
<http://www.balticsea.travel/esbp/project/> [Zugriff 29.10.2013].

ENVIRONMENT AGENCY AUSTRIA (2013): Common methodology. Handbook for the
thematic work in the project
Transdanube.[http://transdanube.eu/uploads/contenteditor/Transdanube_methodology_r
eport_final.pdf](http://transdanube.eu/uploads/contenteditor/Transdanube_methodology_report_final.pdf) [Zugriff 29.10.2013].

EU ECOLABEL (o.J.): Über das EU Ecolabel. [http://www.eu-ecolabel.de/ueber-das-eu-
ecolabel.html](http://www.eu-ecolabel.de/ueber-das-eu-ecolabel.html) [Zugriff 29.10.2013].

EUROPA (o.J.a): Heranführungsstrategie.
http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/preaccession_strategy_de.htm [Zugriff
29.10.2013].

EUROPA (o.J.b): Beitrittskriterien (Kopenhagener Kriterien).
http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/accession_criteria_copenhagen_de.htm
[Zugriff 29.10.2013].

EUROPA (2008): Agenda für einen nachhaltigen und wettbewerbsfähigen europäischen
Tourismus.15.02.2008.
http://europa.eu/legislation_summaries/enterprise/industry/110132_de.htm [Zugriff
29.10.2013].

EUROPA (2013): Allgemeine Bestimmungen EFRE - ESF - Kohäsionsfonds (2007-2013). 31.1.2013.http://europa.eu/legislation_summaries/agriculture/general_framework/g24231_de.htm [Zugriff 29.10.2013].

EUROPÄISCHE KOMMISSION (o.J.): Tourismus. http://ec.europa.eu/regional_policy/activity/tourism/index_de.cfm [Zugriff 29.10.2013].

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2010a): Von der Lissabon-Strategie zu "Europa 2020". 24.06.2010 http://ec.europa.eu/education/focus/focus479_de.htm [Zugriff 29.10.2013].

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2010b): Mitteilung der Kommission Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. 03.03.2010. <http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf> [Zugriff 29.10.2013].

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2010c): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Strategie der Europäischen Union für den Donauraum. 8.12.2010. http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/communic/danube/com2010_715_danube_de.pdf [Zugriff 29.10.2013].

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2010d): Aktionsplan. Begleitdokument zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Strategie der Europäischen Union für den Donauraum. 08.12.2010. http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/communic/danube/action_plan_danube_de.pdf [Zugriff 29.10.2013].

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2011): Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum. 22.06.2011. http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/baltic/pdf/reports/1_DE_ACT_part1_v2.pdf [Zugriff 29.10.2013].

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012a): Besitzstand. 28.09.2012.

http://ec.europa.eu/enlargement/policy/glossary/terms/acquis_de.htm [Zugriff 29.10.2013].

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012b): Heranführungsstrategie.

http://ec.europa.eu/enlargement/policy/glossary/terms/preaccession-strategy_de.htm [Zugriff 29.10.2013].

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012c): Beitrittspartnerschaft. 28.09.2012.

http://ec.europa.eu/enlargement/policy/glossary/terms/accession-partnership_de.htm [Zugriff 29.10.2013].

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012d): Europäische Partnerschaften. 28.09.2012.

http://ec.europa.eu/enlargement/policy/glossary/terms/european-partnership_de.htm [Zugriff 29.10.2013].

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012e): Teilnahme an Programmen, Agenturen und Ausschüssen der EU.

http://ec.europa.eu/enlargement/policy/glossary/terms/participation-pac_de.htm [Zugriff 29.10.2013].

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012f): Heranführungshilfe.

http://ec.europa.eu/enlargement/policy/glossary/terms/preaccession-assistance_de.htm [Zugriff 29.10.2013].

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012g): Regionalpolitik. Inforegion. Zweck. 29.5.2012.

http://ec.europa.eu/regional_policy/what/index_de.cfm [Zugriff 29.10.2013].

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012h): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum. 23.03.2012.

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/communic/baltic/com_baltic_2012_de.pdf [Zugriff 29.10.2013].

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012i): Unternehmen und Industrie. Hauptziele.

http://ec.europa.eu/enterprise/dg/objectives/index_de.htm [Zugriff 29.10.2013].

- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2013): Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zum Mehrwert makroregionaler Strategien.
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/communic/baltic/com_add_ed_value_macro_region_strategy_de.pdf [Zugriff 29.10.2013].
- EUROPÄISCHES PARLAMENT (1998): Die Heranführungsstrategie für die Erweiterung der Europäischen Union.
http://www.europarl.europa.eu/enlargement/briefings/pdf/24a1_de.pdf [Zugriff 29.10.2013].
- EUROPÄISCHE UNION (o.J.): Länder. http://europa.eu/about-eu/countries/index_de.htm [Zugriff 29.10.2013].
- EUROPÄISCHE UNION (2008): Arbeiten für die Regionen. EU-Regionalpolitik. Januar 2008.
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/presenta/working2008/work_de.pdf [Zugriff 29.10.2013].
- EUROPÄISCHE UNION (2009): Entscheidung der Kommission vom 9.Juli 2009 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EG- Umweltzeichens an Beherbergungsbetriebe. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:198:0057:0079:DE:PDF> [Zugriff 29.10.2013].
- EUROPÄISCHE UNION (2013): Regionalpolitik. http://europa.eu/pol/reg/index_de.htm [Zugriff 29.10.2013].
- FLESENKEMPER, TOBIAS (2012): Bosnien-Herzegowina und Montenegro: Die Donau auf dem Schirm? In: Setzen, Florian H. (Hrsg.): Die EU-Donauraumstrategie und die Nicht-EU-Donauraumländer. Was bringt die Strategie Ländern wie Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Moldau und der Ukraine? Europapolitische Schriften des Europa Zentrums Baden-Württemberg-Bd.3, Stuttgart: Europa Zentrum Baden-Württemberg, 22-23.

- FORSCHUNGS-INFORMATIONSSYSTEM (2011): Ostseestrategie der Europäischen Union. 10.01.2011. <http://www.forschungsinformationssystem.de/servlet/is/338814/> [Zugriff 29.10.2013].
- GEBHARDT, HANS; REUBER, PAUL (2011): Humangeographie im Spannungsfeld von Gesellschaft und Raum. In: Gebhardt, Hans u.a. (Hg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag. 644-686.
- GIZ (o.J.a): Tourismus. <http://www.giz.de/Themen/de/11013.htm> [Zugriff 29.10.2013].
- GIZ (o.J.b): Themenservice Tourismus. <http://www.giz.de/de/presse/3703.html> [Zugriff 29.10.2013]
- GÖRMAR, WILFRIED (2010): Makroregionale Strategien: eine neue Dimension europäischer Zusammenarbeit? In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8, 577-589.
- GROBER, ULRICH (1999): Der Erfinder der Nachhaltigkeit. 25. November 1999. http://pdf.zeit.de/1999/48/Der_Erfinder_der_Nachhaltigkeit.pdf [Zugriff 29.10.2013].
- GROBER, ULRICH (2010): Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs. München: Verlag Antje Kunstmann GmbH.
- GRUNWALD, ARMIN; KOPFMÜLLER, JÜRGEN (2006): Nachhaltigkeit. Frankfurt a. Main: Campus.
- GRUNWALD, ARMIN; KOPFMÜLLER, JÜRGEN (2012): Nachhaltigkeit. Eine Einführung. 2., aktualisierte Auflage. Frankfurt a. Main: Campus.
- GU, XUEWU (2010): Theorien der internationalen Beziehungen. Einführung. 2.Auflage. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- HAAS, ERNST B. (1958): The Uniting of Europe. Stanford: Stanford University Press.
- HASENBICHLER, HANS-PETER; SIMONER, MARKUS; HARTL, THOMAS (2011): Die Entwicklung der Donauschiffahrt als Handlungsfeld der Donaunraumstrategie. In: Stratenschulte, Eckart D.; Setzen, Florian H. (Hrsg.): Der europäische Fluss: Die

Donau und ihre Regionen als Strategieraum. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 153-174.

HAUFF, VOLKER (2002): Die Nachhaltige Entwicklung- ein Modebegriff oder ein Kompass für politische Entscheidungen? http://daniel-buchholz.de/download/vortrag_hauff_nachhaltigkeit_041202.pdf [Zugriff 29.10.2013].

HAUFF, VOLKER (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven: Eggenkamp Verlag.

HEEG, SUSANNE (2008): Die Europäische Union- eine fragile Staatlichkeit? Politisch-territoriale Organisation der EU und die Diskussion um Scale. In: Wissen, Markus; Röttger, Bernd; Heeg, Susanne (Hrsg.): Politics of scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot, 251-266.

KNODT, MICHÈLE; CORCACI ANDREAS (2012): Europäische Integration. Anleitung zur theoriegeleiteten Analyse. Konstanz/München: UVK Verlagsgesellschaft mbH.

KÖHLER, BETTINA; WISSEN, MARKUS (2012): Politics of Scale. In: Brand, Ulrich et al.: ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft. Hamburg: VSA, 206-207.

KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (2009): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament , den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Zur Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum.
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/communic/baltic/com_baltic_de.pdf [Zugriff 29.10.2013].

KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (2010): Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zur Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum.
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/communic/baltic/action_17122010_de.doc [Zugriff 29.10.2013].

- KÖNIG, JULIAN (2011): Entwicklung und Nachhaltigkeit. Kritische Betrachtung von zwei dehnbaren Konzepten. In: König, Julian; Thema, Johannes (Hrsg.): Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit. Theoretische Konzepte, strukturelle Herausforderungen und praktische Umsetzung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 41-68.
- KOSMIDER, RAINER (o.J.): Ostseestrategie und Tourismus. http://www.yepat.uni-greifswald.de/geo/fileadmin/dateien/Publikationen/GBzRFT/Bd21/GBRFTF21_Kosmider.pdf [Zugriff 29.10.2013].
- KREILE, MICHAEL (2008): Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 476-503.
- LAMMERS, KONRAD (2007): Europäische Regionalpolitik: Treibende Kraft für Aufholprozesse? <http://econstor.eu/bitstream/10419/42894/1/525199675.pdf> [Zugriff 29.10.2013].
- LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG (2011): Antrag der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU und Stellungnahme des Staatsministeriums. Umsetzung der EU-Donauraumstrategie. 19.10.2011. http://www2.landtag-bw.de/WP15/Drucksachen/0000/15_0749_d.pdf [Zugriff 29.10.2013].
- LAZEA, DAN (2011): European Union Strategy for the Danube Region and the enlargement process in the Western Balkans. In: Tarrósy, István; Milford, Susan (eds.): EU Strategy for the Danube Region. Perspectives for the future. Wien, Budapest: IDM, IDRResearch, 43-54.
- LIU, ZHENHUA (2003): Sustainable tourism development: a critique. In: Journal of Sustainable Tourism, Vol. 11, No.6, 459-475.
- LUND-DURLACHER, DAGMAR (2007): Instrumentarien zur Förderung einer nachhaltigen Tourismusentwicklung: Zertifizierungssysteme und Gütesiegel- Entwicklungstrends und Zukunftsperspektiven. In: Egger, Roman; Herdin, Thomas (Hg.): Tourismus. Herausforderung. Zukunft. Wien, Münster: LiT, 143-160.

- MALAIS, JEAN; HAEGEMAN, HENK (2009): European Regional Policy. In: School of Doctoral Studies (European Union) Journal. July 2009, No 1, 77-82.
- MASSARRAT, MOHSEN (2006): Kapitalismus. Machtungleichheit. Nachhaltigkeit. Perspektiven Revolutionärer Reformen. Hamburg: VSA-Verlag.
- MEADOWS, DENNIS et al. (1987): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- MELISS, BETINA; STEINGRUBE WILHELM (o.J.): Baltic 21 Lighthouse Project. AGORA 2.0. Heritage Tourism for Increased BSR Identity. http://www.agora2-tourism.net/AGORA_2.0_overview.pdf [Zugriff 29.10.2013].
- MICHAELIS, SONJA (2012): Sinti und Roma im Donauraum: Ein Donauraumprojekt von Kalyi Jag. In: Setzen, Florian H. (Hrsg.): Die EU- Donauraumstrategie und die Nicht-EU-Donauraumländer. Was bringt die Strategie Ländern wie Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Moldau und der Ukraine? Europapolitische Schriften des Europa Zentrums Baden-Württemberg-Bd.3, Stuttgart: Europa Zentrum Baden-Württemberg, 30-31.
- NOHLEN, DIETER (2002): Nachhaltigkeit. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon Dritte Welt. Länder Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- NUSCHLER, FRANZ (2006): Entwicklungspolitik. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ - ÖROK (o.J.): EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR). <http://www.oerok.gv.at/raum-region/europaeische-raumentwicklung/portal-makroregionale-strategien/eu-strategie-fuer-den-donauraum.html> [Zugriff 29.10.2013].
- ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ- ÖROK (2013): Österreich als aktiver Partner in der Donauraumstrategie. <http://www.oerok.gv.at/raum-region/europaeische-raumentwicklung/portal-makroregionale-strategien.html> [Zugriff 29.10.2013].

- OTT, KONRAD; DÖRING, RALF (2004): Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit. Marburg: Metropolis-Verlag.
- PASCHKE, MARIAN; JULGA, GRIT (2006): Die politische Entwicklung der Osterweiterung der EU. In: Paschke, Marian; Iliopoulos, Constantin (Hg.): Die Osterweiterung der Europäischen Union. Zur Anpassung des Zivil- und Wirtschaftsrechts in ausgewählten MOE-Staaten an das Recht der EU. Hamburg: LIT, 71-334.
- PUFÉ, IRIS (2012): Nachhaltigkeit. Konstanz, München: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- REDAKTION WELTALMANACH (2012): Der neue Fischer Weltalmanach 2013. Zahlen, Daten, Fakten. Schwerpunkt Wasser. Frankfurt am Main: Fischer.
- REUBER, PAUL (2011): Politische Geographie. In: Gebhardt, Hans u.a. (Hg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag, 785-817.
- RITTBERGER, BERTHOLD; SCHIMMELFENNIG, FRANK (2005): Integrationstheorien: Entstehung und Entwicklung der EU. In: Holzinger, Katharina et al.: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- S.PRO – SUSTAINABLE PROJECTS GMBH (o.J.): Agora 2.0. http://www.sustainable-projects.eu/index.php?node_id=Agora-20;110&lang_id=4 [Zugriff 29.10.2013].
- SCHLICK, KATHARINA (2012): An der schönen blauen Donau. Chancen und Nutzen der Donauroaumstrategie. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- SCHMIDT, MARTINA (2005): Grenzen des Wachstums. Die Meilensteine einer fortwährenden Debatte. Schriftenreihe des Fachbereichs Wirtschaft der Hochschule Bremen. Bremen: Fachbereich Wirtschaft der Hochschule Bremen.
- SCHYMIK, CARSTEN (2011a): Modellversuch Makroregion. Die EU-Strategien für den Ostsee- und den Donauroaum. Januar 2011. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S01_shy_ks.pdf [Zugriff 29.10.2013].
- SCHYMIK, CARSTEN (2011b): Dreimal „nein“ und dennoch erfolgreich?- Erste Ergebnisse der EU-Ostseestrategie. In: Stratenschulte, Eckart D.; Setzen, Florian H. (Hrsg.): Der

europäische Fluss: Die Donau und ihre Regionen als Strategieraum. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 115-135.

SETZEN, FLORIAN H. (2011): Der Kommissionsentwurf zur Donaoraumstrategie der Europäischen Union in der Analyse. In: Stratenschulte, Eckart D.; Setzen, Florian H. (Hrsg.): Der europäische Fluss: Die Donau und ihre Regionen als Strategieraum. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 53-76.

SETZEN, FLORIAN H. (2012): Chancen und Herausforderungen der Donaoraumstrategie. In: Setzen, Florian H. (Hrsg.): Die EU-Donaoraumstrategie und die Nicht-EU-Donaoraumländer. Was bringt die Strategie Ländern wie Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Moldau und der Ukraine? Europapolitische Schriften des Europa Zentrums Baden-Württemberg-Bd.3, Stuttgart: Europa Zentrum Baden-Württemberg, 11-14.

SHARPLEY, RICHARD (2009/2010): The Myth of Sustainable Tourism.

http://ysrinfo.files.wordpress.com/2012/06/csd_working_paper_4_sustainable_tourism_sharpley.pdf [Zugriff 29.10.2013].

SIETZ, MANFRED; SONNENBERG, ANDREAS; WRENGER, BURKHARD (2008):

Nachhaltigkeit. Frankfurt am Main: Wissenschaftlicher Verlag Harri Deutsch.

SPINDLER, EDMUND A. (2011) : Geschichte der Nachhaltigkeit. Vom Werden und Wirken eines beliebten Begriffes.

<http://www.nachhaltigkeit.info/media/1326279587phpeJPYvC.pdf> [Zugriff 29.10.2013].

TEUTSCH, ELENA (2011): Construction of a Sustainable Tourism Destination: The Danube Region. In: Tarrósy, István; Milford, Susan (eds.): EU Strategy for the Danube Region. Perspectives for the future., Wien, Budapest: IDM, IDResearch, 97-108.

TRANSDANUBE (2013): Facts and Figures. <http://transdanube.eu/about/facts-und-figures> [Zugriff 29.10.2013].

TROPPEZ, JISKA U.A. (2005): Nachhaltiger Tourismus in der internationalen

Entwicklungszusammenarbeit. <http://www.giz.de/Themen/de/dokumente/de-tourismus-kompodium.pdf> [Zugriff 29.10.2013].

- UMWELTBUNDESAMT (O.J.): TRANSDANUBE. Projektstart für nachhaltige Mobilität in der Donauregion
http://www.umweltbundesamt.at/aktuell/presse/lastnews/newsarchiv_2012/news_2012_1220/ [Zugriff 29.10.2013].
- UNITED NATIONS ENVIRONMENT PROGRAMME ,WORLD TOURISM ORGANIZATION (2005): Making Tourism more sustainable. A guide for Policy Makers.
http://destinet.eu/resources/...-various-target-groups/Making_tourism_more_sustainable_-_A_Guide_for_Policy_Makers.pdf/download/1/Making%20tourism%20more%20sustainable%20-%20A%20Guide%20for%20Policy%20Makers.pdf?action=view [Zugriff 29.10.2013].
- UNIVERSITY OF GREIFSWALD (2009a): Description of the project. <http://www.agora2-tourism.net/project/description/> [Zugriff 29.10.2013].
- UNIVERSITY OF GREIFSWALD (2009b): The Project Name "AGORA". <http://www.agora2-tourism.net/project/name-agora/> [Zugriff 29.10.2013].
- UNWTO (o.J.a): Indicators of Sustainability for Tourism Destinations.
<http://sdt.unwto.org/en/content/indicators-sustainability-tourism-destinations>[Zugriff 31.10.2013].
- UNWTO (o.J.b): Tourism Sustainability Group (TSG).
<http://sdt.unwto.org/en/content/tourism-sustainability-group-tsg> [Zugriff 29.10.2013].
- VOGT, MARKUS (2009): Prinzip Nachhaltigkeit. Ein Entwurf aus theologisch-ethischer Perspektive. München: oekom.
- WEICHHART, PETER (2008): Entwicklungslinien der Sozialgeographie. Von Hans Bobek bis Benno Werlen. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- WISSEN, MARKUS (2008): Zur räumlichen Dimensionierung sozialer Prozesse. Die Scale-Debatte in der angloamerikanischen Radical Geography-eine Einleitung. In: Wissen, Markus; Röttger, Bernd; Heeg, Susanne (Hrsg.): Politics of scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot, 8-32.

WOLF, DIETER (2005): Neo-Funktionalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 65-90.

WORLD COMMISSION ON ENVIRONMENT AND DEVELOPMENT (1987): Our common future. The World Commission on Environment and Development. Oxford, New York: Oxford University Press.

YEPAT (o.J.): Welcome to YepaT - The Service Hub of Tourism Projects in the Baltic Sea Region. <http://www.yepat.uni-greifswald.de/yepat//index.php?id=9> [Zugriff 29.10.2013].

ZIAI, ARAM (2006): Europäische Integration aus der Perspektive der neo-gramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie. Oktober 2006. http://www.ipw.rwth-aachen.de/pub/paper/paper_19.html [Zugriff 29.10.2013].

Quellen der Abbildungen:

Abb. 1: Europäische Kommission (2011):

http://ec.europa.eu/regional_policy/archive/policy/object/index_de.htm [Zugriff 29.10.2013].

Abb. 2: Schymik, Carsten (2011): Dreimal „nein“ und dennoch erfolgreich?- Erste Ergebnisse der EU-Ostseestrategie. In: Stratenschulte, Eckart D.; Setzen, Florian H. (Hrsg.): Der europäische Fluss: Die Donau und ihre Regionen als Strategieraum. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, S.123.

Abb. 3: groupspaces (o.J.): <http://www.balticsea-region.eu/pages/priorities> [Zugriff 29.10.2013].

Abb. 4: Österreichische Raumordnungskonferenz - ÖROK (2010):

[http://www.oerok.gv.at/index.php?eID=tx_cms_showpic&file=uploads%2Fpics%2FMap_EUSDR_09.2011.jpg&md5=23a9ee0139c98bef49e1323b8f96389d708bc815¶meters\[0\]=YTo0OntzOjU6IndpZHRoIjtzOjQ6IjgwMG0iO3M6NjoiaGVpZ2h0IjtzOjQ6IjYw¶meters\[1\]=MG0iO3M6NzoiYm9keVRhZyI7czo0MToiPGJvZHKgc3R5bGU9Im1](http://www.oerok.gv.at/index.php?eID=tx_cms_showpic&file=uploads%2Fpics%2FMap_EUSDR_09.2011.jpg&md5=23a9ee0139c98bef49e1323b8f96389d708bc815¶meters[0]=YTo0OntzOjU6IndpZHRoIjtzOjQ6IjgwMG0iO3M6NjoiaGVpZ2h0IjtzOjQ6IjYw¶meters[1]=MG0iO3M6NzoiYm9keVRhZyI7czo0MToiPGJvZHKgc3R5bGU9Im1)

[hcmdpbjowOyBi¶meters\[2\]=YWNrZ3JvdW5kOiNmZmY7Ij4iO3M6NDoid3JhcCI7czozNzoiPGEgaHJIZj0iamF2¶meters\[3\]=YXNjcmlwdDpjbG9zZSgpOyI%2BIHwgPC9hPiI7fQ%3D%3D](http://www.oerok.gv.at/index.php?eID=tx_cms_showpic&file=uploads%2Fpics%2F2011-02_EUSDR_PACs_u_Saeulen_u_Prioritaetsfelder.jpg&md5=17c1384d86afe2922dd990414c59d7d397758e29¶meters[0]=YTo0OntzOjU6IndpZHRoIjtzOjQ6IjYw¶meters[1]=MG0iO3M6NzoiYm9keVRhZyI7czo0MToiPGJvZHkge3R5bGU9Im1hcmdpbjowOyBi¶meters[2]=YWNrZ3JvdW5kOiNmZmY7Ij4iO3M6NDoid3JhcCI7czozNzoiPGEgaHJIZj0iamF2¶meters[3]=YXNjcmlwdDpjbG9zZSgpOyI%2BIHwgPC9hPiI7fQ%3D%3D) [Zugriff 29.10.2013].

Abb.5: Österreichische Raumordnungskonferenz -ÖROK (2010):

[http://www.oerok.gv.at/index.php?eID=tx_cms_showpic&file=uploads%2Fpics%2F2011-02_EUSDR_PACs_u_Saeulen_u_Prioritaetsfelder.jpg&md5=17c1384d86afe2922dd990414c59d7d397758e29¶meters\[0\]=YTo0OntzOjU6IndpZHRoIjtzOjQ6IjYw¶meters\[1\]=MG0iO3M6NzoiYm9keVRhZyI7czo0MToiPGJvZHkge3R5bGU9Im1hcmdpbjowOyBi¶meters\[2\]=YWNrZ3JvdW5kOiNmZmY7Ij4iO3M6NDoid3JhcCI7czozNzoiPGEgaHJIZj0iamF2¶meters\[3\]=YXNjcmlwdDpjbG9zZSgpOyI%2BIHwgPC9hPiI7fQ%3D%3D](http://www.oerok.gv.at/index.php?eID=tx_cms_showpic&file=uploads%2Fpics%2F2011-02_EUSDR_PACs_u_Saeulen_u_Prioritaetsfelder.jpg&md5=17c1384d86afe2922dd990414c59d7d397758e29¶meters[0]=YTo0OntzOjU6IndpZHRoIjtzOjQ6IjYw¶meters[1]=MG0iO3M6NzoiYm9keVRhZyI7czo0MToiPGJvZHkge3R5bGU9Im1hcmdpbjowOyBi¶meters[2]=YWNrZ3JvdW5kOiNmZmY7Ij4iO3M6NDoid3JhcCI7czozNzoiPGEgaHJIZj0iamF2¶meters[3]=YXNjcmlwdDpjbG9zZSgpOyI%2BIHwgPC9hPiI7fQ%3D%3D) [Zugriff 29.10.2013].

Abb. 6: Baumgartner, Christian (2008): Nachhaltigkeit im Tourismus. Von 10 Jahren Umsetzungsversuchen zu einem Bewertungssystem. Innsbruck: Studienverlag, S. 31.

Abb. 7: Baumgartner, Christian (2008): Nachhaltigkeit im Tourismus. Von 10 Jahren Umsetzungsversuchen zu einem Bewertungssystem. Innsbruck: Studienverlag, S. 169 ff.

Abb. 8: EU Ecolabel (o.J.): http://www.eu-ecolabel.de/uploads/pics/New_ecolabel_logo_2010_web.gif [Zugriff 29.10.2013].

Abb. 9: Environment Agency Austria (2013). http://transdanube.eu/uploads/contenteditor/Transdanube_methodology_report_final.pdf [Zugriff 29.10.2013], S. 41.

Abb. 10: Eurostat (2013): <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/mapToolClosed.do?tab=map&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tec00114&toolbox=legend> [Zugriff 29.10.2013].

Abb. 11: Europäische Kommission (2013): http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/index_de.htm [Zugriff 29.10.2013].

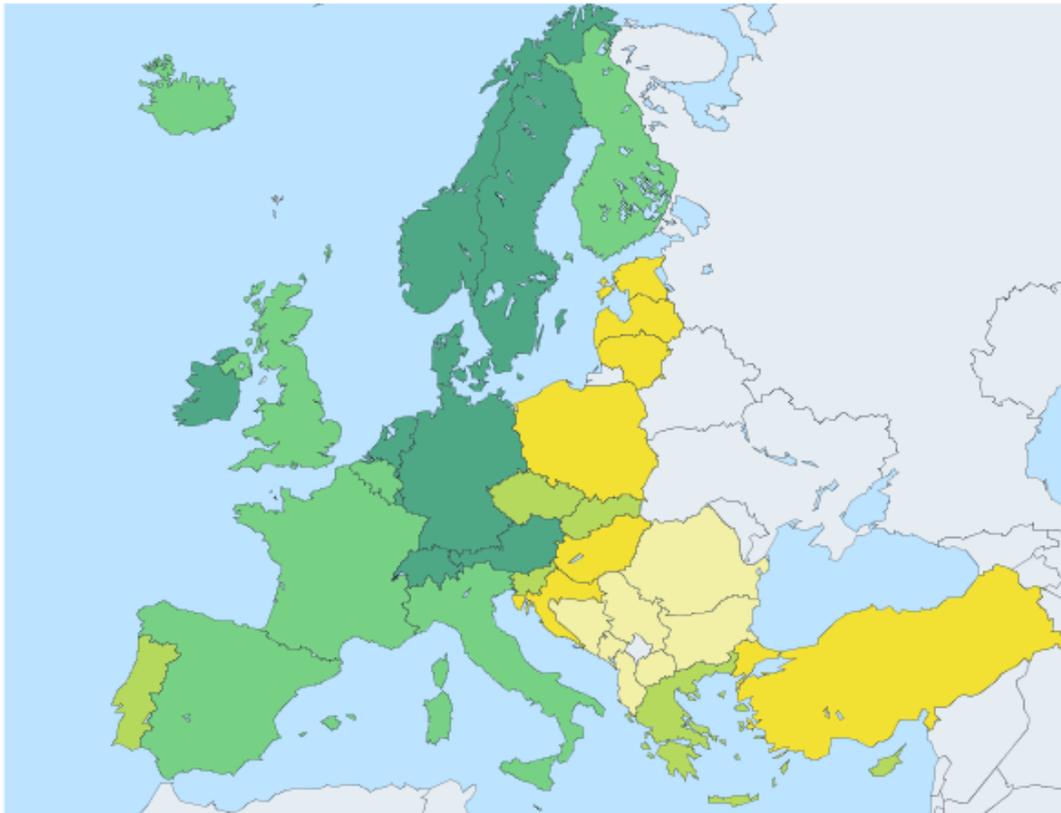
„Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.“

14 Anhang

14.1 Grafiken

Abb. 10: BIP pro Kopf in KKS 2012

Index (EU28 = 100) - 2012



Legende

28.0 - 49.0

49.0 - 70.0

70.0 - 91.0

91.0 - 119.0

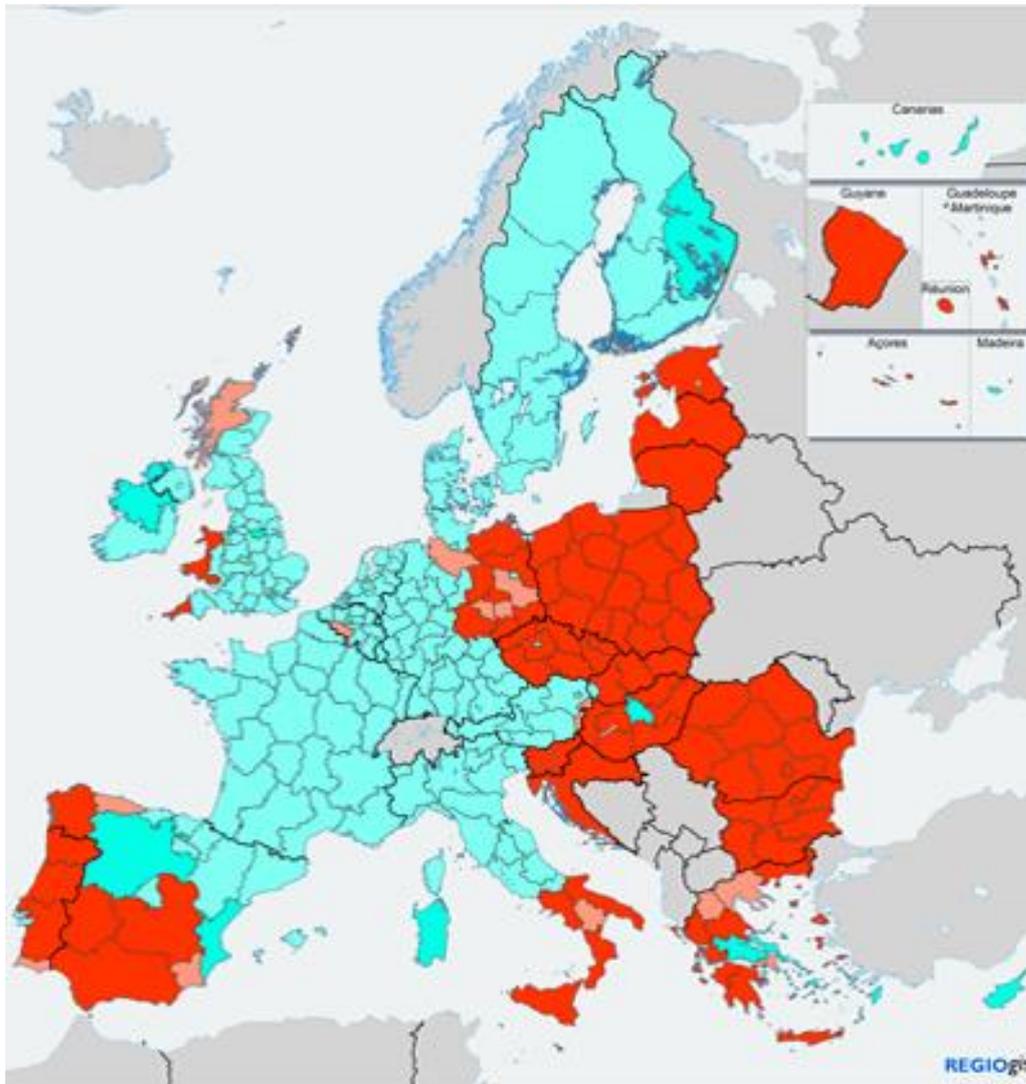
119.0 - 272.0

Nicht verfügbar

Minimaler Wert:28.0 Maximaler Wert:272.0

Quelle: Eurostat (2013)

Abb. 11: Förderfähige Gebiete in der Europäischen Union unter den Zielen Konvergenz und Europäische Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung



Quelle: Europäische Kommission (2013)

- Konvergenzregionen
- Phasing-out-Regionen
- Phasing-in-Regionen
- Regionen Wettbewerb und Beschäftigung

Quelle: Europäische Kommission (2013)

14.2 Zusammenfassung

Die Diplomarbeit beschäftigt sich mit den zwei bereits existierenden makroregionalen Strategien der Europäischen Union: der EU Strategie für den Ostseeraum und der EU Strategie für den Donaauraum. Es soll der Frage nachgegangen werden, wie sich beide Strategien allgemein und mit besonderem Fokus auf den (nachhaltigen) Tourismus gegenüberstellen lassen?

Nach einer Betrachtung von verschiedenen theoretischen Ansätzen, wie „Raum“, Europäische Integration oder auch Regionalpolitik, beschreibt die Diplomarbeit das Konzept der makroregionalen Strategien als solches und deren aktuelle Präsenz. Es wird vor allem auf die Rolle des „Drei Neins“-Prinzips eingegangen. Dieses stellt eine Herausforderung dar, weil keine neuen Institutionen, keine neuen Finanzquellen und keine neuen Rechtsvorschriften für die makroregionalen Strategien geschaffen werden sollen. Die Diplomarbeit gibt einen Überblick über die Entstehungsgeschichte beider Strategien und beleuchtet deren wesentliche Ziele. Darüber hinaus sollen Chancen und Risiken herausgearbeitet werden. Die gewonnenen Informationen bilden die Basis für eine anschließende Gegenüberstellung. Neben den Schwerpunktsetzungen und der Art der Umsetzung, sollen auch die Rolle der (Nicht-) EU-Mitgliedstaaten und die Heterogenität der Staaten betrachtet werden. Um die Arbeit der makroregionalen Strategien nachvollziehen zu können, wird die Rolle des (nachhaltigen) Tourismus in beiden Strategien näher untersucht. Ein Exkurs zu Nachhaltigkeit und nachhaltigem Tourismus soll darüber hinaus zum Verständnis beitragen. Wie der (nachhaltige) Tourismus in den Schwerpunktbereichen der Strategien positioniert wird und welchen Ansätzen sie folgen, wird in dieser Arbeit untersucht. Dabei werden die Dokumente der Europäischen Union, vor allem die Mitteilungen und die Aktionspläne der Strategien, näher analysiert. Um einen weiteren Einblick zu gewinnen, werden exemplarisch zwei Projekte vorgestellt. Beide Strategien beleuchten den (nachhaltigen) Tourismus in unterschiedlicher Weise und machen damit deutlich, wie komplex das Konzept ist. Ein Vergleich beider Strategien mit Bezug auf den (nachhaltigen) Tourismus wird ebenfalls durchgeführt. Die Verbesserung der Kooperation der Akteure und die Verbindung zwischen Kultur und Tourismus sind dabei von Bedeutung.

14.3 Summary

This thesis focuses on the two existing macro-regional strategies of the European Union; the EU strategy for the Baltic Sea Region (EUSBSR) and the EU strategy for the Danube Region (EUSDR). The question is how both strategies can be compared generally and with a special focus on the implementation of (sustainable) tourism.

After an examination of different theoretical approaches, concerning “space”, European integration or regional policy, the thesis introduces the concept of macro-regional strategies as a whole and refers to their topicality. An important role in their implementation plays the principle of the “Three No’s”, (no new funds, no new institutions and no new legislation) which can be considered as a challenge. This thesis analyzes the above-mentioned strategies in general and gives an overview on their origin and their main goals. Furthermore, it highlights possible chances and risks of these two macro-regional strategies. The available facts provide a basis for the following comparison. The setting of priorities and the way of implementation is observed just like the role of the participating (non-) EU member and the heterogeneity of the regions.

In order to illustrate how the EUSBSR and the EUSDR work, the role of (sustainable) tourism as a field of interest of both strategies is analyzed in detail. For that purpose, an excursus of sustainability and sustainable tourism is presented briefly. The thesis highlights how (sustainable) tourism is positioned in the respective Priority Areas and which approaches both strategies follow. Documents of the European Commission, especially the Commission communications and action plans, are considered in this context. To gain insight into the subject of AGORA 2.0 and Transdanube as two exemplary projects, they are presented shortly. Both projects deal with the role of (sustainable) tourism in a different way and demonstrate therefore how complex the concept is. A comparison of both strategies with special regard to (sustainable) tourism is demonstrated afterwards. An improved cooperation among the participating countries and the connection to cultural aspects are of special importance.

14.4 Lebenslauf

Studium/Bildung

- 2008 – 2013 Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung, Universität Wien
- 2011 Auslandssemester an der Université de La Réunion
- Seit 2008 Bachelorstudium Betriebswirtschaft, Universität Wien
- 2008 Matura am Bundesrealgymnasium/Bundesoberstufenrealgymnasium, Wien
- 2005-2006 Highschool Year in den USA